

Konzernabschluss und Konzernlagebericht 2014



www.ibb.de

Konzernabschluss und Konzernlagebericht 2014

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht 2014	7
Grundlagen	8
IBB Konzern	8
Förderbank des Landes Berlin	8
Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie	9
Steuerungssysteme der Bank	9
Wirtschaftsbericht	10
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Geschäftsverlauf	12
Lage des Konzerns	15
Ertragslage	15
Vermögenslage	18
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	18
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	20
Prognose- und Chancenbericht	20
Risikobericht	24

Konzernabschluss 2014	51
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	52
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	53
Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2014	54
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	56
Konzern-Kapitalflussrechnung	58
Konzern-Anhang	60
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	60
(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften	61
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	65
(3) Konsolidierungsgrundsätze	65
(4) Konsolidierungskreis	65
(5) Finanzinstrumente	66
(6) Finanzgarantien	70
(7) Hybride (zusammengesetzte) Finanzinstrumente	71
(8) Echte Pensionsgeschäfte	71
(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	71
(10) Währungsumrechnung	72
(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	72
(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	72
(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen	74
(14) Finanzanlagen	74
(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	75
(16) Immaterielle Vermögenswerte	75
(17) Sachanlagen	76
(18) Ertragsteuern	76
(19) Sonstige Aktiva	77
(20) Verbindlichkeiten	77
(21) Rückstellungen für Pensionen	77
(22) Andere Rückstellungen	78
(23) Sonstige Passiva	78
(24) Eventualschulden	78
(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8	78

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	79
(26) Zinsüberschuss	79
(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	80
(28) Provisionsüberschuss	80
(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	80
(30) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	81
(31) Ergebnis aus Finanzanlagen	81
(32) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	81
(33) Verwaltungsaufwand	82
(34) Sonstiges betriebliches Ergebnis	83
(35) Ertragsteuern	83
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	85
(36) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	85
(37) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	85
(38) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses	85
Segmentberichterstattung	86
(39) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung	86
(40) Entwicklung der Segmentergebnisse	87
Erläuterungen zur Bilanz	90
(41) Barreserve	90
(42) Forderungen an Kreditinstitute	90
(43) Forderungen an Kunden	90
(44) Wertberichtigungen auf Forderungen	91
(45) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	92
(46) Finanzanlagen	93
(47) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	94
(48) Immaterielle Vermögenswerte	95
(49) Sachanlagen	96
(50) Ertragsteueransprüche	97
(51) Sonstige Aktiva	98
(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	98
(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99
(54) Verbriefte Verbindlichkeiten	99
(55) Negative Marktwerte Hedge-Derivate	100
(56) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	100
(56) Rückstellungen	100
(58) Ertragsteuerverpflichtungen	103
(59) Sonstige Passiva	103
(60) Eigenkapital	104

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten	105
(61) Wertpapierpensionsgeschäfte	105
(62) Sicherungsleistungen	106
(63) Saldierung von Finanzinstrumenten	106
(64) Nachrangige Vermögenswerte	108
(65) Derivative Geschäfte	108
(66) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien	109
(67) Ergebnis nach Bewertungskategorien	112
(68) Bewertungsverfahren bei der Ermittlung von Zeitwerten	113
(69) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten	117
Sonstige Angaben	118
(70) Eigenkapitalmanagement	118
(71) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	119
(72) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen	120
(73) Treuhandgeschäfte	121
(74) Angaben zu Leasingverhältnissen	121
(75) Sonstige Haftungsverhältnisse	122
(76) Anteilsbesitz und nicht beherrschende Anteile	123
(77) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	126
(78) Bezüge und Pensionszusagen der Organe	129
(79) Geschäftsvorfälle mit Organen	130
(80) Corporate Governance	130
(81) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der IBB	131
(82) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	132
(83) Abschlussprüferhonorare	132
(84) Country by Country Reporting	132
(85) Übrige sonstige Angaben	133
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	134
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	135
Impressum	136

Konzernlagebericht 2014

Grundlagen

IBB Konzern

Mutterunternehmen des IBB-Konzerns ist die Investitionsbank Berlin (IBB). Aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts ist sie die dominante Gesellschaft für den Konzern. Aus diesem Grund beziehen sich die Ausführungen im Lagebericht zum großen Teil auf die IBB. Folgende Unternehmen werden neben der Investitionsbank Berlin im IBB-Konzern konsolidiert:

Konsolidierte Unternehmen	Anteil IBB (%) unmittelbar	Anteil IBB (%) mittelbar
Tochterunternehmen		
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe- Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin		100,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,0	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin		100,0
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,5	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,0	
DeAM-Fonds IBB Corp	100,0	
Assoziierte Unternehmen		
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,5	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,0	

Förderbank des Landes Berlin

Die Investitionsbank Berlin ist die Förderbank des Landes Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Träger der IBB – Anstalt öffentlichen Rechts – ist das Land Berlin. Die Bank stellt unter Beachtung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung sowie auf weiteren gesetzlich festgelegten Gebieten durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein breites Förderproduktportfolio und bietet revolvingierende Instrumente in Form von Darlehen, mezzaninem Kapital sowie Beteiligungen an. Darüber hinaus bietet sie Zuschussprogramme sowie Beratungsleistungen an. Damit trägt sie zur Umsetzung der übergeordneten Ziele des Landes Berlin, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Wirtschaftskraft, sowie dem Wohnungsbau, der Stadtentwicklung und der Nachhaltigkeit bei.

Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein. Sie verfügt über eine Anstaltslast, über eine Refinanzierungs-garantie des Landes Berlin sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch vom 28.07.2014 mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Die IBB unterliegt der in der Verständigung II formulierten Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Die Geschäftsstrategie der IBB leitet sich aus dem Förderauftrag ab. In der Geschäftsstrategie ist die langfristig ausgelegte Unternehmenspolitik für die IBB dargelegt. Um den langfristigen Erfolg der Bank sicherzustellen, ist die Geschäftsstrategie unter Beachtung der existierenden Rahmenbedingungen sowie der verfügbaren Ressourcen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dabei werden unter Berücksichtigung externer und interner Einflussfaktoren Ziele für die Gesamtbank sowie ihre drei Geschäftsfelder festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele definiert.

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus mehreren Teilen zusammen: Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen sowie das Governance-Framework der IBB dargelegt. Ziele sind insbesondere die Erfüllung des Förderauftrags und die nachhaltige Aufstellung der Bank unter Risiko-Ertrags-Gesichtspunkten.

Im zweiten Teil werden die drei Teilstrategien der Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und private Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Privatinvestoren, Eigenheimbesitzer, Wohnungseigentümergemeinschaften sowie Geschäftsbanken. Das Geschäftsfeld Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen.

Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für das Risikomanagement (Risikostrategie), das Personalmanagement, die Organisations- und Informationstechnologie (Organisations- und IT-Strategie), die Beteiligungen sowie die Unternehmenskommunikation.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden sowie weiterhin nach Maßgabe der **HGB-Rechnungslegung**. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei seinen struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund. Aufgrund dieses öffentlichen Auftrags ist die Förderung der Berliner Wirtschaft das vorrangige Geschäftsziel der IBB.

Als wesentliche Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank festgelegt. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- das Neugeschäftsvolumen
- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Fördercost-Income-Ratio
- die Kernkapitalquote

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend, ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung sowie in der Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen. Des Weiteren wird dieses durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehende Förderengagements unterstützt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zuzüglich des Berlin-Beitrags der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB primär nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Fördercost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin-Beitrags, ermittelt sich aus dem Quotienten operativer Erträge und Verwaltungsaufwendungen. Dabei beinhalten die operativen Erträge neben dem Zins- und Provisionsergebnis das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. der Berücksichtigung des Berlin-Beitrags.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die im Geschäftsjahr neu aufgenommene **Kernkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von Kernkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB erstmalig als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

Wirtschaftsbericht

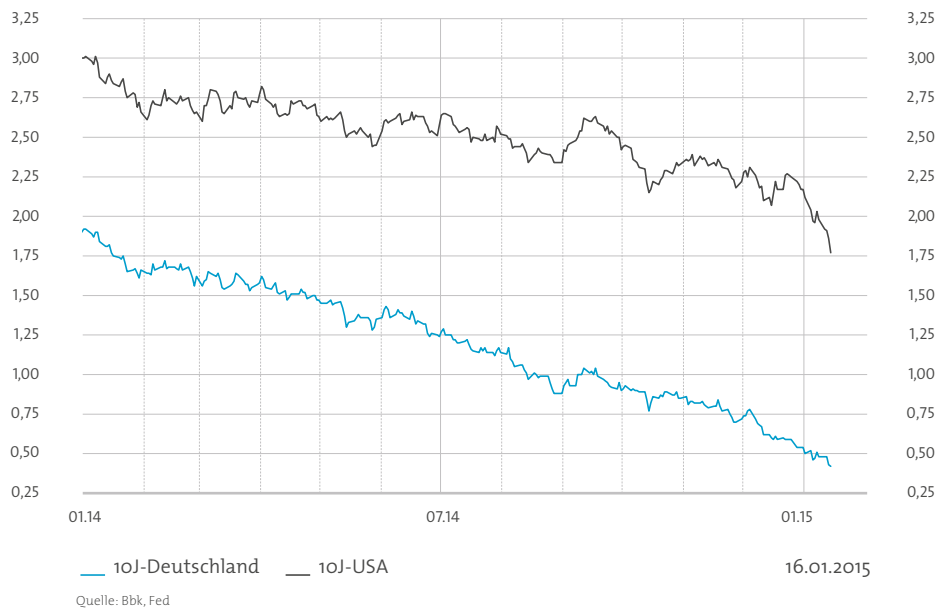
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Euroraum wurde 2014 nur ein sehr geringes Wirtschaftswachstum verzeichnet. Dem europäischen Statistikamt Eurostat zufolge stieg das Bruttoinlandsprodukt auf Jahressicht lediglich um 0,9 %. Die US-Wirtschaft knüpfte dagegen an das gute Ergebnis des Vorjahres an und legte im vergangenen Jahr um 2,4 % zu. Viele Schwellenländer tun sich nach wie vor schwer, strukturelle Wachstumshemmnisse zu beseitigen und entwickeln sich weniger schwungvoll. So schaltete auch China einen Gang zurück und lag 2014 bei der Wachstumsrate nur noch bei 7,4 %, nach 7,7 % im vorangegangenen Jahr. Gleichzeitig kommen in einigen Kernländern des Euroraums notwendige Reformen nur schleppend voran. Die angesichts hoher Schuldenstände notwendige Konsolidierung wird immer wieder infrage gestellt. In Deutschland gab es dagegen deutliche Zeichen einer Erholung. Allerdings war die Wirtschaftsentwicklung im Jahresverlauf 2014 extrem wechselhaft. Dank des starken Schlussquartals war das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit 1,6 % im Gesamtjahr stärker als erwartet – trotz der Zuspitzung der geopolitischen Lage in der Ukraine und Nahost.

Das zurückliegende Jahr war durch stetig fallende Renditen geprägt. Die expansive Geldpolitik der EZB, die sehr niedrige Inflation und die Sorgen vor einem konjunkturellen Abschwung waren die wesentlichen Gründe für das Erreichen rekordniedriger Renditeniveaus. Allerdings wächst in lang anhaltenden Niedrigzinsphasen die Gefahr, dass Investoren erhöhte Risiken eingehen, ohne dafür ausreichende eigene Risikopuffer vorzuhalten. Anreize zur Übernahme erhöhter Risiken entstehen besonders stark für Banken, wenn sie im Falle einer Schieflage damit rechnen können, von öffentlichen Stellen gestützt zu werden.

Während der Finanzkrise hatten insbesondere Risiken, die aus der Kreditvergabe an das Ausland resultierten, deutsche Banken belastet. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben deutsche Banken in der Folge jedoch ihre Forderungen gegenüber dem Ausland wieder deutlich reduziert. Insgesamt bleibt das deutsche Finanzsystem aber gerade mit den Ländern des Euroraums stark verflochten.

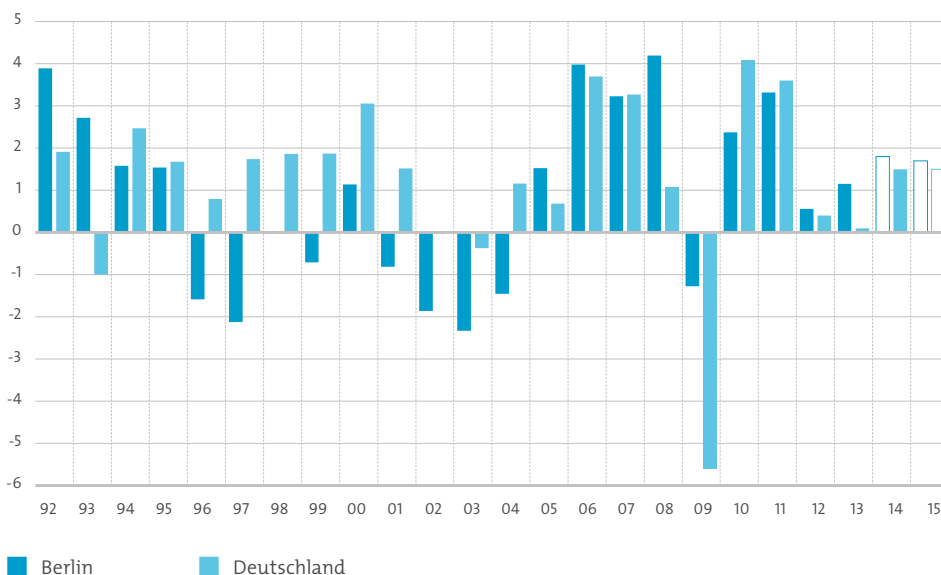
Kapitalmarktrenditen USA/Deutschland



Mit Blick auf die Finanzstabilität war das Jahr 2014 von der Schaffung institutioneller und organisatorischer Rahmenbedingungen geprägt. Eine wesentliche Säule stellt die gemeinsame europäische Aufsicht dar. In diesem Zusammenhang wurden weitreichende Kompetenzen auf die EZB übertragen. Ein erster Schritt, um das Vertrauen in den Bankensektor zu stärken, war die Bilanzüberprüfung von 130 Banken des Euroraums sowie ein Stresstest. Trotz eines positiven Befundes sollten die deutschen Banken weiterhin Anstrengungen unternehmen, ihre Kapital- und Ertragsposition zu verbessern.

Die Berliner Wirtschaft blieb 2014 auf Wachstumskurs, auch wenn das Tempo im Jahresverlauf etwas gedämpft wurde. Dabei kamen die konjunkturellen Warnsignale nicht aus der Berliner Wirtschaft, es waren die insgesamt eingetrübten globalen Konjunkturaussichten, die nun auch in Berlin die Unternehmen verunsicherten und die wirtschaftliche Dynamik dämpften. Gleichwohl bestehen nach Einschätzung der IBB-Volkswirte gute Chancen, dass die Berliner Wirtschaft auch 2014 wieder über dem Bundestrend zugelegt hat. Aufgrund des hohen Dienstleistungsanteils wird eine konjunkturelle Eintrübung im Verarbeitenden Gewerbe die Berliner Wirtschaft nur geringfügig belasten.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin und Deutschland (Veränderung zum Vorjahr in %)



In Berlin wird sich aufgrund des Bevölkerungswachstums und des demografischen Wandels in den kommenden Jahren nicht nur das Fachkräfteangebot, sondern auch die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften erhöhen. Dabei nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin bereits seit einigen Jahren wieder zu – und zwar mit einem deutlich über dem Bundestrend liegenden Tempo. Große Hoffnungen werden dabei in die boomende Gründerszene der Hauptstadt gesetzt. Denn schon heute ist Berlin eine der führenden Gründermetropolen Europas. Ein bedeutender Teil dieser Gründungen entspringt der Kultur- und Kreativwirtschaft. Aber auch im Bereich Information und Kommunikation (IKT) und in der Digitalen Wirtschaft ist im Bundesländervergleich ein überdurchschnittliches Gründungsgeschehen zu beobachten. Einige dieser Unternehmen haben es binnen weniger Jahre aus Berlin heraus bereits zur Weltmarktführerschaft gebracht.

Nach wie vor ist in Berlin ein starker Strukturwandel hin zu den Dienstleistungsbereichen zu beobachten. Dabei schreitet dieser in der Hauptstadt schneller voran als in anderen Regionen Deutschlands. Bezogen auf die gesamten gewerblichen Umsätze nehmen die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche (ohne Handel, Gastgewerbe und öffentliche Dienstleistungsbereiche) eine gewichtige Stellung in der Hauptstadt ein (Anteil: 28,0 %). Auch im Jahr 2014 haben diese Branchen wieder kräftig zugelegt.

Die Berliner Industrie hat sich nach einem schwachen Jahresauftakt im weiteren Jahresverlauf 2014 stabilisiert. Dabei haben sich die Berliner Industriebetriebe immer stärker dem Weltmarkt geöffnet. Auf Umsätze mit Handelspartnern im Ausland entfallen mit 57 % mittlerweile mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Umsätze.

Dem Berliner Einzelhandel gelang im vergangenen Jahr eine deutliche Steigerung des Umsatzes. Damit entwickelte sich der Berliner Handel erneut besser als der gesamtdeutsche Durchschnitt. Ausschlaggebend für das starke Wachstum in Berlin waren vor allem Steigerungen im Internet- und Versandhandel. Hier stiegen die Umsätze sogar mit Raten im zweistelligen Bereich.

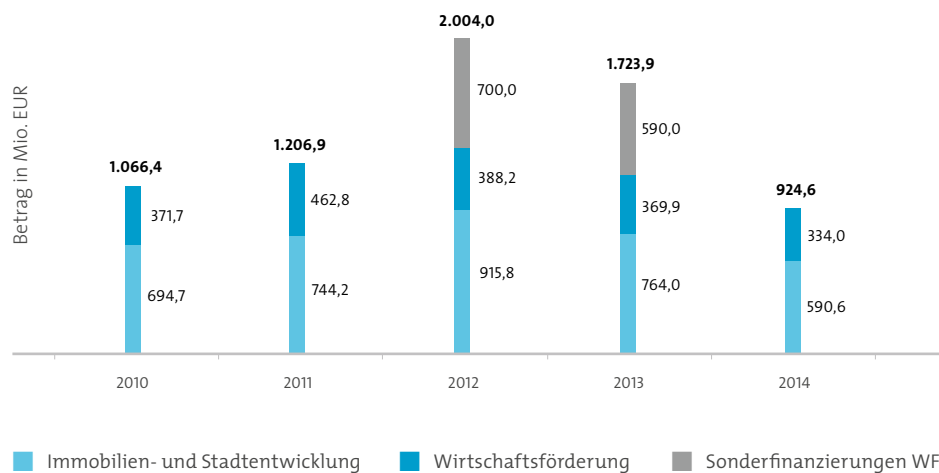
Auch der Bau war 2014 eine Stütze der Berliner Wirtschaft. Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung der letzten Monate zeigt jedoch, dass sich sowohl die Auftragseingänge als auch die Umsätze im Bauhauptgewerbe derzeit noch unter dem Niveau des rechnerischen Langzeittrends bewegen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 war durch schwierige Marktbedingungen gekennzeichnet. Dies ist einerseits auf sinkende Vorteile von Förderdarlehen durch ein anhaltend niedriges Zinsniveau zurückzuführen, andererseits waren Geschäftsbanken, auch bedingt durch bessere Refinanzierungsbedingungen, wieder verstärkt am Markt aktiv.

Insgesamt bewilligte die IBB in 2014 in der Wirtschafts- und Immobilienförderung Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 924,6 Mio. EUR. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden in 2014 keine vom Land Berlin initiierten Sondergeschäfte abgeschlossen.

Entwicklung des Neugesäftsvolumens für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als gefragter Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft 2014 Finanzierungszusagen in Höhe von 590,6 Mio. EUR (Vorjahr 764,0 Mio. EUR) realisiert. Damit hat sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr, stärker als prognostiziert, verringert.

Wie bereits 2013 angekündigt, hat die IBB im Geschäftsjahr den Wiedereinstieg in die Neubauförderung gestartet und die soziale Wohnraumförderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus (WFB 2014) erfolgreich eingeführt. Es wurden bereits erste Zusagen von Treuhanddarlehen und ergänzenden IBB-Finanzierungen ausgesprochen, eine Projektpipeline wurde aufgebaut.

Ein wichtiger Förderschwerpunkt der IBB ist unverändert die Vergabe von zinssubventionierten KfW-refinanzierten Darlehen, insbesondere im Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“. Für die Finanzierung von Baumaßnahmen zur Energieeinsparung und damit zur Minderung des CO₂-Ausstoßes an bestehenden Wohngebäuden stieg die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr (54,7 Mio. EUR) um 5,4 Mio. EUR auf 60,1 Mio. EUR. Für die Förderung weiterer Investitionsvorhaben zur Wohnraummodernisierung wurden durch die IBB Darlehen in Höhe von 10,7 Mio. EUR (Vorjahr 50,1 Mio. EUR) bereitgestellt.

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 78,7 Mio. EUR (Vorjahr 95,6 Mio. EUR) gefördert. Die Nachfrage nach Konsortialfinanzierungen und Globaldarlehen (52,0 Mio. EUR) ist im Vergleich zum Vorjahr (208,9 Mio. EUR) spürbar zurückgegangen.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten und durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte. Insgesamt konnte die IBB im Rahmen dieser weiteren Wohnungsbaufinanzierungen Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 256,6 Mio. EUR aussprechen und somit den Vorjahreswert (283,8 Mio. EUR) fast erreichen.

Zur Vermeidung von Bürgschafts- und Förderdarlehensausfällen für das Land Berlin engagiert sich die IBB zudem bei der Unterstützung von wirtschaftlichen Sanierungsprojekten und stellte Darlehen in einer Gesamthöhe von 63,3 Mio. EUR (Vorjahr 35,5 Mio. EUR) bereit.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** konnten im Berichtsjahr Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 334,0 Mio. EUR (Vorjahr ohne Sondergeschäft 369,9 Mio. EUR) ausgesprochen und einhergehend mit hohen Stückzahlen erneut ein gutes Ergebnis erzielt werden, wenn auch, wie prognostiziert, etwas unter dem Vorjahr liegend.

Im Geschäftsjahr 2014 nutzten viele Gründungs- und Bestandsunternehmen die Kompetenz der IBB als Förderbank. Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung ist dabei die Unterstützung von mittelständischen Unternehmen durch monetäre Förderangebote und eine umfassende Finanzierungsberatung. Hierfür arbeitet die IBB eng mit den in Berlin ansässigen Geschäftsbanken zusammen.

Bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft war insbesondere das IBB-Wachstumsprogramm stark nachgefragt. Für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen konnte die IBB ein Kreditvolumen in Höhe von 110,3 Mio. EUR bereitstellen und somit den Vorjahreswert (94,5 Mio. EUR) steigern.

Mit Bewilligungen in Höhe von 122,2 Mio. EUR erzielte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) erneut ein Rekordergebnis (Vorjahr 119,2 Mio. EUR). Nicht zuletzt aufgrund der für die GRW zum 30.06.2014 endenden Förderbedingungen nutzten viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm *Pro FIT*. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 37,5 Mio. EUR (Vorjahr 61,4 Mio. EUR) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik, Medien, Kreativwirtschaft; Gesundheitswirtschaft; Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt. Nach dem Rekordjahr 2013 entwickelten sich die Bewilligungen 2014 im Ergebnis der Richtlinienänderungen planmäßig, entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel, rückläufig.

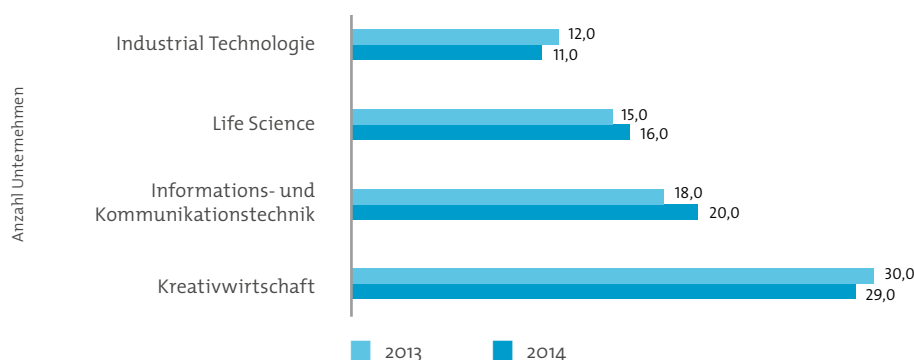
Im Berichtsjahr konnte im Bereich der Gründungsfinanzierung mit der Vergabe von Darlehen in einer Gesamthöhe von 10,1 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) eine vorhergesagt konstant hohe Nachfrage nach Mikrokrediten und Gründungsdarlehen im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Start“ festgestellt werden.

Venture Capital auch 2014 auf Rekordniveau

Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2014 Finanzierungen mit einem Volumen von rund 13 Mio. EUR abgeschlossen. Die VC-Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten insgesamt 36 Unternehmen über 66 Mio. EUR Risikokapital.

Mit insgesamt 50 Finanzierungsrunden lag die Transaktionszahl in 2014 auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Neben 8 neuen Beteiligungen (Vorjahr 11) erfolgten 42 Folgefinanzierungen (Vorjahr 39). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2014 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 75 auf 76 Unternehmen gewachsen (+1%).

Wie im Vorjahr stammt der größte Anteil der 76 Portfoliounternehmen aus der Kreativwirtschaft. Bei 38 der Beteiligungen aus der Kreativwirtschaft bzw. Informations- und Kommunikationstechnik handelt es sich um Unternehmen aus der Digitalen Wirtschaft.



In 2014 konnten mehrere Beteiligungen erfolgreich veräußert werden. Die IBB Beteiligungsgesellschaft erzielt bereits im 10. Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis.

Der VC Fonds Berlin befindet sich in der Desinvestitionsphase, der VC Fonds Technologie Berlin und der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin am Ende der Investitionsphase. Sie werden in 2015 um weitere 100 Mio. EUR aufgestockt, wovon 50 Mio. EUR aus EFRE-Mitteln und 50 Mio. EUR durch die IBB aufgebracht werden. Damit kann sichergestellt werden, dass die erfolgreiche Arbeit der VC-Fonds zugunsten der Berliner Start-ups kontinuierlich weitergeführt wird.

Lage des Konzerns

Ertragslage

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2014 für den Konzern, der wesentlich durch den Jahresabschluss der IBB, insbesondere durch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen beeinflusst wird, zufriedenstellend.

In der nachfolgend dargestellten Konzernergebnisrechnung wurden einzelne in der GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen des Konzerns, die als Berlin-Beitrag dem Land im Sinne einer Vorabausschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen des Konzerns, die unter dem GuV-Posten „sonstiges betriebliches Ergebnis“ (14,6 Mio. EUR, Vorjahr 14,2 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt, wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen des Konzerns (14,7 Mio. EUR, Vorjahr 14,7 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht aufwandswirksamen Leistungen werden in der Konzernergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. EUR	2014	2013	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge	142,2	151,3	-9,0	-6,0
Provisionsüberschuss	5,6	7,9	-2,3	-28,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7,9	7,7	0,1	1,8
Summe der Erträge	155,7	166,8	-11,1	-6,7
Verwaltungsaufwand	-85,6	-79,1	-6,5	8,3
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	70,1	87,8	-17,7	-20,2
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-3,4	179,7	-183,1	-101,9
Neutrales Ergebnis	0,0	-0,1	0,1	-100,0
Wirtschaftliches Ergebnis	66,7	267,3	-200,7	-75,1
Berlin-Beitrag	-29,3	-28,4	-0,9	3,3
Jahresüberschuss	37,3	238,9	-201,6	-84,4

Operative Erträge

Der Zinsüberschuss ist mit 142,2 Mio. EUR unverändert die Hauptertragsquelle der Bank. Im Vergleich zum Vorjahr (151,3 Mio. EUR) ergibt sich durch das weiterhin niedrige Zinsniveau sowie Belastungen aus Barwerterhöhungen von Pensionsrückstellungen eine deutliche Reduzierung des Zinsergebnisses. Durch die stabilen Konditionsbeiträge im Kundengeschäft sowie die konstante Entwicklung der Strukturbeiträge im Segment Treasury konnten die Erwartungen insgesamt übertroffen werden.

Der Provisionsüberschuss (5,6 Mio. EUR, Vorjahr 7,9 Mio. EUR), der maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt ist, liegt aufgrund auslaufender Förderungen in 2014 erwartungsgemäß unter dem Vorjahresniveau.

Die Erträge wurden weiterhin durch das gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte sonstige betriebliche Ergebnis positiv beeinflusst. Diese erhöhten sich unter anderem aufgrund diverser Auflösungen von Rückstellungen im abgelaufenen Jahr von 7,7 Mio. EUR auf 7,9 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der Bank fiel mit -85,6 Mio. EUR (Vorjahr -79,1 Mio. EUR) vor allem durch Einmaleffekte insgesamt höher aus als im Vorjahr.

Der Personalaufwand (-51,4 Mio. EUR, Vorjahr -50,7 Mio. EUR) entwickelte sich im Geschäftsjahr 2014 insgesamt planmäßig. Der Sachaufwand hingegen erhöhte sich aufgrund nicht geplanter Brandschutzrückstellungen am Geschäftsgebäude sowie erhöhter Projektkosten für regulatorische Themen um 5,9 Mio. EUR auf -31,7 Mio. EUR (Vorjahr -25,8 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Fördercost-Income-Ratio erhöhte sich auf 55,0 % (Vorjahr 47,4 %). Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Erträge zurückzuführen.

Risikovorsorge/Bewertungen

In dem Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen sind das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von -13,3 Mio. EUR (Vorjahr 178,0 Mio. EUR), das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 2,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR), erstmalig das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (2,5 Mio. EUR) sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 4,5 Mio. EUR (Vorjahr -0,6 Mio. EUR) enthalten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beinhaltet das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von -21,6 Mio. EUR (Vorjahr 68,1 Mio. EUR) sowie das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten in Höhe von 8,4 Mio. EUR (Vorjahr 109,9 Mio. EUR).

Das im Vergleich zum Vorjahr relativ geringe Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen von -3,4 Mio. EUR (Vorjahr 179,7 Mio. EUR) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass durch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Fair Value Hedge) die Zinssensitivität des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden konnte. Somit ergab sich trotz des deutlichen Rückgangs des Zinsniveaus nur ein geringer Bewertungsverlust.

Wirtschaftliches Ergebnis

Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns verringerte sich durch ein deutlich geringeres Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen um 200,7 Mio. EUR auf 66,7 Mio. EUR (Vorjahr 267,3 Mio. EUR). Dies ist im Wesentlichen auf die verringerte Zinssensitivität des Ergebnisses aus Risikovorsorge und Bewertungen in Folge des Hedge Accountings zurückzuführen. Durch die bilanzielle Berücksichtigung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen konnte eine verbesserte Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns erreicht werden.

Ausgehend vom wirtschaftlichen Ergebnis der IBB als Haupttreiber konnten auch die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente erfüllt werden.

	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Treasury		Corporate Center	
in Mio. EUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsüberschuss	134,3	141,8	68,2	69,5	9,5	8,5	51,2	54,7	5,4	9,0
Provisionsüberschuss	6,0	8,3	5,6	7,8	0,8	0,9	-0,4	-0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	10,4	8,1	-7,3	-7,9	15,7	15,2	0,0	0,0	2,1	0,9
Summe der Erträge	150,8	158,1	66,5	69,4	26,0	24,6	50,7	54,3	7,5	9,9
Verwaltungsaufwand	-83,4	-78,0	-36,5	-36,6	-22,6	-23,9	-5,6	-5,4	-18,7	-12,1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	67,4	80,1	30,0	32,8	3,5	0,6	45,1	48,9	-11,2	-2,2
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-8,6	-11,6	3,4	7,0	-1,7	-3,5	4,2	2,8	-14,5	-18,0
Neutrales Ergebnis	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5
Wirtschaftliches Ergebnis	58,8	68,0	33,4	39,8	1,8	-2,8	49,2	51,7	-25,7	-20,7
Berlin-Beitrag der IBB	-32,9	-31,1	-2,9	-0,9	-27,4	-27,7	0,0	0,0	-2,6	-2,5
Jahresüberschuss	25,9	36,9	30,5	38,9	-25,6	-30,5	49,2	51,7	-28,3	-23,2

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** konnte mit einem wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 33,4 Mio. EUR den Planwert deutlich übertreffen. Erwartungsgemäß lag der Wert unter dem Vorjahresergebnis, u. a. bedingt durch Veränderungen in der Risikovorsorge (-3,6 Mio. EUR) und durch 2,8 Mio. EUR geringere Erträge.

Die **Wirtschaftsförderung** schließt erstmalig mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 1,8 Mio. EUR ab und übertrifft sowohl die Vorjahres- (-2,8 Mio. EUR) als auch die Planwerte deutlich. Diese Entwicklung ist vor allem auf das positive Zinsergebnis von 9,5 Mio. EUR (Vorjahr 8,5 Mio. EUR) und einer geringeren Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Der Verwaltungsaufwand (22,6 Mio. EUR) reduziert sich infolge geringerer Personalaufwände im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. EUR.

Im Segment **Treasury** erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 49,2 Mio. EUR und liegt damit erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (51,7 Mio. EUR), jedoch über den prognostizierten Werten für 2014. Die positive Entwicklung im Zinsergebnis ist vor allem auf ein höheres Ergebnis aus Fristentransformation und diverse kundeninduzierte Effekte zurückzuführen.

Im Segment **Corporate Center** erreicht das wirtschaftliche Ergebnis -25,7 Mio. EUR und unterschreitet damit den Vorjahreswert um 5,0 Mio. EUR. Neben einem Zinsergebnis von 5,4 Mio. EUR, welches den Planwert aufgrund von zusätzlichen Bewertungseffekten aus der Altersversorgung deutlich unterschreitet, ergibt sich die größte Planabweichung vor allem in der Risikovorsorge. Hier fließen zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit der Bank im Rahmen der Dotierung von allgemeinen Vorsorgereserven 14,5 Mio. EUR ein.

Konzernjahresüberschuss

Nach Abzug des Berlin-Beitrags in Höhe von 29,3 Mio. EUR (Vorjahr 28,4 Mio. EUR) zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes weist der Konzern einen **Konzernjahresüberschuss** in Höhe von 37,3 Mio. EUR (Vorjahr 238,9 Mio. EUR) aus, welcher mit dem Konzernbilanzverlust bzw. dem Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile im Eigenkapital aufgerechnet wird.

Die nach den Vorgaben des § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,18 %.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 0,1 Mrd. EUR auf 20,8 Mrd. EUR erhöht. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Finanzgarantien sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, stieg um 0,1 Mrd. EUR auf 21,7 Mrd. EUR.

in Mio. EUR	Veränderung			
	31.12.2014	31.12.2013	absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.063,0	1.273,8	789,2	62,0
Forderungen an Kunden	13.280,8	13.892,9	-612,1	-4,4
Wertberichtigungen auf Forderungen	-41,4	-42,9	1,5	-3,6
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	3.696,7	3.395,5	301,1	8,9
Finanzanlagen	1.703,8	2.042,0	-338,2	-16,6
Sonstige Aktiva	78,2	81,4	-3,2	-4,0
Bilanzsumme	20.781,1	20.642,8	138,3	0,7
Finanzgarantien	123,4	122,2	1,1	0,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	825,1	859,0	-33,9	-3,9
Geschäftsvolumen	21.729,6	21.624,1	105,6	0,5

Die Forderungen an Kreditinstitute sind gegenüber dem Vorjahr, insbesondere wegen höherer Tages- und Termingelder, um 0,8 Mrd. EUR auf 2,1 Mrd. EUR angestiegen. Die Höhe der Forderungen aus im Hausbankenverfahren abgewickelm Fördergeschäft blieb konstant.

Die Verringerung der Kundenforderungen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,6 Mrd. EUR waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Die Bestände der Wirtschaftsförderung stiegen hingegen, beeinflusst durch Effekte aus dem Hedge Accounting, um 0,1 Mrd. EUR.

Der Anstieg der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte um 0,3 Mrd. EUR ist im Wesentlichen auf die Ausweitung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 0,2 Mrd. EUR zurückzuführen.

Durch Umschichtungen von Schuldverschreibungen in Geldmarktinstrumente anderer Kategorien verringerten sich die Finanzanlagen um 0,3 Mrd. EUR.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Finanziert wird das Volumen der Aktivseite zu 16 % (Vorjahr 19 %) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt, deren Anteil mit 35 % konstant blieb. Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 8,0 Mrd. EUR (Vorjahr 7,8 Mrd. EUR) konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 38 %.

Das bilanzielle Eigenkapital im Konzern reduzierte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 28,6 Mio. EUR auf 822,5 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR. Alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin. Maßgeblich für die Veränderung war die Ausschüttung des ausgewiesenen Bilanzgewinns 2013 in Höhe von 36,9 Mio. EUR an das Land Berlin. Die Veränderung in den Gewinnrücklagen resultiert aus versicherungsmathematischen Verlusten gemäß IAS 19 von 37,6 Mio. EUR.

Eigenkapitalveränderungsrechnung	Grundkapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital nicht beherrschender Anteile	Gesamt
in Mio. EUR						
Stand 31.12.2013	300,0	639,0	6,4	-91,5	-2,8	851,1
erfolgsneutrale Bewertung		-37,6	8,6			-29,0
Abführung an Land Berlin				-36,9		-36,9
Jahresüberschuss 2014				37,6	-0,2	37,3
Stand 31.12.2014	300,0	601,4	15,1	-90,8	-3,1	822,5

Zum Bilanzstichtag weist die IBB-Gruppe ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 748,7 Mio. EUR (Vorjahr 845,0 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird gemäß CRR/SolvV ermittelt.

in Mio. EUR/in %	2014	2013
Gesamtrisikobetrag (RWA) ¹	5.493,5	4.525,0
Eigenmittelquote	13,6 %	18,7 %
Kernkapitalquote	13,6 %	17,4 %

¹ Werte für 31.12.2013 auf Basis der bis dahin gültigen Solvabilitätsverordnung nach deutschem Recht

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 2,7 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2014 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiQV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Solvabilität und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Günstige Finanzierungsbedingungen, niedrige Energiepreise und eine vorteilhafte Wechselkursentwicklung werden den Konjunkturverlauf auch 2015 stützen. Das weltwirtschaftliche Wachstum bleibt nach Einschätzung der IBB-Volkswirte allerdings verhalten, sodass vom Außenbeitrag kaum Impulse auf die deutsche Wirtschaft ausgehen. Die Investitionsbereitschaft dürfte angesichts der schwelenden geopolitischen Krisen und aufgrund anhaltender Bedenken im Hinblick auf den Euro-Raum schwach ausgeprägt bleiben.

Niedrige Energiepreise stärken die auch im Zuge etwas kräftigerer Lohnzuwächse gestiegene Kaufkraft, sodass sich der Zuwachs im Konsum noch leicht beschleunigen könnte. Die immer noch hohe deutsche Sparquote wird trotz Niedrigzinsumfeld aber wohl nur leicht zurückgehen.

Die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland wird weniger durch konjunkturelle als durch strukturelle Einflüsse geprägt sein, wobei sich der weitere Abbau der Arbeitslosenzahlen als zusehends schwierig erweisen dürfte. Der Beschäftigungsaufbau wird im Zuge von Zuwanderungen auf der einen Seite und dem Rückgang der inländischen Erwerbsbevölkerung auf der anderen Seite verhalten bleiben. Die Konsequenzen des neuen gesetzlichen Mindestlohns sind schwer abzuschätzen und sind insofern ein Risikofaktor für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt. Höhere Löhne könnten auch auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten durchschlagen. Die sonstigen Rahmenbedingungen lassen insgesamt aber keine stärkere Beschleunigung des Preisauftriebs erwarten. Die Inflationsrate dürfte zwar erneut höher als im restlichen Euroraum liegen, zum dortigen Durchschnitt aber weiterhin nur einen verhältnismäßig kleinen Abstand aufweisen.

Die Europäische Zentralbank wird als Garant für den Zusammenhalt des gemeinsamen Währungsraums unverzichtbar und deshalb im Krisenmodus verhaftet bleiben. Die im Januar beschlossenen Staatsanleihekäufe der EZB sollen ab März 2015 umgesetzt werden. Ob die bereits im Vorfeld auf neue Tiefstände gesunkenen Renditen dann noch weiter nachgeben, ist allerdings fraglich.

Die Berliner Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Im Jahr 2015 sollte eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts oberhalb des Bundesdurchschnitts erreicht werden. Hierfür sind insbesondere Impulse aus dem Dienstleistungsbereich entscheidend. So befindet sich der Wirtschaftsstandort Berlin, vor allem aufgrund der stark wachsenden unternehmensnahen Dienste, in einem guten Zustand. Auch der Berliner Arbeitsmarkt wird 2015 wieder vom expandierenden Dienstleistungsbereich profitieren. Von der stark wachsenden Erwerbstätigkeit und den steigenden Löhnen in der Hauptstadt profitieren vor allem die auf private Verbraucher orientierten Berliner Unternehmen. Hinzu kommt der nach wie vor stark boomende Berlintourismus.

Vor allem der Trend der Bevölkerungsentwicklung in Richtung Stadt sowie insbesondere in Richtung Metropolen wird die Entwicklung Berlins weiter stärken. Berlin besitzt gerade in den kreativen Branchen für junge Menschen und Beschäftigte eine sehr hohe Attraktivität. Dadurch kann Berlin langfristig weiter von dem Zuzug hochqualifizierter Menschen profitieren. Die moderaten Lohn- und Lebenshaltungskosten in Kombination mit einer hohen Standortattraktivität bieten Berlin hohe Potenziale für die Ansiedlung von neuen Unternehmen gerade in den Wachstumsfeldern.

Berlin hat sich in den letzten Jahren zum wichtigsten deutschen Zentrum für die Internet-Wirtschaft entwickelt. Und das weitere Entwicklungspotenzial ist groß. Wenn es gelingt, sowohl die Attraktivität Berlins als Forschungs- und Wissenschaftsstandort für Fachkräfte und Gründer der Digitalen Wirtschaft weiter zu stärken als auch die wachstumsstarke Unternehmen mit Kapital zu versorgen, dann hat Berlin als Standort der Digitalen Wirtschaft auch künftig die besten Chancen. Mit den Börsengängen einiger Berliner Start-ups machte Berlin im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt. Die digitale Entwicklung wird sich perspektivisch positiv auf die bereits vorhandenen Berliner Stärken und Zukunftsfelder auswirken, wie Gesundheitswirtschaft, Energietechnik; Verkehr, Mobilität und Logistik; IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie Optik.

In Berlin ist die Wahrscheinlichkeit, gut ausgebildete Mitarbeiter zu akquirieren, deutlich größer als an vielen anderen Wirtschaftsstandorten. Von dieser Entwicklung wird Berlin auch in den nächsten Jahren profitieren.

Eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Ansiedlung von Unternehmen war neben der Intensivierung der direkten Unternehmensansprache die Stärkung der Wirtschaftsförderung durch die Zusammenführung von Berlin Partner und TSB GmbH zur neuen Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (BPWT). Die Neuauflage der VC-Fonds der Investitionsbank Berlin ist eine wichtige Maßnahme, Berliner Unternehmen aus der Technologiebranche sowie aus der Kreativwirtschaft den Weg zum Erfolg zu ebnen. Für die Neuauflage der Fonds in der Förderperiode von 2014 bis 2020 hat das Land Berlin 100 Mio. EUR zugesagt. Die Hälfte davon stammt aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt in Berlin auch im kommenden Jahr, bei weiter steigender Bevölkerungszahl, hoch. Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung hat die bisherigen Prognosezahlen bereits übertroffen. Diese Entwicklung wird sich im laufenden und in den folgenden Jahren noch verstärken. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Landes Berlin werden zunehmend auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden ihre Bestände künftig weiter ausbauen.

Zur Beschleunigung des Wohnungsneubaus hat der Senat bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen. So wurde z. B. eine Wohnungsbauleitstelle eingerichtet, zu deren Aufgaben Beratung von Investoren, Erleichterung von Behördenabstimmungen oder Vermittlung in Konfliktsituationen gehören. Die Berliner Bezirke werden künftig im Rahmen eines Bündnisses mit dem Senat in die Lage versetzt, Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen. Vor diesem Hintergrund dürfte eine deutliche Steigerung der Baugenehmigungen im Jahr 2015 erreicht werden.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank nahmen die Preise für Wohnimmobilien in deutschen Städten im Jahr 2014 um durchschnittlich rund 5,2 % zu, nachdem die Steigerung 2013 noch bei rund 7,2 % lag. Die Beruhigung an den städtischen Wohnimmobilienmärkten spiegelt sich auch in den Mieten wider. Die Neuvertragsmieten für bestehende Wohnungen sowie die Mieten für den Erstbezug wurden, wie schon im Jahr 2013, etwas schwächer als im Jahr zuvor angehoben. Stärkere Mietanpassungen als zuvor waren in den Großstädten bei neuen Verträgen für Bestandswohnungen zu verzeichnen. In diesem Segment könnten Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der geplanten Mietpreisbremse eine Rolle gespielt haben.

Die Mietpreisbremse soll den stark steigenden Mieten in den deutschen Großstädten entgegenwirken. Sie sieht vor, dass die Mieten bei Neuvermietungen nur maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Die Regulierung könnte allerdings auch nachteilige Folgen für den Mietmarkt haben. Wenn Investoren ihre Mieteinnahmen nicht mehr steigern können, besteht die Gefahr, dass sie ihre Investitionen zurückfahren bzw. immer mehr Immobilien an Selbstnutzer verkaufen und so das Angebot an Mietwohnungen insgesamt verknappen. Dadurch könnte die Mietpreisbremse langfristig das Gegenteil von dem erreichen, was ursprünglich beabsichtigt wurde.

Die niedrigen Finanzierungszinsen halten den Wohneigentumserwerb trotz steigender Preise erschwinglich. Hinzu kommt, dass das Interesse an Immobilien bei anhaltendem Anlagenotstand im extremen Niedrigzinsumfeld nicht abklingen wird. Vor diesem Hintergrund sollten die Preise am Berliner Wohnungsmarkt auch 2015 weiter zulegen, auch wenn die Dynamik weiter nachlassen könnte. Eine Überhitzung in einzelnen Teilmärkten und Segmenten des Wohnungsmarkts ist zwar nicht auszuschließen, eine Immobilienblase ist aus heutiger Sicht in Berlin aber wenig wahrscheinlich.

Dagegen sprechen vor allem die im internationalen Vergleich weiterhin konservative Finanzierungspraxis, die bisher nur zögerlich zunehmenden Kreditvolumina bei den Wohnungsfinanzierungen sowie der Berliner Nachholeffekt. Hinzu kommt das im internationalen Vergleich insgesamt überschaubare Ausmaß des Berliner Wohnungs- bzw. Hauspreisanstiegs in den letzten Jahren. Dies schließt nicht aus, dass in einzelnen Kiezen, je nach Entwicklung von Angebot und Nachfrage, die Wohnungspreise weiter zulegen – insbesondere in Teillagen und speziell im Luxussegment, wo bereits ein besonders hohes Preisniveau erreicht wurde.

Die IBB geht davon aus, dass für 2015, mit Blick auf das anhaltend niedrige Zinsniveau, die **operativen Erträge** trotz einer ambitionierten Vertriebsplanung insgesamt rückläufig ausfallen werden.

Das niedrige Zinsumfeld führt über verstärkte außerplanmäßige Tilgungen zu einem weiteren Abschmelzen des Immobilienportfolios und damit zu einer deutlichen Reduzierung des Zinsüberschusses als wesentliche Ertragssäule der Bank. Darüber hinaus werden auslaufende Zuschusszahlungen, ebenfalls im Bestand des Immobilienportfolios, das Provisionsergebnis moderat vermindern.

Des Weiteren wird das Zinsergebnis zunehmend aus Aufzinsungseffekten und Barwerterhöhungen durch Zinsänderungen für Pensionsrückstellungen belastet.

Die Bank erwartet, dass der Verwaltungsaufwand im Jahr 2015 deutlich ansteigen wird. Die in der Vergangenheit gehobenen Effizienzpotenziale werden durch neue Anforderungen aus dem aufsichtsrechtlichen Umfeld nur teilweise abgeschwächt. Größter Belastungsfaktor ist jedoch die ab 2015 auch für die IBB anfallende europäische Bankenabgabe, die die GuV voraussichtlich mit einem mittleren einstelligen Millionenbetrag belasten wird. Die exakte Höhe der erforderlichen Beiträge ist noch nicht quantifizierbar.

Die **Fördercost-Income-Ratio** wird sich aufgrund der rückläufigen Erträge und der steigenden Verwaltungskosten ebenfalls deutlich erhöhen.

Das Risikovorsorge/Bewertungsergebnis wird 2015 voraussichtlich weiterhin im Zeichen pauschaler Vorsorgebildung stehen. Mögliche Ratingverschlechterungen im Förderkreditgeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressenausfallrisiken aus Kredit- und Wertpapiergeschäften verursachen.

Die anhaltende Niedrigzinsphase und die damit einhergehenden Bewertungseffekte sowie zusätzliche Belastungen aus der europäischen Bankenabgabe werden in 2015 das **wirtschaftliche Ergebnis** deutlich nach unten korrigieren.

Die Bilanzsumme wird sich weiterhin aufgrund planmäßiger und – zinsniveaubedingt – außerplanmäßiger Bestandsreduzierungen im Förderkreditgeschäft sowie eines geringer erwarteten Geldmarktportfolios moderat reduzieren. Dieser Portfoliorückgang sowie die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven werden tendenziell zu einer Stärkung der Risikotragfähigkeit führen, sofern das Marktumfeld stabil bleibt und keine Ereignisse eintreten, die eine grundlegend neue Risikoeinschätzung erfordern.

Auch die **Kernkapitalquote** stellt im kommenden Jahr keinen Engpassfaktor für die IBB dar. Sie knüpft an den Werten des aktuellen Jahres an.

Insgesamt sind in 2015 keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank zu erwarten. Mit der Entwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB weiterhin eine wichtige Rolle bei der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin spielen. Für die Neugeschäftstätigkeit wird eine leicht rückläufige Nachfrage unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach erfolgreicher Einführung der sozialen Wohnraumförderung der Wohnungsneubau eine hohe Aufmerksamkeit erfahren. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Insbesondere die Möglichkeit, neben den öffentlichen Baudarlehen die Gesamtfinanzierung der Vorhaben unter Einbindung weiterer Förderprodukte stellen zu können, eröffnet neue Geschäftspotenziale für die IBB, die in 2015 weiter ausgebaut werden. Neben dem Wohnungsneubau im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung wird für 2015 erwartet, dass auch weitere Vorhaben im freien Wohnungsbau durch die IBB begleitet werden.

Den bewährten Förderprodukten wie „IBB Wohnraum Modernisieren“, „IBB Altersgerechtes Wohnen“ und „IBB Energetische Gebäudesanierung“ wird in 2015 weiterhin eine große Bedeutung zukommen, da bei mehr als 310.000 Wohngebäuden in Berlin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Die Pilotphase des Förderprogramms zur energetischen Sanierungsberatung (ENEO) ist Ende 2015 erreicht. Über die Fortführung wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer zu erstellenden Evaluierung entschieden.

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB auch 2015 größere Vorhaben von kommunalen Unternehmen finanzieren. Die IBB wird weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern.

Neben der etablierten Produktpalette plant die IBB, 2015 in Abstimmung mit dem Berliner Senat das neue Förderprodukt „IBB-Familienbaudarlehen“ einzuführen, welches Familien mit geringerem Eigenkapital durch nachrangige Darlehensabschnitte die Gesamtfinanzierung eines Eigenheims ermöglichen soll. Zusätzlich ist der Ausbau der Kooperationen mit anderen Kreditinstituten geplant, um Synergien für das kleinteilige Geschäft stärker nutzen zu können.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2015 ein Bewilligungsvolumen auf Vorjahresniveau erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** bestehen vor dem Hintergrund eines aktuell historisch niedrigen Zinsniveaus und einer gestiegenen Risikobereitschaft bei den Geschäftsbanken verbesserte Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen. Im Ergebnis erwartet das Geschäftsfeld in 2015 ein stabiles Bewilligungsvolumen.

Den größten Anteil an den Bewilligungen werden Darlehen und Avale für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken haben. Das ertragsstarke IBB-Wachstumsprogramm wird dabei weiterhin im Fokus der Aktivitäten stehen.

Das Zuschussvolumen wird eine leicht rückläufige – um die zum Ende der EU-Förderperiode in den letzten zwei Jahren erfolgten Rekordbewilligungen bereinigte – Entwicklung nehmen, wobei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das wichtigste regionalpolitische Instrument Berlins zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen durch betriebliche Investitionen bleibt.

Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt *Pro FIT*. Zuschüsse und Darlehen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden sich ungefähr die Waage halten und überwiegend in das Cluster IKT/Medien/Kreativwirtschaft, gefolgt von der Gesundheitswirtschaft, fließen. Der Berliner Start-up-Boom in der digitalen Wirtschaft wird außer durch *Pro FIT* maßgeblich durch die VC-Fonds der IBB Beteiligungsgesellschaft begleitet. Aufgrund des weiterhin guten Marktumfelds und aktiver Co-Investoren wird die Nachfrage nach Beteiligungen aus den VC-Fonds weiter steigen.

Berlin ist auch jenseits der Internet-Szene die Gründerhauptstadt Deutschlands und bleibt aufgrund des überproportional wachsenden Dienstleistungsbereichs eher kleinteilig strukturiert. Für Gründungen und kleine sowie innovative Unternehmen bleiben trotz verbessertem Kreditzugang, insbesondere aufgrund höherer geforderter Sicherheiten, strukturelle Finanzierungsprobleme bestehen. Die IBB wird deshalb ihr Engagement in der Gründungs- und Mikrofinanzierung im Rahmen des KMU-Fonds fortsetzen und ausbauen.

Kurz vor Jahresende wurde das Berliner Operationelle Programm für die Verwendung der EFRE-Mittel im Land Berlin (EU-Förderperiode 2014–2020) durch die EU-Kommission genehmigt. Gut die Hälfte der 635 Mio. EUR EFRE-Mittel wird von der IBB im Rahmen von *Pro FIT*, den VC- und KMU-Fonds sowie des Programms für Internationalisierung kofinanziert und gemanagt. Im Rahmen des KMU-Fonds soll das Produktportfolio der IBB darüber hinaus erstmals um die Förderung von KMU-Investitionen mit Energieeinspareffekten erweitert werden.

Als Dienstleister des Landes steht die IBB auch 2015 für größere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, sei es im Rahmen bereits initiiert oder weiterer Rekommunalisierungen oder bei Neubau- und Sanierungsvorhaben in Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Sport und Verkehr, bereit.

Neben den bereits aufgeführten prognostizierten finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als nichtfinanziellen Leistungsindikator die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Im Berichtsjahr investierte jede(r) Mitarbeiter(in) durchschnittlich 24 Stunden in Weiterbildung. Neben der Schulung von fachlichen und methodischen Inhalten werden hierbei die persönlichen und sozialen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nehmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch an intern entwickelten Spezialprogrammen teil.

Wie in den vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch für ihre anspruchsvollen Aufgaben durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Ziel für das kommende Berichtsjahr ist es, die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Markts zu rüsten. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (24 Stunden) aus 2014 wird somit konstant gehalten.

Zusammenfassend erwartet die Bank in 2015 ein stabiles Jahr. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr deutlich reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage. Sollten sich die Zinsen im Laufe des Jahres 2015 erhöhen, werden über höher als erwartet eintretende Erträge sowohl die Fördercost-Income-Ratio als auch das wirtschaftliche Ergebnis kurzfristig positiv beeinflusst.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Investitionsbank Berlin ist das Mutterunternehmen des IBB-Konzerns. Sie ist für das konzernweite Risikomanagement zuständig und aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts maßgeblich für die Risikolage des Konzerns. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen überwiegend auf die Investitionsbank Berlin. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risiko-Controlling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risiko-Controlling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,

- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risiko-Controlling-Standards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Konzernrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichts, der einen Überblick über sämtliche Risiken des Konzerns ermöglicht. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prüfungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen der IBB Konzern ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risiko-Controlling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressrisiko
 - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- Spreadrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiko)
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Sonstiges Risiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene des Konzerns erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Die Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken und die Berichterstattung an den Vorstand erfolgen im Risiko-Controlling der Bank vierteljährlich. Eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgt mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Konzernrisiko < 0,5 %) der strategischen Beteiligungen der IBB

wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going Concern des Konzerns. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentliche Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Die Quantifizierung der Adressrisiken erfolgt seit Anfang 2014 einheitlich. Das Portfoliomodell, welches bereits zur Quantifizierung der Kontrahentenrisiken und der Adressrisiken auf Gesamtbankenbene eingesetzt wurde, wird nun auch zur Quantifizierung der Kreditrisiken verwendet.
- Die Bereitstellung risikoadjustierter Bewertungskurven erfolgt seit Anfang 2014 über einen anderen Marktdatenanbieter.
- Im Zuge der im Jahr 2014 durchgeführten Validierung des Spreadrisikomodells wurde die Anzahl der Clusterzentren auf 14 erhöht sowie die Clustering-Methodik auf die Spiegelung der historischen Delta Spread Szenarien vor dem Clustering angepasst.

Zum 31.12.2014 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 57 %. Damit stieg vergleichsweise zum 31.12.2013 die Auslastung des Risikodeckungspotenziallimits um 4 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige Effekte zurückzuführen:

Die Entlastung der Risikokennzahlen resultiert im Wesentlichen aus dem Wechsel des Marktdatenanbieters, der Berücksichtigung von spezifischen Credit Spreads für Covered Bonds sowie dem Rückgang und der Einengung der Credit Spreads.

Darüber hinaus reduzierte sich das Risikodeckungspotenzial der Bank infolge des Wegfalls der Sitzlandprivilegierung bei der Ermittlung des gebundenen haftenden Eigenkapitals. Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2014 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2014		31.12.2013	
Risikolimit	832,4	100 %	938,7	100 %
Adressrisiko	295,0		323,9	
davon Kreditrisiko	227,1		160,7	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	66,5		119,2	
Spreadrisiko	99,7		92,5	
Beteiligungsrisiko	14,0		13,5	
Marktpreisrisiko	30,0		30,0	
Operationelles Risiko	26,7		28,2	
Liquiditätsrisiko	0,2		0,3	
Sonstige Risiken	8,0		8,0	
Gesamtbankrisiko	473,7	57 %	496,4	53 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogen Stress-tests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil des Konzerns betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Adressrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken erfolgt mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch das Risiko von Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risiko-Controlling. Darüber hinaus werden Limits für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limits wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolvV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Grundpfandrechte und Bausicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken. Die im Rahmen des Kreditgeschäfts in Form von öffentlichen Bürgschaften und Grundpfandrechten erhaltenen Sicherheiten werden in der Tabelle Entwicklung maximale Adressrisiken IBB 2013 – 2014 aufgeführt. Diese Sicherheiten dürfen nur bei Zahlungsverzug verwertet werden. Bezüglich weiterer erhaltener Sicherheiten verweisen wir auf die Notesangaben zu den Wertpapierpensionsgeschäften (61) und zu den Sicherungsleistungen (62).

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäfts der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Entwicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Markts für Wohnimmobilien verbunden. Die nachfolgend dargestellten Tabellen Kredite im Risiko bzw. nicht im Risiko der IBB nach Branchen und Ratingklassen sind mit den Vorjahreszahlen nicht vergleichbar, da zusätzlich die unwiderruflichen Auszahlungsverpflichtungen in die Messung der Kreditrisiken aufgenommen wurden.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,4	0,6 – 4,4	6,7 – 45,0	Ausfall	5,1

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR [1]
Wirtschaftsförderung	2.282,5	257,9	325,7	23,0	7,1	2.896,1	36,7
Mietwohnungsbau	4.993,1	1.574,2	98,0	97,0	107,6	6.869,9	156,9
Eigentumsmaßnahmen	78,1	531,9	44,9	44,5	3,6	703,0	33,6
Inanspruchnahme Gesamt	7.353,8	2.363,9	468,6	164,6	118,2	10.469,1	227,1
in %	70,2	22,6	4,5	1,6	1,1	100,0	–
(marginaler) CVaR	83,7	104,2	28,0	0,0	11,1	227,1	–
in %	36,9	45,9	12,3	0,0	4,9	100,0	–

[1] marginaler Credit Value at Risk

Das Kreditrisiko hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich von 160,7 Mio. EUR auf 227,1 Mio. EUR erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf den Wechsel des Kreditportfoliomodells von CreditRisk+ auf CreditMetrics zurückzuführen (vgl. Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“). Unabhängig von der Modellanpassung konnte im Berichtsjahr ein Anstieg des Kreditrisikos im Teilportfolio Mietwohnungsbau von 136,1 Mio. EUR im Januar 2014 (gemessen mit CreditMetrics) auf 156,9 Mio. EUR infolge des deutlichen Rückgangs der risikolosen Zinsen beobachtet werden. Das Kreditrisiko im Teilportfolio Wirtschaftsförderung hat sich von 54,0 Mio. EUR im Januar 2014 auf 36,7 Mio. EUR reduziert.

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment/Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	12,6	7,9	1,9	51,2	101,9	175,5
Mietwohnungsbau	1.294,5	1.507,4	217,5	606,6	277,7	3.903,7
Eigentumsmaßnahmen	84,8	18,8	4,0	22,9	0,2	130,8
Inanspruchnahme Gesamt	1.392,0	1.534,1	223,4	680,7	379,8	4.210,0
in %	33,1	36,4	5,3	16,2	9,0	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 4.448,8 Mio. EUR auf 4.210,0 Mio. EUR reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Teilportfolio Mietwohnungsbau.

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfelds Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Rating	1–5	6–11	12–15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	Marg. CVaR
IA Gesamt	6.694,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6.694,8	66,5

Die deutliche Verringerung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos gegenüber dem Vorjahr von 119,2 Mio. EUR auf 66,5 Mio. EUR erklärt sich im Wesentlichen durch den Wechsel des Marktdatenanbieters sowie die Berücksichtigung von spezifischen Credit Spreads für Covered Bonds. Durch den Wechsel des Marktdatenanbieters konnte die Qualität der Credit-Spread-Kurven verbessert werden.

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risiko-Controlling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für den Konzern wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Das maximale **Ausfallrisiko** gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Buchwert (15.343,8 Mio. EUR, Vorjahr 15.166,7 Mio. EUR) unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen (41,4 Mio. EUR, Vorjahr 42,9 Mio. EUR). Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Nominalwert abzüglich gebildeter Risikovorsorge (948,5 Mio. EUR, Vorjahr 981,3 Mio. EUR). Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt. Im Folgenden werden das Ausfallrisiko und die erhaltenen Sicherheiten dargestellt.

Entwicklung maximale Adressenrisiken IBB 2013 – 2014¹

	Adressrisikobetrag				Wert der erhaltenen	
	in Mio. EUR		in %		Sicherheiten ²	
Segmente	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Wirtschaftsförderung	3.116,5	3.054,7	14,5	15,7	1.747,8	1.774,5
Inanspruchnahme	2.728,5	2.639,4	12,7	13,6	1.514,1	1.566,0
Loans and Receivables	2.725,0	2.635,8	12,7	13,6	1.514,0	1.566,0
Financial Assets at Fair Value	3,5	3,6	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	308,3	338,9	1,4	1,8	233,7	208,5
Finanzgarantien	79,6	76,4	0,4	0,4	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	10.251,8	8.752,4	47,8	45,1	9.026,1	7.296,2
Inanspruchnahme	9.703,3	8.186,9	45,2	42,2	8.671,3	7.055,7
Loans and Receivables	9.700,4	8.184,5	45,2	42,2	8.671,3	7.055,7
Financial Assets at Fair Value	2,9	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	504,5	519,7	2,4	2,7	335,3	237,9
Finanzgarantien	44,0	45,8	0,2	0,2	19,5	2,5
Eigentumsmaßnahmen	790,5	949,5	3,7	4,9	535,7	647,8
Inanspruchnahme	787,3	945,6	3,7	4,9	535,6	647,6
Loans and Receivables	787,3	945,6	3,7	4,9	535,6	647,6
Auszahlungsverpflichtungen	3,2	3,9	0,0	0,0	0,1	0,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	14.158,8	12.756,6	66,0	65,7	11.309,5	9.718,5
Inanspruchnahme	13.219,1	11.771,9	61,6	60,7	10.720,9	9.269,4
Loans and Receivables	13.212,7	11.765,8	61,6	60,6	10.720,8	9.269,4
Financial Assets at Fair Value	6,4	6,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	816,1	862,5	3,8	4,4	569,1	446,6
Finanzgarantien	123,6	122,2	0,6	0,6	19,5	2,5
Treasury	7.039,8	6.421,5	32,8	33,1	82,0	114,4
Inanspruchnahme	7.039,8	6.421,5	32,8	33,1	82,0	114,4
Loans and Receivables	1.893,8	1.216,3	8,8	6,3	7,0	14,4
Financial Assets at Fair Value	3.617,2	3.331,3	16,9	17,2	75,0	100,0
Available for Sale	1.528,7	1.873,9	7,1	9,7	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB ³	2,6	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	2,0	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	2,0	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	21.201,1	19.179,9	98,8	98,8	11.391,5	9.832,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe ⁴	262,8	230,6	1,2	1,2	0,0	0,0
Inanspruchnahme	262,8	230,6	1,2	1,2	0,0	0,0
Loans and Receivables	16,8	6,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	72,9	57,6	0,3	0,3	0,0	0,0
Available for Sale	173,1	166,8	0,8	0,9	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	21.463,9	19.410,5	100,0	100,00	11.391,5	9.832,9

¹ Aufgrund eines geänderten Ausweises von Aufwendungsdarlehen (Segment Mietwohnungsbau), die sich noch nicht in der Rückzahlungsphase befinden, sind die Angaben mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.² Vgl. Adressrisiko, Ausführungen zu Sicherheiten³ Die Position betrifft die nicht konsolidierten Beteiligungen Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, IBB Business Team GmbH, Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH.⁴ Dargestellt werden die Finanzinstrumente der verbundenen Unternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH, IBB-Holding GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI), ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, DeAM-Fonds IBB Corp (Spezial-Sondervermögen nach dem InvG) und IBB Technologie Entwicklungsfonds GmbH & Co. KG.

Das Gesamtportfolio des Konzerns IBB verfügt nach wie vor über eine hohe Kreditqualität. So werden zum 31.12.2014 76,9 % der Finanzinstrumente von Kreditnehmern mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht größer als 1,08 % in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 reduzierte sich der Anteil dieser Bonitätsklassen mit einer sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeit um 3,6 %-Punkte. Ein weiterer Indikator für die gute Qualität des Gesamtportfolios ist der Anteil von 94,0 % der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Im Vergleich zum Jahr 2013 sank dieser Wert um 1,0 %-Punkte.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2014 in Mio. EUR

Ratingstufe	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18		
Ausfallwahrscheinlichkeit	0,21 %	1,08 %	8,16 %	> 8,16 %	ausgefallen	ungeratet	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	2.318,9	261,3	449,3	1,5	0,0	7,7	3.038,7
Inanspruchnahme	2.077,7	163,9	404,6	1,5	0,0	5,9	2.653,5
Loans and Receivables	2.077,7	163,7	403,0	1,0	0,0	5,9	2.651,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,2	1,6	0,5	0,0	0,0	2,3
Auszahlungsverpflichtungen	241,2	30,4	36,0	0,0	0,0	0,2	307,8
Finanzgarantien	0,0	67,0	8,8	0,0	0,0	1,6	77,4
Mietwohnungsbau	4.041,0	2.594,3	1.885,4	193,7	58,2	345,2	9.117,7
Inanspruchnahme	3.763,6	2.469,0	1.830,5	192,5	58,2	341,0	8.654,9
Loans and Receivables	3.763,6	2.466,7	1.830,0	192,5	58,2	341,0	8.652,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	2,4	0,6	0,0	0,0	0,0	2,9
Auszahlungsverpflichtungen	247,3	119,6	54,9	1,2	0,0	4,1	427,1
Finanzgarantien	30,1	5,6	0,0	0,0	0,0	0,1	35,8
Eigentumsmaßnahmen	55,6	198,7	436,7	12,9	3,6	6,6	714,0
Inanspruchnahme	54,9	197,8	436,5	12,9	3,6	5,2	710,9
Loans and Receivables	54,9	197,8	436,5	12,9	3,6	5,2	710,9
Auszahlungsverpflichtungen	0,7	0,8	0,2	0,0	0,0	1,4	3,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	6.415,4	3.054,2	2.771,5	208,1	61,9	359,4	12.870,4
Inanspruchnahme	5.896,2	2.830,7	2.671,6	206,9	61,8	352,0	12.019,3
Loans and Receivables	5.896,2	2.828,2	2.669,5	206,4	61,8	352,0	12.014,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	2,5	2,2	0,5	0,0	0,0	5,2
Auszahlungsverpflichtungen	489,1	150,8	91,1	1,2	0,1	5,7	738,0
Finanzgarantien	30,1	72,6	8,8	0,0	0,0	1,6	113,1
Treasury	6.956,6	82,5	0,0	0,0	0,0	0,6	7.039,8
Inanspruchnahme	6.956,6	82,5	0,0	0,0	0,0	0,6	7.039,8
Loans and Receivables	1.874,8	18,4	0,0	0,0	0,0	0,6	1.893,8
Financial Assets at Fair Value	3.553,0	64,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.617,2
Available for Sale	1.528,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.528,7
Beteiligungen der IBB	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
Inanspruchnahme	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
Available for Sale	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
Summe IBB	13.372,0	3.138,4	2.771,7	208,1	61,9	360,0	19.912,1
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	262,3	262,3
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	262,3	262,3
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,4	16,4
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	72,9	72,9
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	173,1	173,1
Summe IBB-Gruppe	13.372,0	3.138,4	2.771,7	208,1	61,9	622,4	20.174,5
	62,3 %	14,6 %	12,9 %	1,0 %	0,3 %	2,9 %	94,0 %⁵

⁵ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Ratingstufe	1–3	4–7	8–12	13–15	16–18		
Ausfallwahrscheinlichkeit	0,21%	1,08%	8,16%	> 8,16%	ausgefallen	ungeratet	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	987,1	1.530,8	473,3	14,4	0,0	10,5	3.015,9
Inanspruchnahme	732,8	1.422,3	422,8	14,4	0,0	8,8	2.600,9
Loans and Receivables	732,8	1.420,9	421,0	14,2	0,0	8,6	2.597,5
Financial Assets at Fair Value	0,0	1,3	1,8	0,1	0,0	0,2	3,4
Auszahlungsverpflichtungen	250,3	45,0	43,0	0,0	0,0	0,5	338,8
Finanzgarantien	4,0	63,5	7,5	0,0	0,0	1,2	76,2
Mietwohnungsbau	3.021,3	3.378,6	962,5	192,6	82,6	261,4	7.899,0
Inanspruchnahme	2.728,1	3.181,8	903,4	188,7	80,4	257,7	7.340,0
Loans and Receivables	2.728,1	3.179,4	903,4	188,7	80,4	257,7	7.337,6
Financial Assets at Fair Value	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	271,2	174,6	57,8	3,9	2,2	3,7	513,3
Finanzgarantien	22,1	22,2	1,3	0,0	0,0	0,1	45,8
Eigentumsmaßnahmen	67,4	226,0	560,6	15,4	4,4	3,1	876,8
Inanspruchnahme	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1
Loans and Receivables	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1
Auszahlungsverpflichtungen	1,9	1,3	0,3	0,0	0,0	0,3	3,7
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	4.075,9	5.135,3	1.996,4	222,3	87,0	274,9	11.791,8
Inanspruchnahme	3.526,4	4.828,7	1.886,4	218,4	84,8	269,2	10.814,0
Loans and Receivables	3.526,4	4.825,0	1.884,6	218,3	84,8	269,1	10.808,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	3,7	1,8	0,1	0,0	0,2	5,8
Auszahlungsverpflichtungen	523,3	220,9	101,1	3,9	2,2	4,5	855,8
Finanzgarantien	26,1	85,7	8,9	0,0	0,0	1,2	122,0
Treasury	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5
Inanspruchnahme	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5
Loans and Receivables	1.189,4	26,9	0,0	0,0	0,0	0,0	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	3.265,5	54,3	0,0	0,0	0,0	11,5	3.331,3
Available for Sale	1.858,7	15,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Inanspruchnahme	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Available for Sale	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2
Summe IBB	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	286,6	18.214,5
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,8	5,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	57,6	57,6
Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	166,8	166,8
Summe IBB-Gruppe	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	516,8	18.444,7
	53,5%	27,0%	10,3%	1,1%	0,4%	2,7%	95,0%⁶

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Der Anteil überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente im Portfolio der IBB beträgt 5,8%.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2014 in Mio. EUR

Verzugsdauer							
Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	68,6	0,5	0,5	1,6	1,0	72,1	7,7
Inanspruchnahme	66,0	0,5	0,5	1,6	0,8	69,3	7,7
Loans and Receivables	64,8	0,5	0,5	1,6	0,8	68,2	7,7
Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
Finanzgarantien	2,1	0,0	0,0	0,0	0,2	2,3	0,0
Mietwohnungsbau	1.045,6	16,3	3,1	14,6	47,4	1.127,1	981,8
Inanspruchnahme	960,0	16,3	3,1	14,6	47,4	1.041,4	919,6
Loans and Receivables	960,0	16,3	3,1	14,6	47,4	1.041,4	919,6
Auszahlungsverpflichtungen	77,4	0,0	0,0	0,0	0,0	77,5	54,0
Finanzgarantien	8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	8,2	8,2
Eigentumsmaßnahmen	34,5	4,3	1,2	4,5	11,1	55,6	45,7
Inanspruchnahme	34,4	4,3	1,2	4,5	11,1	55,5	45,7
Loans and Receivables	34,4	4,3	1,2	4,5	11,1	55,5	45,7
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
Inanspruchnahme	1.060,4	21,1	4,8	20,7	59,3	1.166,3	973,1
Loans and Receivables	1.059,2	21,1	4,8	20,7	59,3	1.165,1	973,1
Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	78,0	0,0	0,0	0,0	0,0	78,0	54,0
Finanzgarantien	10,3	0,0	0,0	0,0	0,2	10,5	8,2
Summe IBB	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
	5,4 %	0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,3 %	5,8 % ⁶	

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Verzugsdauer							
Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	0,0	3,3	1,5	11,3	21,6	37,7	3,9
Inanspruchnahme	0,0	3,3	1,3	11,3	21,6	37,5	3,9
Loans and Receivables	0,0	3,3	1,3	11,1	21,6	37,3	3,9
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Mietwohnungsbau	1,0	39,6	15,4	50,9	736,9	843,8	810,1
Inanspruchnahme	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
Loans and Receivables	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,8	6,4	0,9
Eigentumsmaßnahmen	0,0	4,7	1,6	6,1	35,4	47,9	39,7
Inanspruchnahme	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
Loans and Receivables	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
Inanspruchnahme	1,0	41,9	18,3	68,4	793,0	922,6	852,8
Loans and Receivables	1,0	41,9	18,3	68,1	793,0	922,4	852,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,9	6,6	0,9
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
	0,0 %	0,2 %	0,1 %	0,4 %	4,1 %	4,8 % ⁶	

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB)

Segmente	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair-Value der gestellten Sicherheiten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Wirtschaftsförderung	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
Loans and Receivables	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
Inanspruchnahme	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
Loans and Receivables	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	38,0	44,9	17,1	20,2	20,9	24,8	12,7	14,7
Inanspruchnahme	38,0	44,8	17,1	20,2	20,9	24,7	12,7	14,7
Loans and Receivables	38,0	44,8	17,1	20,2	20,9	24,7	12,7	14,7
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,4	16,5	20,2
Inanspruchnahme	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,3	16,5	20,2
Loans and Receivables	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,3	16,5	20,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB	10,0	10,0	9,4	9,4	0,6	0,6	0,0	0,0
Summe IBB	69,4	71,9	35,2	36,0	34,2	36,0	16,5	20,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
Inanspruchnahme	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
Summe IBB-Gruppe	70,0	72,6	35,4	36,4	34,6	36,3	16,5	20,2
					0,2% ⁶	0,2% ⁶		

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereichs hinweg. Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarkts erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit des Konzerns haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene. Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. EUR

Rating	1			2–3	4–7	8–12	13–15	Gesamt
	AAAA/ AAA	AA+/ AA-	A+/ A/A-					
Banken und Versicherungen des Inlands	10,8	4,7	2,0	2,9	0,5	0,0	0,0	20,8
Banken und Versicherungen des Auslands	2,0	10,1	29,7	0,0	1,7	0,0	0,0	43,5
Öffentliche Hand Inland	2,5	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Öffentliche Hand Ausland	0,8	19,3	7,6	0,0	0,0	0,0	0,0	27,7
Corporates	0,0	0,0	5,1	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1
Summe CSVaR	16,1	34,1	44,5	2,9	2,2	0,0	0,0	99,7

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland dar.

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt 43,5 Mio. EUR gegenüber 37,0 Mio. EUR im Vorjahr und ist damit angestiegen. Darüber hinaus hat sich das Spreadrisiko der Branche Öffentliche Hand Ausland auf 27,7 Mio. EUR gegenüber 31,6 Mio. EUR im Vorjahr reduziert. Beide Änderungen sind auf Bestandsänderungen innerhalb der Branchen sowie auf die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ beschriebene Modellanpassung bzgl. des Clusterings zurückzuführen.

Das Exposure in den PIIGS-Staaten ist konstant. Ferner bestehen keine Forderungen gegenüber Russland und der Ukraine.

Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR (Stichtag 31.12.2014)

Land	Nominal			Marktwert		
	AfS	FVO	Summe	AfS	FVO	Summe
Italien	7,0	150,0	157,0	7,6	163,7	171,3
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Staat	0,0	150,0	150,0	0,0	163,7	163,7
davon Corporates	7,0	0,0	7,0	7,6	0,0	7,6
Spanien	1,0	55,0	56,0	1,1	61,4	62,5
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Staat	0,0	55,0	55,0	0,0	61,4	61,4
davon Corporates	1,0	0,0	1,0	1,1	0,0	1,1
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portugal	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt PIIGS	8,0	205,0	213,0	8,7	225,1	233,8
Sonstige Länder	1.610,5	2.224,5	3.835,0	1.653,7	2.398,4	4.052,1
Gesamt	1.618,4	2.429,5	4.047,9	1.662,4	2.623,4	4.285,9

Beteiligungsrisiko

Die Venture Capital Beteiligungen der IBB Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC-Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Ziel ist es, die Beteiligungsunternehmen über einen definierten Zeitraum zu begleiten und dann möglichst mit Gewinn zu veräußern, sodass über diese Exits Rückflüsse für die VC-Fonds generiert werden. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt daher nicht nur den Ausfall von Beteiligungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können.

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen als unerwarteten Verlust auf mit einem 99 %-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Das Beteiligungsrisiko betrug zum 31.12.2014 14,0 Mio. EUR (Vorjahr 13,5 Mio. EUR).

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich den auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risikovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberichtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 43,4 Mio. EUR auf 41,7 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2014	31.12.2013
Einzelwertberichtigungen	8,9	5,6
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	17,1	21,0
Portfoliowertberichtigungen	15,4	16,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,3	0,4
Risikovorsorge Gesamt	41,7	43,4

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist für die IBB unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 63⁷ Tagen ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 57,6 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Das verwendete Modell der Modernen Historischen Simulation kann in wenig volatilen Märkten zu einer nur geringen Auslastung führen. Die IBB hat sich daher dazu entschlossen, für das Bankbuch und das Kreditportfolio einen Mindestwert in Höhe von 30 Mio. EUR für das Zinsänderungsrisiko anzusetzen.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit begrenzen. Die Risikolimits werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2014 wurde lediglich ein Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell seine Prognosegüte bestätigt.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwerts von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2014 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwerts des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2014 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolios in Mio. EUR

Mindestwert bzw. Value at Risk, 99 % Konfidenzniveau, 63 Tage Haltedauer					
Portfolio	31.12.2013	31.03.2014	30.06.2014	30.09.2014	31.12.2014
Limitauslastung Bankbuch ⁸	42,9 %	42,9 %	42,9 %	42,9 %	42,9 %
Bankbuch ⁹	30,0 (14,8)	30,0 (17,7)	30,0 (15,4)	30,0 (22,1)	30,0 (22,6)
Kreditportfolio	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Asset- und Geldmarkt-Portfolio	5,4	6,0	5,8	5,0	2,4

⁷ Ab 01.01.2015 wird dieser Wert auf 250 Handelstage mittels Wurzel-t-Regel hochskaliert werden.

⁸ bezogen auf die Mindestauslastung in Höhe von 30 Mio. EUR.

⁹ Werte in Klammern stellen den gemessenen VaR dar.

Liquiditätsrisiko

Die nachfolgende Analyse der Fälligkeiten finanzieller Verbindlichkeiten basiert auf dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeit. Dabei wurden die nicht diskontierten Cashflows auf die jeweiligen Laufzeitbänder verteilt. Sofern keine feste vertragliche Vereinbarung über den Rückzahlungszeitpunkt bestand, wurde der frühestmögliche Zeitpunkt bzw. die Kündigungsmöglichkeit herangezogen.

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen wurden mit ihrem Nominalwert einbezogen.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
PASSIVA		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.947,40	3.024,10
täglich fällig und unbestimmt	27,6	85,6
bis 3 Monate	610,2	1.615,80
3 Monate bis 1 Jahr	56,5	262,3
1 Jahr bis 5 Jahre	605,6	530,3
über 5 Jahre	647,5	530
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.877,20	8.210,70
täglich fällig und unbestimmt	636,2	601,6
bis 3 Monate	823,7	802,3
3 Monate bis 1 Jahr	256,9	259,4
1 Jahr bis 5 Jahre	1.497,40	1.481,00
über 5 Jahre	4.663,00	5.066,40
verbriefte Verbindlichkeiten	7.434,40	6.229,00
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	507,5	263,9
3 Monate bis 1 Jahr	1.754,20	1.704,60
1 Jahr bis 5 Jahre	4.008,40	3.353,90
über 5 Jahre	1.164,30	906,5
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (ohne Derivate)	2.052,10	2.199,20
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	10,5	25,6
3 Monate bis 1 Jahr	215,1	110,8
1 Jahr bis 5 Jahre	864,8	1.000,20
über 5 Jahre	961,6	1.062,60
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Derivate)	1.342,40	1.397,90
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	75,1	61,8
3 Monate bis 1 Jahr	152,7	171,9
1 Jahr bis 5 Jahre	558,5	614
über 5 Jahre	556,2	550,2
sonstige Passiva	17,2	14,1
täglich fällig und unbestimmt	13,8	14,1
1 Jahr bis 5 Jahre	3,4	0
Eventualverbindlichkeiten	123,4	122,2
täglich fällig und unbestimmt	123,4	122,2
unwiderrufliche Kreditzusagen	825,1	122,5
täglich fällig und unbestimmt	825,1	122,5

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Durch die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2014 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne, intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Das operationelle Risiko wird seit 2013 in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen geführt hat. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2014 26,7 Mio. EUR. Für Stressszenarien wird Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr gerechnet. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- und Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB, insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen, kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfoliogewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt. Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2014 in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versicherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,6	1,3	2.078,6	145,5	889,4	3.116,5
Inanspruchnahme	1,6	1,1	1.981,7	9,7	734,4	2.728,5
Loans and Receivables	1,6	1,1	1.981,7	9,7	730,9	2.725,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	3,5	3,5
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	93,9	135,8	78,6	308,3
Finanzgarantien	0,0	0,2	3,0	0,0	76,4	79,6
Mietwohnungsbau	9.381,9	214,9	191,7	7,9	455,4	10.251,8
Inanspruchnahme	8.859,7	211,7	191,7	7,9	432,2	9.703,3
Loans and Receivables	8.856,8	211,7	191,7	7,9	432,2	9.700,4
Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
Auszahlungsverpflichtungen	479,6	3,2	0,0	0,0	21,7	504,5
Finanzgarantien	42,6	0,0	0,0	0,0	1,4	44,0
Eigentumsmaßnahmen	1,7	785,2	0,1	0,0	3,6	790,5
Inanspruchnahme	1,4	782,5	0,1	0,0	3,4	787,3
Loans and Receivables	1,4	782,5	0,1	0,0	3,4	787,3
Auszahlungsverpflichtungen	0,3	2,7	0,0	0,0	0,3	3,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	9.385,2	1.001,5	2.270,4	153,4	1.348,4	14.158,8
Inanspruchnahme	8.862,8	995,3	2.173,5	17,6	1.170,0	13.219,1
Loans and Receivables	8.859,9	995,3	2.173,5	17,6	1.166,5	13.212,7
Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	3,5	6,4
Auszahlungsverpflichtungen	479,9	5,9	93,9	135,8	100,5	816,1
Finanzgarantien	42,6	0,2	3,0	0,0	77,9	123,6
Treasury	13,8	0,0	5.232,5	1.786,0	7,5	7.039,8
Inanspruchnahme	13,8	0,0	5.232,5	1.786,0	7,5	7.039,8
Loans and Receivables	0,0	0,0	1.374,2	519,6	0,0	1.893,8
Financial Assets at Fair Value	13,8	0,0	2.461,6	1.134,3	7,5	3.617,2
Available for Sale	0,0	0,0	1.396,7	132,0	0,0	1.528,7
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	1,7	0,0	0,9	2,6
Inanspruchnahme	0,0	0,0	1,7	0,0	0,3	2,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	0,0	0,0	1,7	0,0	0,3	2,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6
Summe IBB	9.398,9	1.001,5	7.504,6	1.939,4	1.356,7	21.201,1
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	36,2	0,0	226,6	262,8
Inanspruchnahme	0,0	0,0	36,2	0,0	226,6	262,8
Loans and Receivables	0,0	0,0	16,1	0,0	0,7	16,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	72,9	72,9
Available for Sale	0,0	0,0	20,0	0,0	153,1	173,1
Summe IBB-Gruppe	9.398,9	1.001,5	7.540,8	1.939,4	1.583,3	21.463,9
	43,8 %	4,7 %	35,1 %	9,0 %	7,4 %	100,0 %⁶

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Branche Segmente	Grund- stücks- und Wohnungs- wesen	Private Haushalte	Kredit- und Versicherungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,7	1,6	1.979,9	156,5	915,0	3.054,6
Inanspruchnahme	1,7	1,4	1.862,0	14,1	760,2	2.639,4
Loans and Receivables	1,7	1,4	1.862,0	14,1	756,6	2.635,8
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6	3,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	114,8	142,4	81,6	338,8
Finanzgarantien	0,0	0,2	3,1	0,0	73,1	76,4
Mietwohnungsbau	7.890,6	197,9	206,5	7,9	449,5	8.752,4
Inanspruchnahme	7.414,1	195,3	151,5	7,9	418,1	8.186,9
Loans and Receivables	7.411,7	195,3	151,5	7,9	418,1	8.184,5
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	432,2	2,6	55,0	0,0	29,9	519,7
Finanzgarantien	44,3	0,0	0,0	0,0	1,4	45,8
Eigentumsmaßnahmen	1,4	943,7	0,1	0,0	4,2	949,5
Inanspruchnahme	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
Loans and Receivables	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	7.893,8	1.143,2	2.186,5	164,4	1.368,7	12.756,5
Inanspruchnahme	7.417,2	1.136,6	2.013,6	22,0	1.182,5	11.771,9
Loans and Receivables	7.414,8	1.136,6	2.013,6	22,0	1.178,9	11.765,8
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	3,6	6,1
Auszahlungsverpflichtungen	432,3	6,4	169,8	142,4	111,6	862,4
Finanzgarantien	44,3	0,2	3,1	0,0	74,6	122,2
Treasury	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
Inanspruchnahme	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
Loans and Receivables	0,0	0,0	622,7	537,2	56,4	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	6,0	0,0	2.164,8	1.109,3	51,3	3.331,3
Available for Sale	0,0	0,0	1.720,5	153,4	0,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	1,1	0,0	0,7	1,8
Inanspruchnahme	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
Available for Sale	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6
Summe IBB	7.899,8	1.143,2	6.695,6	1.964,3	1.477,1	19.179,8
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
Inanspruchnahme	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
Loans and Receivables	0,0	0,0	5,5	0,0	0,6	6,2
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	57,5	57,6
Available for Sale	0,0	0,0	23,8	0,0	143,0	166,8
Summe IBB-Gruppe	7.899,8	1.143,2	6.725,1	1.964,3	1.678,3	19.410,4
	40,7%	5,9%	34,6%	10,1%	8,6%	100,0%⁶

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2014 mit einem relativen Anteil von 79,2 % am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2013 hat sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland marginal erhöht.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2014 in Mio. EUR

Region	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro-Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	3.094,2	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.116,5
Inanspruchnahme	2.706,3	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.728,5
Loans and Receivables	2.702,8	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.725,0
Financial Assets at Fair Value	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,5
Auszahlungsverpflichtungen	308,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	308,3
Finanzgarantien	79,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	79,6
Mietwohnungsbau	10.206,9	43,6	0,1	1,0	0,0	0,2	10.251,8
Inanspruchnahme	9.671,5	30,4	0,1	1,0	0,0	0,2	9.703,3
Loans and Receivables	9.668,6	30,4	0,1	1,0	0,0	0,2	9.700,4
Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
Auszahlungsverpflichtungen	491,3	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	504,5
Finanzgarantien	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,0
Eigentumsmaßnahmen	789,6	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	790,5
Inanspruchnahme	786,4	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	787,3
Loans and Receivables	786,4	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	787,3
Auszahlungsverpflichtungen	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	14.090,7	66,2	0,1	1,3	0,2	0,2	14.158,8
Inanspruchnahme	13.164,2	53,0	0,1	1,3	0,2	0,2	13.219,1
Loans and Receivables	13.157,8	53,0	0,1	1,3	0,2	0,2	13.212,7
Financial Assets at Fair Value	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,4
Auszahlungsverpflichtungen	802,9	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	816,1
Finanzgarantien	123,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	123,6
Treasury	2.788,0	2.826,6	1.031,8	235,2	74,7	83,4	7.039,8
Inanspruchnahme	2.788,0	2.826,6	1.031,8	235,2	74,7	83,4	7.039,8
Loans and Receivables	913,7	645,1	159,7	175,3	0,0	0,0	1.893,8
Financial Assets at Fair Value	1.438,7	1.572,0	547,0	0,0	38,8	20,7	3.617,2
Available for Sale	435,6	609,5	325,0	59,8	35,9	62,7	1.528,7
Beteiligungen der IBB	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Inanspruchnahme	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0
Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Available for Sale	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0
Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe IBB	16.881,3	2.892,8	1.031,9	236,5	74,9	83,7	21.201,1
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	123,3	80,6	25,1	11,2	19,8	2,7	262,8
Inanspruchnahme	123,3	80,6	25,1	11,2	19,8	2,7	262,8
Loans and Receivables	16,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,8
Financial Assets at Fair Value	69,5	0,0	1,0	0,0	2,3	0,0	72,9
Available for Sale	37,0	80,6	24,0	11,2	17,5	2,7	173,1
Summe IBB-Gruppe	17.004,6	2.973,5	1.057,0	247,7	94,7	86,4	21.463,9
	79,2 %	13,9 %	4,9 %	1,2 %	0,4 %	0,4 %	100,0 % ⁶

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Region							
Segmente	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro-Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Wirtschaftsförderung	3.024,4	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.054,7
Inanspruchnahme	2.609,1	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.639,4
Loans and Receivables	2.605,5	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.635,8
Financial Assets at Fair Value	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6
Auszahlungsverpflichtungen	338,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	338,9
Finanzgarantien	76,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	76,4
Mietwohnungsbau	8.706,4	43,8	0,7	1,1	0,1	0,2	8.752,4
Inanspruchnahme	8.154,2	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.186,9
Loans and Receivables	8.151,8	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.184,5
Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
Auszahlungsverpflichtungen	506,5	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	519,7
Finanzgarantien	45,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8
Eigentumsmaßnahmen	948,3	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	949,5
Inanspruchnahme	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
Loans and Receivables	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
Auszahlungsverpflichtungen	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	12.679,2	74,6	0,8	1,5	0,3	0,3	12.756,6
Inanspruchnahme	11.707,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.771,9
Loans and Receivables	11.701,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.765,8
Financial Assets at Fair Value	6,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,1
Auszahlungsverpflichtungen	849,3	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	862,5
Finanzgarantien	122,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	122,2
Treasury	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
Inanspruchnahme	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
Loans and Receivables	755,9	332,0	68,4	60,1	0,0	0,0	1.216,3
Financial Assets at Fair Value	1.300,7	1.503,7	477,3	0,0	28,4	21,3	3.331,3
Available for Sale	501,4	907,0	333,9	76,7	35,0	20,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Inanspruchnahme	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Available for Sale	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe IBB	15.239,0	2.817,2	880,3	138,3	63,7	41,6	19.179,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB-Gruppe	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
Inanspruchnahme	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
Loans and Receivables	6,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2
Financial Assets at Fair Value	53,4	0,0	1,4	0,0	2,8	0,0	57,6
Available for Sale	36,9	75,4	22,2	15,1	14,4	2,8	166,8
Summe IBB-Gruppe	15.335,5	2.892,6	903,9	153,4	80,9	44,4	19.410,5
	79,0 %	14,9 %	4,7 %	0,8 %	0,4 %	0,2 %	100,0 %⁶

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Konzerns angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss liegt bei der Muttergesellschaft in der Verantwortung des Bereichs Finanzen und Controlling und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Einzel- und Konzernabschlusses umfasst, ist in einer schriftlich fixierten Ordnung, in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen, niedergelegt. Die für die Konzernberichterstattung relevanten Sachverhalte sind in einem gesonderten Konzernbilanzierungshandbuch zusammengefasst worden, mit dem für alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgegeben werden. Zusätzlich werden darin die erforderlichen Prozesse zur Erstellung der für den Konzernabschluss relevanten Unterlagen beschrieben. Abgeleitet aus den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden sogenannte „consolidation packages“ erstellt, von den jeweiligen Wirtschaftsprüfern mit einem Prüfvermerk versehen und der Abteilung Bilanzierung der Konzernmutter zur Erstellung des Konzernabschlusses zur Verfügung gestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung des Bilanzierungshandbuches für den Konzernabschluss an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling der Konzernmutter.

Der Rechnungslegungsprozess bzw. der Konzernabschluss werden durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den konzerninternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte bei der Konzernmutter wird durch die Einbindung des Bereichs Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Zur Erstellung des Konzernabschlusses wird eine Standard-Software (IDL-Konsis) eingesetzt. Mit dieser Anwendung werden die „consolidation packages“ maschinell erstellt und an die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen verteilt. Die Rückläufe werden wiederum eingelesen sowie entsprechende Konsolidierungsbuchungen maschinell erzeugt. Zusätzliche Konzernbuchungen werden im Vier-Augen-Prinzip auf der Grundlage von Buchungsbelegen erfasst. Im Ergebnis werden alle relevanten Auswertungen zur Erstellung des Konzernabschlusses (insbesondere Bilanz, GuV, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel) durch die Anwendung erzeugt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses für die Erstellung des Konzernabschlusses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung bei der Konzernmutter sowie den einbezogenen Unternehmen werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen bei der Konzernmutter im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet und deren Umsetzung überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefacherte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2014 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Backup-RZ und eine Notstromversorgung zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschrifts- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der ergriffenen Schutzmaßnahmen wurde in 2014 ein Projekt zum Informationssicherheitsmanagement, das sich an den gängigen BSI-Standards ausrichtet, durchgeführt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Zu den prägenden rechtlichen Themen zählten im Geschäftsjahr 2014 die gerichtlichen Entscheidungen zu falschen Widerrufsbelehrungen und zur Zulässigkeit von Bearbeitungsentgelten in Verbraucherkreditverträgen.

Die IBB hat die in der Vergangenheit erteilten Widerrufsbelehrungen vorsorglich überprüft und hierbei festgestellt, dass die verwendeten Texte weitgehend den gesetzlichen Muster-Widerrufsbelehrungen entsprachen. Auch vor dem Hintergrund, dass die von der IBB gewährten Förderdarlehen zinssubventioniert sind und ein Widerruf nebst Rückgewähr aller empfangenen Leistungen daher regelmäßig nicht im Kundeninteresse liegt, bestehen beim Komplex Widerrufsbelehrungen für die IBB keine erheblichen Rechtsrisiken.

Bei den von der IBB mit Privatkunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten handelt es sich im Wesentlichen um sogenannte Verwaltungskostenbeiträge, die in den öffentlich-rechtlichen Förderungsrichtlinien geregelt und zum Gegenstand der Bewilligungen gemacht worden sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat kürzlich eine gegen die IBB erhobene Rückzahlungsklage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass der bestandskräftige Bewilligungsbescheid eine wirksame Rechtsgrundlage für die Verwaltungskostenbeiträge darstellt. Hierdurch wurde die Rechtsauffassung der IBB bestätigt. Die Berufung gegen die Entscheidung wurde zugelassen.

In einzelnen Fällen hat die IBB auch Bearbeitungsentgelte vereinnahmt, die nicht in den Förderrichtlinien vorgegeben waren. Diese Fälle bedürfen einer differenzierten Betrachtung. Die IBB geht davon aus, dass die gebildete Rückstellung den bestehenden rechtlichen Risiken ausreichend Rechnung trägt.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlusts von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16.04.2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 geregelt, der die IBB am 10.08.2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, sodass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z.B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10.08.2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2014 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR betrug zwischen 11,2 % und 15,4 % und lag damit über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr moderat zwischen 48,9 und 61,7 %. Ursächlich für die Schwankungen waren die Folgen der jährlichen Validierungshandlungen (bspw. Clustering im Spreadrisiko, neuer Marktdatenanbieter) sowie Effekte aus externen Einflüssen (bspw. Rückgang risikolose Zinsen, Rückgang und Einengung Credit Spreads, Sitzlandprivilegierung).

Konzernabschluss 2014

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

in Mio. EUR	Anhang	2014	2013	Veränderung	
				absolut	in %
Zinserträge		643,1	641,9	1,2	0,2
Zinsaufwendungen		500,9	490,6	10,3	2,1
Zinsüberschuss	[26]	142,2	151,3	-9,0	-6,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[27]	-4,5	-0,6	-3,9	< -100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		146,7	151,9	-5,2	-3,4
Provisionserträge		6,7	8,9	-2,2	-24,6
Provisionsaufwendungen		1,1	1,0	0,1	6,1
Provisionsüberschuss	[28]	5,6	7,9	-2,3	-28,6
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	[29]	2,5	0,0	2,5	–
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	[30]	-13,3	178,0	-191,3	< -100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	[31]	2,8	1,2	1,6	> 100,0
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen	[32]	0,0	-0,2	0,2	> 100,0
Verwaltungsaufwand	[33]	85,6	79,7	5,9	7,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[34]	-21,5	-19,9	-1,6	-7,9
Ergebnis vor Steuern		37,3	239,2	-201,9	-84,4
Ertragsteuern	[35]	0,0	-0,2	-0,3	> 100,0
Konzernjahresüberschuss		37,3	238,9	-201,6	-84,4
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-0,2	-0,3	0,0	8,9
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		37,6	239,2	-201,6	-84,3

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

in Mio. EUR	Anhang	2014	2013	Veränderung	
				absolut	in %
Konzernjahresüberschuss		37,3	238,9	-201,6	-84,4
Sonstiges Ergebnis		-29,0	7,1	-36,1	< -100,0
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-37,6	7,0	-44,6	< -100,0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste gem. IAS 19	[57]	-37,6	7,0	-44,5	< -100,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen von at-equity bilanzierten Unternehmen	[37]	-0,1	0,1	-0,1	< -100,0
Posten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		8,6	0,1	8,5	> 100,0
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	[36]	8,6	0,0	8,6	> 100,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen von at-equity bilanzierten Unternehmen	[37]	0,0	0,1	-0,1	-100,0
Gesamtergebnis		8,3	246,1	-237,8	-96,6
davon: nicht beherrschenden Anteilen zuzurechnen		-0,2	-0,3	0,0	8,9
davon: dem Eigentümer des Mutterunternehmens zuzurechnen		8,6	246,3	-237,8	-96,5

Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva in Mio. EUR	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
				absolut	in %
Barreserve	[41]	21,2	24,3	-3,1	-12,7
Forderungen an Kreditinstitute	[11], [42]	2.063,0	1.273,8	789,2	62,0
Forderungen an Kunden	[11], [43]	13.280,8	13.892,9	-612,1	-4,4
Wertberichtigungen auf Forderungen	[12], [44]	-41,4	-42,9	1,5	3,6
Positive Marktwerte Hedge-Derivate		0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ¹	[13], [45]	3.696,7	3.395,5	301,1	8,9
Finanzanlagen ²	[14], [46]	1.703,8	2.042,0	-338,2	-16,6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	[15], [47]	0,7	0,7	0,0	-1,0
Immaterielle Vermögenswerte	[16], [48]	1,6	1,3	0,3	22,9
Sachanlagen	[17], [49]	49,1	49,6	-0,4	-0,9
Ertragsteueransprüche	[18], [50]	2,4	2,7	-0,4	-13,1
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		0,2	0,3	-0,1	-31,3
Latente Ertragsteueransprüche		2,1	2,4	-0,2	-10,5
Sonstige Aktiva	[19], [51]	3,2	2,9	0,3	11,4
Summe Aktiva		20.781,1	20.642,8	138,3	0,7

¹ davon zum 31.12.2014 658,3 Mio. EUR (31.12.2013: 427,4 Mio. EUR) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

² davon zum 31.12.2014 156,6 Mio. EUR (31.12.2013: 110,2 Mio. EUR) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf bzw. zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Empfänger

Passiva in Mio. EUR	Anhang	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
				absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[20], [52]	2.461,9	2.965,2	-503,3	-17,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[20], [53]	6.855,3	6.750,6	104,7	1,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	[20], [54]	6.187,0	5.989,6	197,4	3,3
Negative Marktwerte Hedge-Derivate	[55]	178,3	0,0	178,3	–
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	[13], [56]	3.985,2	3.842,9	142,3	3,7
Rückstellungen	[21], [22], [57]	241,8	193,8	48,0	24,8
Ertragsteuerverpflichtungen	[18], [58]	2,4	2,8	-0,4	-14,3
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		0,0	0,1	-0,1	-100,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		2,4	2,7	-0,3	-11,3
Sonstige Passiva	[23], [59]	46,7	46,8	-0,1	-0,3
Eigenkapital	[60]	822,5	851,1	-28,6	-3,4
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		825,6	853,9	-28,3	-3,3
a) Grundkapital		300,0	300,0	0,0	0,0
b) Kapitalrücklage		0,0	0,0	0,0	0,0
c) Gewinnrücklagen		601,4	639,0	-37,6	-5,9
d) Neubewertungsrücklage		15,1	6,4	8,6	>100,0
e) Konzernbilanzverlust		-90,8	-91,5	0,7	0,7
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		-3,1	-2,8	-0,2	-8,5
Summe Passiva		20.781,1	20.642,8	138,3	0,7

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. EUR	Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens				
	Grund- kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Neu- bewertungs- rücklage
			Zweckrück- lage der IBB	Andere Gewinnrück- lagen des Konzerns	
Stand zum 1. Januar 2013	300,0	0,0	284,2	308,7	6,4
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	7,1	0,0
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: versicherungsmathematische Gewinne gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	7,0	0,0
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	39,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2013	300,0	0,0	323,2	315,8	6,4
Gesamtergebnis	0,0	0,0	0,0	-37,6	8,6
davon: Konzernjahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon: Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	0,0	8,6
davon: versicherungsmathematische Verluste gem. IAS 19	0,0	0,0	0,0	-37,6	0,0
davon: erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0
Gewinnausschüttung an Anteilseigner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Transfer in Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand zum 31. Dezember 2014	300,0	0,0	323,2	278,2	15,1

Weitere Erläuterungen zum Eigenkapital und zu den einzelnen Komponenten sind den Angaben (60) und (36) bis (38) zu entnehmen.

Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens		Eigenkapital der nicht beherr- schenden Anteile	Gesamtes Eigenkapital
Konzern- bilanz- gewinn/ -verlust	Zwischen- summe		
-246,9	652,4	-2,6	649,9
239,2	246,3	-0,3	246,1
239,2	239,2	-0,3	238,9
0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	7,0	0,0	7,0
0,0	0,2	0,0	0,2
-44,8	-44,8	0,0	-44,8
-39,0	0,0	0,0	0,0
-91,5	853,9	-2,8	851,1
37,6	8,6	-0,2	8,3
37,6	37,6	-0,2	37,3
0,0	8,6	0,0	8,6
0,0	-37,6	0,0	-37,6
0,0	-0,1	0,0	-0,1
-36,9	-36,9	0,0	-36,9
0	0,0	0,0	0,0
-90,8	825,6	-3,1	822,5

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. EUR	2014	2013
Konzernjahresüberschuss	37,3	238,9
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen und immaterielle Vermögenswerte	10,8	6,2
Veränderungen der Rückstellungen	3,8	-8,3
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten	23,9	-165,1
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen und Finanzanlagen	-2,8	-1,0
Zinsüberschuss	-142,2	-151,3
Saldo sonstiger Anpassungen	0,0	0,2
Zwischensumme	-69,2	-80,3
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-793,5	352,6
Forderungen an Kunden	614,8	-118,1
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	-0,3	0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-516,3	-521,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41,4	-57,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	134,7	1.073,3
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	-0,1	-10,7
Derivate	305,6	-45,6
Gezahlte Zinsen	-493,1	-521,1
Erhaltene Zinsen	626,6	648,7
Erhaltene Dividenden	0,8	0,4
Ertragsteuerzahlungen (bzw. -erstattungen)	0,0	0,2
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-148,7	721,4
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	1.623,3	1.255,4
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,5	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.438,4	-1.925,6
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-2,9	-1,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	182,5	-671,8
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und nicht beherrschende Anteile (Dividenden)	-36,9	-44,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-36,9	-44,8
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	24,3	19,5
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-148,7	721,4
Cashflow aus Investitionstätigkeit	182,5	-671,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-36,9	-44,8
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	21,2	24,3

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode aufgestellt und zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Die Konzern-Kapitalflussrechnung gibt im Wesentlichen die Entwicklung bei der IBB wieder. Sie hat als Indikator für die Liquiditätslage einer Bank nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Risikobericht innerhalb des Konzern-Lageberichts zur Liquiditätssteuerung der Bank mittels interner Liquiditätsberechnungen und der LiqV-Steuerung verwiesen.

Konzern-Anhang

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Investitionsbank Berlin (im Folgenden „IBB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin (Bundesallee 210, 10719 Berlin, Deutschland). Sie ist die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Das Land Berlin trägt die Anstaltslast, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der IBB haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

Die IBB hat Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 WpHG an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG emittiert. Sie ist Mutterunternehmen des Konzerns Investitionsbank Berlin und somit gemäß § 340i Abs. 1 i. V. m. § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen. Der Konzernabschluss der IBB zum 31. Dezember 2014 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in Übereinstimmung mit den international anerkannten Rechnungslegungsnormen, den International Financial Reporting Standards (IFRS), aufgestellt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern). Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Sofern nicht anders vermerkt, wurden die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden und -stichtage angewendet. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Ausübung von Wahlrechten bei der Bilanzierung wird in den jeweiligen Angaben erläutert.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen sachgerecht erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen, die Ermittlung der Risikovorsorge, die Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt.

Die Berichtswährung des Konzerns ist Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. EUR), gerundet auf eine Nachkommastelle, angegeben. Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen ohne Vorzeichen, sofern sich dieses aus dem Sachzusammenhang ergibt.

Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

Der Konzern macht von dem Wahlrecht gemäß IAS 1.10A Gebrauch und erstellt eine gesonderte Gewinn- und Verlustrechnung.

(2) Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Für die Abschlusserstellung maßgeblich sind diejenigen IFRS, die am Abschlussstichtag veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen wurden, sofern sie zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwenden sind, sowie deren Auslegung durch das IFRS Interpretations Committee. Diese wurden, soweit ihre Vorschriften für die Bilanzierung des Konzerns relevant sind, vollumfänglich angewendet.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses wurden ergänzend die nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt. Der Konzernlagebericht wurde gemäß § 315 HGB aufgestellt. Die erforderlichen Angaben zu den Adressenausfall-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31–7.42 werden im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts dargestellt. Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten Standards wurden beachtet, sofern sie vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB im Bundesanzeiger bekannt gemacht wurden, bereits verpflichtend anzuwenden waren und sie den Regelungen der IFRS nicht entgegenstehen.

Im Geschäftsjahr 2014 waren die folgenden Rechnungslegungsvorschriften erstmals anzuwenden:

Änderungen an IAS 32 bzgl. der Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Im Anhang zu IAS 32 werden die in IAS 32.42 definierten Saldierungskriterien konkretisiert, das gegenwärtige Saldierungsmodell nach IAS 32 bleibt im Grundsatz unberührt. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB resultierten hieraus nicht.

Änderungen an IAS 36 bzgl. der Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht-finanziellen Vermögenswerten

Die Standardänderung konkretisiert die Angabepflichten zu materiellen wertgeminderten Vermögenswerten, deren Restwert dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten entspricht.

Aus der Änderung resultierten keine Auswirkungen auf die Berichterstattung des Konzerns.

Das neue Konsolidierungspaket

Dazu zählen die folgenden fünf neuen bzw. überarbeiteten Standards:

- IFRS 10 „Konzernabschlüsse“
- IAS 27 „Einzelabschlüsse“
- IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“
- IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“
- IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“.

Ergänzt werden die Standards durch die:

- Änderungen zu IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ bzgl. der Übergangsregelungen,
- Änderungen zu IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und IAS 27 „Einzelabschlüsse“ bzgl. Investmentgesellschaften.

IFRS 10 ersetzt die bisher in IAS 27 enthaltenen Regelungen zu konsolidierten Abschlüssen. Der Standard definiert den Begriff „Beherrschung“ neu und enthält Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffs. Die geänderte Definition von Beherrschung setzt gemäß IFRS 10.6 die Verfügungsgewalt (power), die Erzielung variabler Rückflüsse (variable returns) sowie die Möglichkeit zur Steuerung der Rückflüsse für das Vorliegen eines Beherrschungsverhältnisses voraus. Darüber hinaus enthält der Standard eine Ausnahmenvorschrift von der Konsolidierungspflicht für sogenannte Investmentgesellschaften. Unternehmen, die den Kriterien einer Investmentgesellschaft entsprechen, sind verpflichtet, ihre Tochterunternehmen im Konzernabschluss erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Der geänderte IAS 27 enthält nur noch Regelungen zu Einzelabschlüssen.

IFRS 11 ersetzt den bisherigen IAS 31. Die bisher in IAS 31 enthaltenen Bilanzierungsvorschriften für Gemeinschaftsunternehmen wurden in IAS 28 bzw. IFRS 11 übernommen. Gemeinschaftliche Vereinbarungen werden in die zwei Gruppen gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen klassifiziert. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei gemeinschaftlich geführten Unternehmen wurde abgeschafft, Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben verpflichtend die Equity-Methode anzuwenden. Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit haben die ihrem Anteil entsprechenden Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge zu bilanzieren.

IFRS 12 ersetzt und ergänzt die bisher in IAS 27, IAS 28 und IAS 31 enthaltenen Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen inkl. gemeinschaftlicher Vereinbarungen und assoziierter Unternehmen. Die neuen Angabepflichten umfassen Informationen, die es ermöglichen, die Art der Beziehung zu anderen Unternehmen, damit einhergehende Risiken und finanzielle Auswirkungen zu beurteilen. Die Angabepflichten wurden u. a. für strukturierte Unternehmen und Minderheiten erweitert. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen fordern nunmehr auch Informationen zu Unternehmensbeziehungen über den Anteilsbesitz hinaus.

Die erstmalige Anwendung der neuen Vorschriften führte nicht zu einer Anpassung des Konsolidierungskreises (siehe Angabe (4)). Die aus den neuen Vorschriften resultierenden zusätzlichen Offenlegungspflichten sind in den Angaben (46), (47) und (76) enthalten.

Darüber hinaus waren im Geschäftsjahr 2014 Änderungen an **IAS 39 (Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften)** erstmals anzuwenden. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Für die folgenden, für den Konzern grundsätzlich einschlägigen, Standards bzw. Änderungen an Standards ist das EU-Endorsement bereits erfolgt, sie sind jedoch noch nicht verpflichtend anzuwenden. Von einer freiwilligen vorzeitigen Anwendung wurde abgesehen:

Änderungen an IAS 19 bzgl. der Berücksichtigung von Arbeitnehmer-Beiträgen zu Pensionsplänen (erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen)

Die Neuregelung erleichtert die Erfassung von verpflichtenden Arbeitnehmer-Beiträgen bzw. Beiträgen Dritter, die nicht an die Anzahl von Dienstjahren gekoppelt sind, zu leistungsorientierten Pensionsplänen. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden hieraus nicht resultieren, da die Regelungen der Versorgungswerke der Bank keine derartigen Arbeitnehmer-Beiträge vorsehen.

Jährliche Verbesserungsprojekte der Zyklen 2010 bis 2012 (erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen) sowie 2011 bis 2013 (erstmals anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen)

Im Rahmen der beiden Verbesserungsprojekte erfolgten Änderungen an insgesamt neun Standards. Die Anpassungen haben überwiegend klarstellenden Charakter. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden voraussichtlich nicht resultieren.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ferner die neue Interpretation **IFRIC 21 Abgaben (erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 17. Juni 2014 beginnen)** durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht übernommen. Sie klärt Fragen der Bilanzierung von Abgaben, die von der öffentlichen Hand erhoben werden. Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben sich hieraus nicht.

Darüber hinaus bestehen weitere, durch das International Accounting Standards Board verabschiedete, neue und überarbeitete Rechnungslegungsstandards bzw. Interpretationen, die für die Bilanzierung des Konzerns grundsätzlich einschlägig sind, für die jedoch das EU-Endorsement bislang nicht erfolgt ist und die daher nicht angewendet werden dürfen:

IFRS 9 Finanzinstrumente

Die Regelungen in IAS 39 zur Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Rahmen der drei Phasen umfassenden Überarbeitung in den neuen Standard IFRS 9 überführt.

Die erste Phase beinhaltete die Überarbeitung der Kategorisierung. Kernelement ist die Änderung der Kategorisierung für aktive Finanzinstrumente. Die Zuordnung erfolgt nach IFRS 9 in Abhängigkeit vom Geschäftsmodell des Unternehmens sowie von den Eigenschaften der vertraglichen Geldflüsse des Finanzinstruments. Änderungen des Fair Value von freiwillig zum Fair Value bewerteten passiven Finanzinstrumenten sind, soweit sie auf eine Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, künftig erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis („other comprehensive income“ – OCI), d. h. direkt im Eigenkapital, zu erfassen.

Die zweite Phase beinhaltete die Überarbeitung der Regelungen zum Impairment. Kernelement ist die Einführung eines Expected-Loss-Modells, das aus drei Stufen besteht. Danach werden Finanzinstrumente bei Zugang grundsätzlich der ersten Stufe zugeordnet. Für diese Finanzinstrumente muss der 12-Monats-Expected-Loss berücksichtigt werden. Finanzinstrumente, bei denen sich die Bonität nach dem Zugang wesentlich verschlechtert hat, werden der zweiten Stufe zugeordnet. Für diese Finanzinstrumente muss der Lifetime-Expected-Loss berücksichtigt werden. Finanzinstrumente, die ausgefallen sind, werden der dritten Stufe zugeordnet, in der ebenfalls der Lifetime-Expected-Loss berücksichtigt werden muss.

Die dritte Phase beinhaltete die Überarbeitung des Hedge Accountings. Ziel ist eine verbesserte Anpassung der Regelungen des Hedge Accountings an das Risikomanagement.

Der IASB hat die finale Fassung des Standards am 24. Juli 2014 veröffentlicht. Die erstmalige verpflichtende Anwendung ist für Geschäftsjahre vorgesehen, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Durch IFRS 9 nicht ersetzt werden jedoch die Regelungen für einen Portfolio-Fair-Value-Hedge von Zinsänderungsrisiken gemäß IAS 39. Der ursprünglich diesen Themenbereich betreffende Teil des IFRS 9-Projekts wurde als gesondertes Projekt der IASB-Agenda unter dem Stichwort „Macro Hedges“ weiterverfolgt, da damit höhere zeitliche Anforderungen einhergingen und nicht mit einem kurzfristigen Abschluss des Projekts gerechnet wurde.

Der Konzern geht davon aus, dass sich bei Übernahme der neuen Regelungen des IFRS 9 erhebliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben werden. Eine Quantifizierung des Umfangs dieser Auswirkungen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 bzgl. der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht für Investmentgesellschaften

Die beschlossenen Änderungen umfassen drei Klarstellungen im Hinblick auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt. Die Übernahme in europäisches Recht ist für das vierte Quartal 2015 geplant. Auswirkungen für den IBB-Konzern ergeben sich nicht, da die IBB die Definition einer Investmentgesellschaft nicht erfüllt.

Änderungen an IAS 27 „Einzelabschlüsse“

Die in 2014 veröffentlichten Änderungen betreffen die Anwendung der Equity-Methode im Einzelabschluss nach IFRS. Derzeit sieht IAS 27 für Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen die Einbeziehung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder die Bewertung als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente gemäß IAS 39 (zukünftig IFRS 9) vor. Mit der Änderung wird zusätzlich die Equity-Methode als Bilanzierungsalternative im IFRS-Einzelabschluss wieder eingeführt.

Mit der Übernahme der Regelung durch die EU in das Gemeinschaftsrecht wird für das dritte Quartal 2015 gerechnet. Für die IBB ergeben sich keine Änderungen, da der Einzelabschluss nicht unter Anwendung der IFRS aufgestellt wird.

Änderungen an IFRS 10 und IAS 28 bzgl. der Übertragung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen

Mit der Änderung werden Inkonsistenzen zwischen IFRS 10 und IAS 28 im Hinblick auf die Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen bzw. die Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen beseitigt. Danach hat eine vollständige Erfassung des Gewinns und

Verlusts beim Investor nur dann zu erfolgen, wenn die Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb i.S.v. IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ darstellen. Ist dies nicht der Fall, ist eine anteilige Erfolgserfassung verpflichtend.

Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht ist für das vierte Quartal 2015 geplant. Im Falle einer Vermögensübertragung an ein assoziiertes Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen im IBB-Konzern wären die neuen Regelungen des IAS 28 und IFRS 10 zu beachten.

Änderungen an IFRS 11 bzgl. des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit

Die Änderungen erweitern IFRS 11 um Leitlinien zur Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb darstellen. Danach hat der Erwerber die Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit entsprechend IFRS 3 zu bilanzieren sowie die anderen einschlägigen Standards – inklusive der entsprechenden Angabepflichten – anzuwenden.

Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht ist für das dritte Quartal 2015 geplant. Im Falle des Anteilerwerbs einer gemeinschaftlichen Tätigkeit im IBB-Konzern wären die neuen Regelungen des IFRS 11 zu beachten.

Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ (Disclosure Initiative)

Die Änderungen betreffen im Wesentlichen Klarstellungen in Bezug auf die Wesentlichkeit von Angaben im Abschluss, zur Aufgliederung bzw. Zusammenfassung von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung zum strukturellen Aufbau des Anhangs.

Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das vierte Quartal 2015 erwartet. Auswirkungen auf den Konzernabschluss der IBB werden hieraus voraussichtlich nicht resultieren.

Jährliches Verbesserungsprojekt (Zyklus 2012 – 2014)

Aus dem Zyklus 2012 – 2014 resultierten Klarstellungen in den vier Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34. Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das dritte Quartal 2015 erwartet. Anpassungen für den Konzernabschluss der IBB werden hieraus nicht resultieren.

IFRS 15 Umsatzerlöse aus Kundenverträgen

IFRS 15 wird die bestehenden Regelungen der Standards IAS 18 und IAS 11 zur Erlösrealisierung ablösen. Der neue Standard führt die bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zur Erlösrealisierung an zentraler Stelle zusammen und legt einheitliche Grundprinzipien fest, die von allen Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anzuwenden sind.

Zur Bestimmung der Höhe sowie des Zeitpunkts bzw. des Zeitraums der Umsatzrealisierung wird ein 5-Stufen-Modell eingeführt. Die Realisierung eines Umsatzes erfolgt grundsätzlich bei Übergang der Kontrolle an den Gütern bzw. Dienstleistungen an den Kunden (control approach). Der Übergang von Chancen und Risiken wird nur noch als Indikator für den Kontrollübergang herangezogen. Ferner werden konkrete Regelungen zu Mehrkomponentengeschäften definiert und Kriterien für die Erlös-Realisierung über den Leistungserbringungszeitraum hinweg festgelegt. Daneben erfordert der Standard umfangreichere Angaben im Abschluss.

Die Übernahme des Standards durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das zweite Quartal 2015 erwartet. Die erstmalige Anwendung ist voraussichtlich im Geschäftsjahr 2017 vorzunehmen. Die neuen Vorschriften werden derzeit analysiert und ihre Umsetzungsimplicationen für den Abschluss des Konzerns erhoben.

Änderungen an IAS 16 und IAS 38 bzgl. zulässiger Abschreibungsmethoden

Die Standardänderung stellt klar, dass die Abschreibung von Sachanlagen auf Basis der Umsatzerlöse der durch sie hergestellten Güter nicht sachgerecht ist. Die Regelung gilt grundsätzlich auch für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer, wobei zwei Ausnahmetatbestände definiert werden (widerlegbare Vermutung der Unangemessenheit).

Die Übernahme der Änderungen durch die Europäische Union in das Gemeinschaftsrecht wird für das dritte Quartal 2015 erwartet. Auf die Rechnungslegung des Konzerns werden keine Auswirkungen resultieren.

Ferner hat das International Accounting Standards Board im Geschäftsjahr 2014 den neuen Standard **IFRS 14 (Regulatorische Abgrenzungsposten)** sowie **Änderungen an den Standards IAS 16 und IAS 41 zur Bilanzierung produzierender Pflanzen** veröffentlicht. Diese Regelungen sind für die Rechnungslegung des Konzerns nicht relevant.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Alle wesentlichen Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzernabschluss der IBB wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird gemäß IFRS 10.B86 vorgenommen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Die Fortschreibung der Equity-Buchwerte erfolgt auf der Basis von IFRS-Abschlüssen der Gesellschaften.

Beteiligungen, die als unwesentlich eingestuft wurden, sind von der Konsolidierung bzw. at equity-Bewertung ausgenommen und werden als Finanzanlagen ausgewiesen.

(4) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst neben der IBB als Mutterunternehmen neun Tochterunternehmen (Vorjahr: zehn) sowie zwei assoziierte Unternehmen. Gemeinsame Vereinbarungen nach IFRS 11 bestehen nicht.

Als Tochterunternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden. Beherrschung liegt vor, wenn das Mutterunternehmen Entscheidungsgewalt über die maßgebliche Tätigkeit eines Unternehmens aufgrund von Stimmrechten oder anderen Rechten hat und an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Unternehmen partizipiert. Zudem muss die Höhe dieser Rückflüsse durch die Entscheidungsgewalt über das Unternehmen beeinflussbar sein (IFRS 10.7).

Mit der Neudefinition von Beherrschung nach IFRS 10 ergaben sich keine Änderungen bei der Einstufung der Tochterunternehmen.

Unter die Beherrschungsdefinition fällt ebenfalls der DeAM-Fonds IBB Corp, ein als Sondervermögen aufgelegter Spezial-AIF mit festen Anlagebedingungen gemäß § 284 KAGB. Die IBB ist alleiniger Anleger des Fonds. Das Sondervermögen wird durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft auf Basis der von der IBB vorgegebenen Anlagerichtlinien gemanagt. Die IBB erhält die variablen Rückflüsse aus dem Sondervermögen. Das Sondervermögen entspricht daher der Definition eines strukturierten Unternehmens gemäß IFRS 12.

Eine Veränderung im Konsolidierungskreis ergab sich aufgrund der Einstellung der Geschäftstätigkeiten bei der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in 2013 und der damit verbundenen Unwesentlichkeit der Tochtergesellschaft im Konzern. Die Gesellschaft wurde zum Stichtag 1. Januar 2014 entkonsolidiert. Aus der Entkonsolidierung ergab sich ein Entkonsolidierungsergebnis von -0,8 Mio. EUR.

Die zwei assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode einbezogen. Als assoziiertes Unternehmen werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, bei denen der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die weder Tochterunternehmen noch Gemeinschaftsunternehmen sind. Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28.18 Gebrauch gemacht. Änderungen aufgrund des neuen Konsolidierungspaketes ergaben sich hier ebenfalls nicht.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Angabe (76)) entnommen werden.

(5) Finanzinstrumente

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Alle finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen einschließlich derivativer Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften (regular way contracts) und Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zugangszeitpunkt mit ihrem Zeitwert erfasst, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht. Im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes werden Finanzinstrumente einer der nachstehend aufgeführten Bewertungskategorien zugeordnet. Abhängig von dieser Kategorisierung erfolgt die Folgebewertung.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die für die Berichterstattung gemäß IFRS 7.6 erforderliche Klassenbildung der Finanzinstrumente erfolgt analog der Kategorisierung gemäß IAS 39 in Verbindung mit den Bilanzpositionen.

a) Bewertungskategorien

Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss, AFV und LFV)

Die Bewertungskategorien der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten untergliedern sich jeweils in die Unterkategorien „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ (Held for Trading, HfT) und

„Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum Zeitwert zu bewerten eingestuft wurden“ (Fair Value Option, FVO).

Als „Held for Trading“ sind gemäß IAS 39.9 jene nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurden, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen. Ferner gehören Derivate der Unterkategorie „Held for Trading“ an.

Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht werden von der IBB nicht getätigt. Der Unterkategorie HfT sind daher im Konzern ausschließlich Derivate zugeordnet, die zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden.

Die Fair Value Option kann unwiderruflich für Finanzinstrumente genutzt werden, wenn

- durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (sog. Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich verringert werden, die sich aus der ansonsten vorzunehmenden Bewertung der Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen und Verlusten ergeben würden, oder
- eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf der Grundlage des Zeitwerts beurteilt wird und die auf dieser Grundlage ermittelten Informationen intern an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden, oder
- ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich verändern, und wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Die Fair Value Option wird zur Darstellung ökonomischer Sicherungsbeziehungen genutzt. Darüber hinaus wendet der IBB-Konzern das Hedge Accounting nach IAS 39 bisher nur in sehr begrenztem Umfang an (Angabe (5b)). Die Fair Value Option wird ferner zur Vermeidung der Trennungspflicht eingebetteter Derivate im Kreditgeschäft angewendet. Daneben wurde für die Beteiligungsportfolios der VC-Gesellschaften aufgrund ihrer Steuerung auf der Grundlage des Zeitwerts von der Fair Value Option Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Finanzinstrumente dieser Kategorien erfolgt erfolgswirksam zum Fair Value. Sie werden in den Bilanzposten „erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen“ ausgewiesen. Die Ergebnisse aus der Fair Value-Bewertung sind im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ enthalten. Hier werden auch die realisierten Ergebnisse aus dem Abgang bzw. der Veräußerung ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinsen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen (Held to Maturity, HTM)

Die Bewertungskategorie ist vorgesehen für auf aktiven Märkten gehandelte, nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit. Die Einordnung in diese Bewertungskategorie kann jedoch nur erfolgen, wenn die Absicht und Fähigkeit besteht, das Finanzinstrument bis zu seiner Endfälligkeit zu halten.

Im IBB-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Bewertungskategorie zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LAR)

Unter die Bewertungskategorie LAR fallen nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, soweit sie nicht bei Zugang in die Bewertungskategorie der erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte designiert oder der Bewertungskategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zugeordnet wurden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Wertminderungen werden unter der Position Wertberichtigungen auf Forderungen ausgewiesen.

Aufwendungen aus der Bildung und Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und Abgangsergebnisse werden in der Risikovorsorge ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AFS)

Die Bewertungskategorie AFS beinhaltet alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits anderen Bewertungskategorien zugeordnet wurden. Ihre Bewertung erfolgt grundsätzlich mit dem Zeitwert. Eigenkapitalinstrumente, für die kein an einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Vermögenswerte der Bewertungskategorie AFS werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Zeitwert und den fortgeführten Anschaffungskosten werden innerhalb des Eigenkapitals in der Neubewertungsrücklage erfasst. Dauernde Wertminderungen (Impairment) und Ergebnisse aus der Veräußerung werden im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ohne das Vorliegen eines Impairments ergeben hätten, im Ergebnis aus Finanzanlagen, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Laufende Ergebnisse und die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities measured at amortised cost, LAC)

Der Bewertungskategorie LAC werden alle nicht-derivativen finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die nicht in die Fair Value Option designiert wurden. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Finanzinstrumente der Kategorie LAC werden in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

b) Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Im Rahmen der Banksteuerung schließt der Konzern Derivate zur Absicherung von Marktpreisrisiken ab. Dabei werden im Wesentlichen durch den Einsatz von Zinsswaps Zinsrisiken aus festverzinslichen Positionen in variabel verzinsliche Positionen transferiert. Die Absicherung von Treasury-Geschäften erfolgt grundsätzlich auf Einzelbasis. Die Absicherung von Förderdarlehen erfolgt grundsätzlich auf Portfoliobasis. Bei Förderdarlehen mit größeren Volumina kann auch eine Absicherung auf Einzelbasis vorgenommen werden.

Für die bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen nutzt der Konzern seit dem Geschäftsjahr 2014 den Fair Value Hedge nach IAS 39. Abgesichert wird ausschließlich das Zinsrisiko. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, werden unabhängig von der Bewertungskategorie erfolgswirksam erfasst. Die ebenfalls erfolgswirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Bisher macht der Konzern ausschließlich von der bilanziellen Absicherung auf Einzelbasis (Mikro Hedge) Gebrauch.

Bei Abschluss einer Transaktion wird die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Beim **Mikro Hedge** werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der

Sicherungsperiode kann ex ante von Effektivität ausgegangen werden, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Die ex ante-Effektivität sowie die ex post-Effektivität werden zu Beginn bzw. zum Ende einer Sicherungsperiode nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hierfür werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von -80 % bis -125 % liegt. Dabei wird für die ex ante-Berechnung eine Sensitivitätsanalyse, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird, durchgeführt. Die Sicherungsperiode beträgt einen Monat.

Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Die einer effektiven Sicherungsbeziehung zugeordneten Derivate werden in der Bilanz getrennt von den Derivaten der Bewertungskategorie HfT in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accounting für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Bewertungskategorie bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivitätsmethode im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen über die Restlaufzeit amortisiert.

c) Verfahren zur Ermittlung der Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswerts erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen.

Er wird mithilfe verschiedener Bewertungsmethoden ermittelt. Die dort einfließenden Bewertungsparameter werden nach IFRS 13 folgenden drei Stufen (Level) zugeordnet:

- Level 1: quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verpflichtungen
- Level 2: andere beobachtbare Parameter außer den in Level 1 genannten quotierten Preisen
- Level 3: nicht beobachtbare Parameter

Für Finanzinstrumente, für die keine quotierten Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verpflichtungen vorliegen (Level 1), wird der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden ermittelt:

- Quotierte Preise vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf aktiven Märkten (Level 2)
- Quotierte Preise identischer oder vergleichbarer Vermögenswerte oder Verpflichtungen auf Märkten, die nicht aktiv sind (Level 2)
- Bewertungsmodelle, denen für den zu bewertenden Vermögenswert bzw. die zu bewertende Verpflichtung im Wesentlichen beobachtbare (Level 2) oder im Wesentlichen nicht beobachtbare (Level 3) Bewertungsparameter zugrunde liegen.

Quotierte Preise werden von einem Preisservice-Dienstleister bezogen. Für die Zuordnung der quotierten Preise zu den Hierarchieleveln werden die von dem Dienstleister zur Verfügung gestellten Dokumentationen und Informationen zur Preisfeststellung herangezogen. Sofern keine quotierten Preise vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt.

Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie Derivaten wird zur Abzinsung die Swap-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit Spreads herangezogen.

Bei den Credit Spreads wird nach Rating, Laufzeit, Branche und Besicherungsgrad differenziert. In den Credit Spreads für die eigenen finanziellen Verbindlichkeiten ist die Bonität des Landes Berlin durch die Anstaltslast berücksichtigt. Bei der Entscheidung, aus welchen Marktdatenquellen die Credit Spreads abgeleitet werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Eine Erhöhung der eigenen Refinanzierungskosten durch Spreadveränderungen führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Refinanzierungskosten zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit Spreads umgekehrt. Höhere Margen durch steigende Credit Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Margen zu Bewertungsgewinnen.

Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, wurden der Fair Value Option zugeordnet. Bei der Fair Value-Bilanzierung dieser Beteiligungen werden Bewertungsrichtlinien auf Basis der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guideline“ der EVCA (European Venture Capital Association) beachtet, soweit sie mit den IFRS in Übereinstimmung stehen. Nach diesen Bewertungsrichtlinien werden börsennotierte Unternehmen, für die ein aktiver Markt besteht, mit ihrem Börsenkurs am jeweils liquidesten Börsenplatz zum Bewertungsstichtag bewertet. Unterliegen die Aktien einer vertraglichen Lock-Up-Beschränkung, werden analog zu den Empfehlungen der EVCA Abschläge von bis zu 20 %, abhängig von der Frist der Handelsbeschränkungen, auf den Stichtagskurs angesetzt. Für alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver Markt besteht, wird der Fair Value anhand allgemein anerkannter Bewertungsverfahren ermittelt. Zu den Bewertungsverfahren gehört – sofern verfügbar – der Rückgriff auf zeitnah erfolgte Transaktionen (Finanzierungsrunden) zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern. Diese Transaktionen müssen nach den angewendeten Bewertungsrichtlinien bestimmte Kriterien, z. B. hinsichtlich des Volumens, der Unabhängigkeit der beteiligten Parteien und der zeitlichen Nähe zum Bewertungsstichtag, erfüllen. Zu den weiteren Bewertungsverfahren gehört das Multiplikatorverfahren.

Der Zeitwert von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

(6) Finanzgarantien

Finanzgarantien werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert. Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantieggeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgerecht nachkommt.

Die bilanzielle Erfassung zum Zeitpunkt der Zusage erfolgt in Höhe des Zeitwerts der Verbindlichkeit. Dieser entspricht in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Garantie erhaltenen Gegenleistung. Die Bilanzierung erfolgt nach der Nettomethode, d. h. der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsumfang der Finanzgarantie saldiert. Im Rahmen der Folgebewertung wird die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer gemäß IAS 37 zu bildenden Rückstellung oder dem amortisierten Ursprungsbetrag angesetzt. Der Ausweis der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien erfolgt im Posten sonstige Passiva.

(7) Hybride (zusammengesetzte) Finanzinstrumente

Als hybride (zusammengesetzte) Finanzinstrumente werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind die eingebetteten Derivate getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn u. a. die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Im IBB-Konzern werden Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Fair Value Option zugeordnet und in der Bilanz im Posten erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte ausgewiesen. Eine Abspaltung des eingebetteten Derivats vom Basisvertrag und eine gesonderte Bewertung sind insofern nicht zulässig. Dies betrifft das Kreditprogramm Berlin Kapital, bei dem stille Beteiligungen mit gewinnabhängigen Vergütungen ausgestattet werden können.

(8) Echte Pensionsgeschäfte

Im IBB-Konzern werden ausschließlich echte Wertpapierpensionsgeschäfte getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim Pensionsgeber entsprechend seiner Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken bei ihm verbleiben. In Höhe des erhaltenen bzw. geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber bzw. eine Forderung beim Pensionsnehmer ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Die Leasingverhältnisse des Konzerns werden gemäß IAS 17 auf der Grundlage der Verteilung der mit dem Eigentum eines Leasinggegenstandes verbundenen Chancen und Risiken klassifiziert und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

Bei den vom Konzern im Wege des Operating Leasing geleasten Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Kraftfahrzeuge sowie Druck- und Kopiergeräte. Entsprechend der Einstufung werden die geleasten Gegenstände nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die geleisteten Leasingraten werden linear über die Laufzeit des jeweiligen Leasingvertrags im Verwaltungsaufwand bzw. im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

Der IBB-Konzern als Leasinggeber

Bei den Leasingvereinbarungen, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt, handelt es sich im Wesentlichen um die Untervermietung einzelner Büroräume in dem von der IBB selbst genutzten Bürogebäude. Die Leasingerlöse werden linear über die Vertragslaufzeit im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestehen nicht.

(10) Währungsumrechnung

Im Konzern IBB werden grundsätzlich keine Geschäftsvorfälle in Fremdwährungen vorgenommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 lautet lediglich jeweils eine von der VC Fonds Berlin GmbH sowie eine von der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH gehaltene Beteiligung auf US-Dollar.

Diese nicht monetären Vermögenswerte in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalles gültigen Kassakurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Folgebewertung wird zu marktgerechten Devisenkursen am Bilanzstichtag vorgenommen. Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

(11) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

In den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ist das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns ausgewiesen. Inhalt dieser Posten ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft der IBB. Daneben sind nicht börsenfähige Namenspapiere, Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen enthalten. Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Wertberichtigungen auf Forderungen erfasst und aktivisch abgesetzt. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinserträge werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

(a) Einzelwertberichtigungen (EWB)

Die Ermittlung einer EWB erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswerts schließen lassen. Im zweiten Schritt ist zu untersuchen, ob das Finanzinstrument tatsächlich im Wert gemindert ist. Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind Sachverhalte, die üblicherweise zu einer tatsächlichen Wertminderung führen. Folgende Trigger Events kommen daher für die Bildung einer Einzelwertberichtigung in Betracht, wobei weitere nicht ausgeschlossen sind:

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners;
- erfolgte Vertragsverletzung, wie bspw. Nichtzahlung oder Verzug von vereinbarten Leistungen;
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer (KN), die der Kreditgeber aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des KN gewährt, die der Kreditgeber normalerweise nicht gewähren würde;
- erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine bevorstehende Insolvenz oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners;
- Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten (siehe IAS 39.60);
- beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann, einschließlich
 - nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von KN in einer Gruppe oder
 - volkswirtschaftliche oder regionale wirtschaftliche Bedingungen, die mit Ausfällen bei den Vermögenswerten der Gruppen korrelieren (Beispiele siehe IAS 39.59).

Zur Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung wird der Barwert der erwarteten Zahlungsströme aus der Forderung, d. h. der erzielbare Betrag, dem Buchwert der Forderung gegenübergestellt. Die erwarteten Zahlungsströme können sich aus Tilgungs- und/oder Zinszahlungen sowie Erlösen aus der Sicherheitenverwertung unter Berücksichtigung von Verwertungskosten zusammensetzen. Ist der Buchwert größer als der erzielbare Betrag, wird in Höhe der Differenz eine Einzelwertberichtigung gebucht.

Einzelwertberichtigungen werden teilweise aufgelöst, wenn sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

(b) Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen sind für Portfolios nicht signifikanter Forderungen, für die objektive Hinweise auf eine Wertberichtigung vorliegen, zu bilden. Grundsätzlich gelten für die pEWB die gleichen Eintrittskriterien wie für die EWB. Allerdings findet in diesen Fällen eine maschinelle Identifikation über die unten aufgeführten Auslösefaktoren statt. Als nicht signifikant gelten hierbei Forderungen gegen Kunden des Portfolios Immobilien Privatkunden.

Alle Kreditnehmer im betrachteten Segment mit einem der folgenden Merkmale sind pEWB-relevant:

- gekündigte Kreditnehmer oder
- Kreditnehmer mit einem Rückstand von größer gleich 10 Prozent bezogen auf die aktuelle Restschuld des Kreditnehmers oder
- Kreditnehmer mit einer Rückstandsdauer von mehr als 40 Tagen innerhalb der letzten 24 Monate oder
- Kreditnehmer mit drohendem bzw. eröffnetem Insolvenzverfahren oder
- Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung innerhalb der letzten 3 Jahre

Darüber hinaus sind alle Kreditnehmer pEWB-relevant, bei denen mindestens drei der folgenden Auslösefaktoren innerhalb der letzten 24 Monate vor dem jeweiligen Bewertungszeitpunkt aufgetreten sind:

- Kunde wendet sich mit einem Liquiditätsproblem an die IBB
- Stundungsantrag/Tilgungsaussetzung
- Auslauf der Aufwendungssubvention liegt vor
- fehlende nachhaltige Kapitaldienstfähigkeit für die Kreditnehmereinheit
- negative Schufa (nur bei natürlichen Personen)
- Reduzierung des Beleihungswerts um mehr als 10 %
- Mitteilung über die Trennung oder Scheidung von Eheleuten liegt vor
- Mitteilung über Arbeitslosigkeit eines Darlehensnehmers liegt vor
- Mitteilung über Tod eines Darlehensnehmers ab Gesamt-Ratingnote 13 und/oder Bestehen von Ratenrückständen

Die pEWB entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(c) Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen stellen keine Risikovorsorge für den Einzelfall dar, sondern berücksichtigen Risiken, die in einer Gruppe oder einem Bestand von Krediten mit gemeinsamen Merkmalen enthalten sind. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt. Die Bemessungsgrundlage entspricht der prozentualen Verlusthöhe im Zeitpunkt des Ausfalls. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten. Die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses wird mithilfe eines LIP-Faktors (loss identification period) von 1 (Vorjahr 0,9) berücksichtigt. Die gegenüber dem Vorjahr geänderte Schätzung des LIP-Faktors führte zu einer Erhöhung der PoWB um 1,5 Mio. EUR. Die verwendeten Ausfallwahrscheinlichkeiten und der LIP-Faktor werden jährlich überprüft.

(d) Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

Für Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen werden Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft gebildet. Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach den zu erwartenden Verlusten für die erwarteten Mittelabflüsse. Bei Verträgen mit einer Einzelwertberichtigung erfolgt eine Einzelfallbetrachtung. Für alle anderen Verträge wird ein maschinelles Verfahren angewendet, bei dem auf Basis von Ratings und Scorings entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewendet werden. Die Bemessungsgrundlage ermittelt sich durch die Umrechnung der Kreditzusagen in kreditäquivalentes Volumen mit einem Konversionsfaktor (CCF) von 80 % (durchschnittlich ermittelte Inanspruchnahme innerhalb eines Jahres). Dabei werden CCF und Ausfallwahrscheinlichkeiten jährlich überprüft. Die prozentuale Verlusthöhe orientiert sich an den nach Basel II verwendeten Werten von 35 % bei Realkrediten und 45 % bei Personalkrediten.

(13) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen resultierenden Zinsaufwendungen und -erträge sind im Zinsüberschuss enthalten. Die Bewertungs- und Abgangsergebnisse werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten erfasst.

Mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (Held for Trading)

Aufgrund der Eigenschaft der IBB als Nichthandelsbuchinstitut werden der Unterkategorie Held for Trading ausschließlich Derivate zugeordnet.

Designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (FVO)

Zu den erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verpflichtungen gehören Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Namenspapieren sowie verbriefte Verbindlichkeiten, die durch den Abschluss entsprechender derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert wurden. Der aktivische Posten beinhaltet weiterhin alle Beteiligungen, die von den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und VC Fonds Technologie Berlin GmbH gehalten werden, sowie Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten aus dem Kreditprogramm Berlin Kapital.

(14) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochterunternehmen, sonstige Beteiligungen sowie aus Wesentlichkeitsgründen nicht nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen, es sei denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 auszuweisen. Die den Finanzanlagen zugeordneten Finanzinstrumente sind der Bewertungskategorie AFS zugeordnet.

Die hier ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte werden mit ihrem Fair Value bilanziert, soweit dieser verlässlich ermittelbar ist. Bewertungsergebnisse werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Eine bonitätsbedingte Abschreibung erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung (Impairment). Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren festgemacht, wie sie in IAS 39.59 bzw. IAS 39.61 genannt werden. Im Fall einer dauerhaften Wertminderung wird das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage, sondern im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wertaufholungen bei Fremdkapitaltiteln werden im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgen erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich der Amortisationsbeträge aus der Fortschreibung der Anschaffungskosten, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(15) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

Der Posten beinhaltet die für den Konzern wesentlichen assoziierten Unternehmen. Bei der Equity-Methode geht die anteilige Eigenkapitalveränderung des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.

Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf der Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses lagen alle Abschlüsse für das Berichtsjahr vor.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese gemäß IAS 28.40ff. überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen auf den Buchwert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen auf den Buchwert maximal in Höhe des ursprünglichen Impairment-Betrags.

Wertminderungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich.

Finanzinformationen für die wesentlichen assoziierten Unternehmen sowie Angaben zu Risiken und maßgeblichen Beschränkungen sind unter Angabe (47) dargestellt. Finanzinformationen für die nicht nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen sind in Angabe (46) enthalten.

(16) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Software-Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können.

Software wird mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann und die Kosten verlässlich ermittelt und dem Vermögenswert zugerechnet werden können. Zinsen für Fremdkapital werden nicht aktiviert.

Software wird planmäßig linear über drei bis fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von 1 TEUR werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer bestehen nicht.

Zusätzlich zu den planmäßigen Abschreibungen sind immaterielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag auf Wertminderungen zu überprüfen. Dabei ist zunächst zu prüfen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen, wie sie beispielsweise in IAS 36.12 genannt werden. Liegen Anzeichen für eine Wertminderung vor, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswerts zu ermitteln, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen.

Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für immaterielle Vermögenswerte werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(17) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten werden aktiviert, wenn von einer signifikanten Erhöhung des zukünftigen Nutzens ausgegangen werden kann.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer im Unternehmen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von 1 TEUR werden bereits im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Lineare Abschreibungen erfolgen über folgende Zeiträume:

Sachanlagegruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–50
Hardware	3–7
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–25

Die Regelungen zur Ermittlung von Wertminderungen entsprechen denen für immaterielle Vermögenswerte. Planmäßige Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen für Sachanlagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Ergebnisse aus dem Abgang von Sachanlagen und Wertaufholungen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(18) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche werden im Posten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Posten Ertragsteuerverpflichtungen ausgewiesen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern berücksichtigt.

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden mit den Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen. Der Ansatz erfolgt in der Höhe, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Die IBB ist subjektiv von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Eine Steuerpflicht besteht für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH sind Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die gemäß § 3 Nr. 23 GewStG von der Gewerbesteuer befreit sind.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nach Maßgabe der steuerlichen Planungsrechnungen der Konzerngesellschaften in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung hinreichend wahrscheinlich ist. Wir verweisen auf Angabe (50).

Der Berechnung der latenten Steuern für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften liegt ein Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (Vorjahr 15,83 %) und ein Gewerbesteuersatz von 14,35 % (Vorjahr 14,35 %) zugrunde, der aufgrund des Sitzes der Konzerngesellschaften in Berlin unter Berücksichtigung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 410,00 % ermittelt worden ist.

(19) Sonstige Aktiva

Der Posten sonstige Aktiva enthält Vermögenswerte, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen sowie sonstige Forderungen.

(20) Verbindlichkeiten

Die in den Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die nach der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Abgangsergebnisse sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Beim Rückkauf eigener Emissionen wird der Bestand verbriefter Verbindlichkeiten in der Bilanz gemindert. Gewinne oder Verluste aus dem Rückkauf werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

(21) Rückstellungen für Pensionen

Rückstellungen für Pensionen werden nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet. Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen.

Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns richten sich nach verschiedenen Versorgungswerken, die unter anderem auch aus der früheren Zugehörigkeit der IBB zu anderen Instituten resultieren. Mitarbeiter, die bis zum 1. Januar 1993 eingetreten sind, verfügen über eine fortgeführte Zusage nach dem Leistungsrecht der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder). Hierbei handelt es sich um eine Direktzusage, bei der sich die Leistung aus der Summe der jährlich erworbenen Versorgungspunkte ergibt. Zum Zeitpunkt des Austritts aus der VBL bestand für die Mitarbeiter einmalig die Möglichkeit, in die Versorgungsordnung der Landesbank Berlin zu wechseln. Diese dienstzeit- und endgehaltsbezogene Zusage galt für Eintritte bis zum 31. Dezember 1994. Eintritte ab dem 1. Januar 1995 erhielten eine Zusage gemäß der Ruhegeldordnung der Konzernunternehmen der Bankgesellschaft Berlin AG, eine beitragsorientierte Leistungszusage. Daneben bestehen einzelne Nominalbetragszusagen. Die zugesagten Leistungen umfassen jeweils Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten.

Die Leistungszusagen wurden für alle Neueintritte ab dem 1. Januar 2012 geschlossen und durch eine arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Pensionskassenzusage (75 % Arbeitgeber, 25 % Arbeitnehmer) ersetzt. Für diese Zusagen betrugen die laufenden Beitragszahlungen (Arbeitgeberanteile) 32 TEUR (Vorjahr 21 TEUR).

Der Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Zusagen wird durch unabhängige Gutachter nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei der Berechnung der passivierten Pensionsverpflichtungen wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G verwendet und folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2014	31.12.2013
Rechnungszins	2,30	3,80
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rentendynamik	1,75	1,75

(22) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn dem Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen wird und die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme ausgewiesen, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist. Aufwendungen aus der Aufzinsung werden im Zinsüberschuss erfasst.

(23) Sonstige Passiva

Unter den sonstigen Passiva werden abgegrenzte Schulden und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien ausgewiesen. Daneben enthält der Posten Verpflichtungen, die für sich betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierzu zählen Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten.

(24) Eventualschulden

Eventualschulden stellen mögliche Verpflichtungen dar, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des IBB-Konzerns stehen, noch bestätigt wird. Darüber hinaus beschreiben sie gegenwärtige Verpflichtungen des IBB-Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können. Eventualschulden, wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Verpflichtungen, wurden daher nicht passiviert. Bereitstellungs- und Avalprovisionen sind im Provisionsüberschuss enthalten.

(25) Anpassungen unter Anwendung von IAS 8

Angaben zu im Geschäftsjahr 2014 erstmals angewendeten Standards sind in Angabe (2) enthalten. Korrekturen von Fehlern unter Anwendung von IAS 8.41ff. waren im Geschäftsjahr 2014 nicht erforderlich. Die Angabe der Auswirkungen der gegenüber dem Vorjahr geänderten Schätzung des LIP-Faktors erfolgt in Angabe (12).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(26) Zinsüberschuss

Der Posten enthält Zinserträge und -aufwendungen sowie laufende Erträge aus Finanzinstrumenten. Weiterhin werden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen ausgewiesen. Der Zinsüberschuss setzt sich im Einzelnen zusammen aus:

in Mio. EUR	2014	2013
Zinserträge aus	643,1	641,9
Kredit- und Geldmarktgeschäften	359,6	373,1
Zinserträge aus Immobilienförderung	277,9	300,4
Zinserträge aus Wirtschaftsförderung	57,9	41,5
Zinserträge aus Kapitalmarktgeschäften	19,2	27,4
Zinserträge aus Geldmarktgeschäften	4,6	3,8
Zinserträge aus sonstigen Forderungen	0,0	0,0
Festverzinslichen Wertpapieren	72,6	70,6
Zinsderivaten	210,1	197,8
Laufende Erträge aus	0,8	0,4
Beteiligungen	0,8	0,4
Zinsaufwendungen für	500,9	490,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	161,4	163,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	59,3	56,4
Zinsderivate	273,6	267,5
Rückstellungen	6,6	3,4
Zinsüberschuss	142,2	151,3

In den Zinserträgen aus Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung sind Effekte aus der Barwertfortschreibung wertgeminderter Vermögenswerte bei unveränderter Erwartung künftiger Zahlungsströme gemäß IAS 39.A93 (Unwinding) in Höhe von insgesamt 5,1 Mio. EUR (Vorjahr 5,1 Mio. EUR) enthalten.

(27) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. EUR	2014	2013
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,5	0,6
Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen	-11,9	-9,5
Direktabschreibungen auf Forderungen	-4,8	-6,5
Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	8,4	10,9
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12,7	4,1
Auflösung von Rückstellungen unwiderruflicher Kreditzusagen	0,1	0,0
Zuschreibungen auf Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	0,0	-0,2
Auflösung von Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	0,0	1,8

Wertberichtigungen auf Forderungen betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

(28) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2014	2013
Provisionserträge	6,7	8,9
Entgelte für Bürgschaftsverwaltung	1,9	2,1
Verwaltungskostenbeiträge für Zuschüsse	3,2	4,2
Bearbeitungsgebühren	1,5	2,5
Andere Provisionserträge	0,1	0,1
Provisionsaufwendungen	1,1	1,0
Zahlungsverkehr und Kontoführung	0,3	0,2
Sonstige Provisionsaufwendungen	0,8	0,8
Provisionsüberschuss	5,6	7,9

In den Provisionserträgen sind Erträge aus Treuhandgeschäften in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr 0,1 Mio. EUR) enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind nicht angefallen.

(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen verteilt sich wie folgt auf die Sicherungsinstrumente und die gesicherten Grundgeschäfte:

in Mio. EUR	2014	2013
Mikro Hedge Accounting	2,5	0,0
Grundgeschäft	159,7	0,0
Sicherungsgeschäft	-157,2	0,0

(30) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

In der Position werden die realisierten und nicht realisierten Bewertungsergebnisse der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen ausgewiesen. Die Zinsaufwendungen und -erträge aus diesen Finanzinstrumenten sind im Zinsüberschuss enthalten, Provisionsaufwendungen und -erträge im Provisionsüberschuss.

in Mio. EUR	2014	2013
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-13,3	178,0
Mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltene Derivate (HfT)	8,4	109,9
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	-21,6	68,1

Das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2014	2013
Ergebnis aus designierten Beteiligungsportfolios	5,6	1,4
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten	-0,3	-1,3
Ergebnis aus Grundgeschäften ökonomischer Sicherungsbeziehungen	-26,9	68,0
Gesamt	-21,6	68,1

(31) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen sind die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten.

in Mio. EUR	2014	2013
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	2,8	1,2
Veräußerungsergebnis	2,8	1,2

(32) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen

Zum 31. Dezember 2014 hält der Konzern gegenüber dem Vorjahr unverändert Anteile an zwei assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode einbezogen werden (siehe Angabe (76)). Das im Berichtsjahr ausgewiesene Bewertungsergebnis in Höhe von 47 TEUR entfällt dabei fast vollständig auf die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH.

(33) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand gliedert sich wie folgt:

in Mio. EUR	2014	2013
Personalaufwand	51,4	51,3
Löhne und Gehälter	41,4	41,4
Soziale Abgaben	6,3	6,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3,8	3,7
Andere Verwaltungsaufwendungen	31,7	25,8
EDV-Aufwendungen	13,5	13,2
Raumkosten und sonstige Gebäudeaufwendungen	7,7	3,4
Geschäftsbetriebskosten/sonstige Einrichtungen	3,0	2,8
Kosten für Beratungen/Prüfungen/Beiträge	3,1	2,4
Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	2,2	2,0
Personalabhängige Sachkosten	1,6	1,4
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung (ohne EDV)	0,5	0,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen	2,5	2,6
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1,6	1,6
Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,9	1,0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,0	0,0
Gesamt	85,6	79,7

Im Personalaufwand sind Aufwendungen, die aus anderen langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer resultieren (Jubiläumsgelder) in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR) enthalten.

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen (im Wesentlichen für Vorruhestandsverpflichtungen) in Höhe von 0,8 Mio. EUR (Vorjahr 0,3 Mio. EUR) enthalten.

Für beitragsorientierte Versorgungspläne wurden im Geschäftsjahr 55,8 TEUR (Vorjahr 78,9 TEUR) im Personalaufwand erfasst.

(34) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. EUR	2014	2013
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-21,5	-19,9
Mieterträge	0,2	0,5
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0,0	-0,3
Aufwand Berlin-Beitrag der IBB	-14,6	-13,7
Veränderungen von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden	-2,8	0,2
Ergebnis aus verbrieften Verbindlichkeiten und Namenspapieren LAC	-0,4	-0,3
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	-3,7	-6,6
Ergebnis aus Landesbürgschaften (operationelle Risiken)	0,7	0,4
Sonstige Steuern	-0,1	-0,1
Ergebnis aus Entkonsolidierung	-0,8	0,0

Das Ergebnis aus Landesbürgschaften resultiert hauptsächlich aus der Veränderung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der für das Land Berlin übernommenen Bearbeitung und Verwaltung von Bürgschaften im Rahmen der Förderung des Erwerbs von selbst genutztem Wohneigentum, bei denen das Land Berlin wegen Baukostenüberschreitungen den Ausfall nicht übernimmt.

Im Berlin-Beitrag werden die für die IBB wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt.

(35) Ertragsteuern

in Mio. EUR	2014	2013
Ertragsteuern	0,0	-0,2
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,1
Latente Steuern	0,1	-0,3

Überleitung der Ertragsteuern

in Mio. EUR	2014	2013
Ergebnis vor Steuern	37,3	239,2
Konzernertragsteuersatz	0,00 %	0,00 %
Erwartete Ertragsteuern	0,0	0,0
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzernertragsteuersatz	1,1	0,1
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	0,0	-0,1
Veränderung der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern	0,2	0,7
Effekt aus steuerfreien Erträgen	-2,2	-0,8
Effekt aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	1,1	0,6
Auswirkungen ergebniswirksamer Konsolidierungsbuchungen	-0,3	-0,3
Sonstiges	0,1	0,0
Effektiver Steueraufwand	0,0	0,2

Der Überleitungsrechnung wird aufgrund des Steuerstatus der Investitionsbank Berlin als subjektiv steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihres bestimmenden Anteils am Ergebnis vor Steuern ein Konzernertragsteuersatz von 0 % zugrunde gelegt.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundener unterschiedlicher Steuersätze der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Die Steuersätze betragen im Berichtsjahr wie im Vorjahr zwischen 0,00 % und 30,18 %.

Die Veränderungen der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus nicht aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verluste der ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH aufgrund der erwarteten anhaltenden Verlustsituation der Gesellschaft.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen (§ 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG) und aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen (§ 8b Abs. 3 KStG) resultieren im Wesentlichen aus steuerfreien Erträgen und Verlusten aus der Veräußerung von Beteiligungen sowie Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(36) Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten

in Mio. EUR	2014	2013
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	8,6	0,0
Erfolgswirksame Realisierungen (Umgliederungsbeträge)	-2,2	1,7
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	10,8	-1,7

(37) Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen

Aus der Fortschreibung der Equity-Buchwerte resultierten im Geschäftsjahr 2014 erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste in Höhe von -53,7 TEUR (Vorjahr Gewinne 38,0 TEUR).

(38) Steuereffekte der Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses

in Mio. EUR	2014	2013
Bewertungseffekte aus AFS-Finanzinstrumenten	8,6	0,0
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	8,6	0,0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-37,6	7,0
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	-37,6	7,0
Erfolgsneutral erfasste Erträge/Aufwendungen bei at-equity bilanzierten Unternehmen	-0,1	0,0
Steuern	0,0	0,0
Betrag nach Steuern	-0,1	0,0

Die Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses entfallen nahezu ausschließlich auf die Muttergesellschaft. Hinsichtlich der subjektiven Befreiung der IBB von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer und des hieraus resultierenden Nullausweises von Steuern auf Komponenten des sonstigen Gesamtergebnisses wird auf Angabe (18) verwiesen.

Segmentberichterstattung

(39) Erläuterung und Methodik zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der IBB basiert auf dem sogenannten „Management Approach“ nach IFRS 8, d. h. die offengelegten Segmentinformationen entsprechen den internen Kriterien der Steuerung und der Berichterstattung an den Vorstand. Die Steuerung der IBB erfolgt weiterhin nach Maßgabe der HGB-Rechnungslegung. Grundlage hierfür ist das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns und der jeweiligen Segmente.

Für die Steuerung ist dabei ausschließlich der Zinsüberschuss, als Saldo zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen, maßgebend. Um den Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird die Marktzinsmethode angewendet. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Zur Gewährleistung der Transparenz erfolgt eine Überleitung der Ergebnisbestandteile aus dem HGB-Jahresabschluss auf das IFRS-Konzernergebnis. Die Geschäftsfelder der IBB entsprechen der aktuellen Organisationsstruktur des Einzelinstituts und gliedern sich im Hinblick auf ihre Produkte und Dienstleistungen in folgende Segmente:

Immobilien- und Stadtentwicklung

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung fokussieren sich die Aktivitäten und Einzelmaßnahmen insbesondere auf die effiziente Betreuung der Bestandsvolumina sowie auf Maßnahmen der monetären Förderung landespolitischer Zielsetzungen in der Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung. Letzteres konzentriert sich dabei auf Maßnahmen der nachhaltigen Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnungsbestandes sowie auf Maßnahmen zur nachhaltigen Energieeinsparung an Gebäuden, ökologischen Neubau und Nutzung regenerativer Energie. Die Unterstützung der Wohnungswirtschaft zur Anpassung an den demografischen Wandel sowie spezielle Maßnahmen der Stadtentwicklung und die finanzkonzeptbedingte Unterstützung der Senatsverwaltungen stehen dabei genauso im Vordergrund wie Konzepte zur Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit von Wohnimmobilien zum Zweck des Erhalts sozialverträglicher Mieten.

Wirtschaftsförderung

Die Förderung der Berliner Wirtschaft wird vor allem in den definierten Clustern und Kompetenzfeldern bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) angeboten. Aufgabe der Bank ist es dabei, den von vielen Unternehmen benötigten Zugang zu Finanzierungen (Fremd-, Mezzanine- und Eigenkapital) zu erleichtern. Der Einsatz von rückzahlbaren und wiederholt einsetzbaren Finanzmitteln bei der Förderung der Berliner KMU steht im Vordergrund. Inhaltlich erfolgt eine Fokussierung auf einen stärkeren Einsatz von darlehensbasierten und revolvingierenden Förderinstrumenten bei einer gleichzeitigen Reduzierung der reinen Zuschuss-Förderung. Die Schließung von Finanzierungslücken und das Tätig werden bei Marktversagen sowie die professionelle und effiziente Abwicklung von Förderprogrammen für das Land Berlin komplettieren die Aufgaben des Segments.

Treasury

Das Segment Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB gemäß Verständigung II und beinhaltet als Hauptaufgaben die Steuerung der Liquidität sowie die Refinanzierung der IBB durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in allen Laufzeiten sowie durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt und die Inanspruchnahme von Refinanzierungsmitteln der KfW und der EIB. Das Bilanzstrukturmanagement erfolgt als umfassendes Aktiv-/Passivmanagement, Geschäftsabschlüsse werden an den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten getätigt. Durch eine intensive Marktpflegeaktivität gewährleistet die IBB die Liquidität ihrer Anleihen auf dem Sekundärmarkt und erhöht somit die Attraktivität der Titel für Investoren. Als eine mit Anstaltslast und expliziter Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin ausgestattete Förderbank verfügt die Bank über die gleiche hohe Bonität wie das Land Berlin.

Corporate Center

Das Segment Corporate Center versorgt ausschließlich die anderen operativen Segmente (Immobilien- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Treasury) des Unternehmens. Im Detail sind dies die nicht den Marktbereichen zuzuordnenden Steuerungsfunktionen der Bank (hoheitliche Funktionen). Ferner werden hier alle Bestände und Erfolge abgebildet, die nicht verursachungsgerecht den anderen Segmenten zuzuordnen sind.

Die operativen Geschäftsfelder werden anhand ihres wirtschaftlichen Ergebnisses gemessen. Dabei werden die Erträge und Aufwendungen verursachungsgerecht den jeweiligen Segmenten wie folgt zugewiesen:

- Die Aufteilung des **Gesamtzinsüberschusses** erfolgt nach periodischer Erfolgsquellenanalyse durch Anwendung der Marktzinsmethode sowie einer abschließenden Berücksichtigung von Pull to par-Effekten. Danach setzt sich der Zinsüberschuss aus den Komponenten Zinskonditionsbeitrag aus Kundengeschäften, aus Anlage- und Finanzierungserfolg (unverzinsliche Positionen) sowie aus dem Transformationsergebnis zusammen.
- Der **Berlin-Beitrag** betrifft Förderaktivitäten der IBB auf Veranlassung des Landes (Durchführung und ggf. Finanzierung bestimmter Programme, Veranstaltungen, sonstige Dienstleistungen), die nach Berücksichtigung sämtlicher für die Durchführung anfallender Kosten sowie aller dabei erwirtschafteter Erträge defizitär sind. Abrechnungstechnisch erfolgt die Aufteilung des Berlin-Beitrags in einen für die IBB zahlungswirksamen Teil und in einen durch eigene Leistungen erbrachten Teil, der sich im Wesentlichen aus nicht kostendeckenden Programmbearbeitungen zusammensetzt. Es erfolgt eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Segmente Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung und Corporate Center.
- Der **Verwaltungsaufwand** setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände zusammen. Die Zuordnung der direkten Kosten und Umlagen erfolgt auf die Segmente. Kosten für hoheitliche Aufgaben werden im Corporate Center abgebildet.
- Die **Risikovorsee**, insbesondere im Kreditgeschäft, wurde auf Basis der Einzelwertberichtigungen, der pauschalierten Einzelwertberichtigungen und der Portfoliowertberichtigung bestimmt und entsprechend den Segmenten zugeordnet.
- Das **Segmentvermögen** beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Die Segmentverbindlichkeiten, die ausschließlich dem Treasury zugeordnet werden, beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (insbesondere Land Berlin) sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbriefte Verbindlichkeiten.
- Die **Fördercost-Income-Ratio** wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und der Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den einzelnen Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

(40) Entwicklung der Segmentergebnisse

Wie die Segmentergebnisrechnung zeigt, wird der HGB-Jahresabschluss der IBB auf den IFRS-Einzelabschluss übergeleitet und nach anschließender Konsolidierung der Tochterunternehmen ein Konzernabschluss nach IFRS aufgestellt. Die Spalten „Überleitung IBB Institut HGB – IFRS“ und „konsolidierte Unternehmen/Konsolidierung“ beinhalten die Anpassungen, die für die Überleitung auf das Konzernergebnis nach IFRS notwendig sind.

Im nachfolgend dargestellten sonstigen betrieblichen Ergebnis ist, abweichend zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der liquiditätswirksam erfasste Berlin-Beitrag IBB nicht enthalten. Daneben werden die nicht liquiditätswirksamen Leistungen als sonstiger betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag IBB abgebildet. Ferner sind die Ertragsteuern im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Zum Berichtsstichtag **31. Dezember 2014** ergibt sich einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbericht- erstattung 31.12.2014 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Über- leitung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konsoli- dierte Unterneh- men/Konso- lidierung	IBB- Konzern (IFRS)
Zinsüberschuss	68,2	9,5	51,2	5,4	134,3	7,0	141,3	0,9	142,2
Provisionsüberschuss	5,6	0,8	-0,4	0,0	6,0	0,0	6,0	-0,4	5,6
Sonstiges betrieb- liches Ergebnis	-7,3	15,7	0,0	2,1	10,4	-2,1	8,4	-0,5	7,8
Summe Erträge	66,5	26,0	50,7	7,5	150,8	4,9	155,7	0,0	155,7
Verwaltungsaufwand	-36,5	-22,6	-5,6	-18,7	-83,4	-0,1	-83,5	-2,1	-85,6
Risikoversorge	3,4	-1,7	4,2	0,0	5,9	-1,4	4,5	0,0	4,5
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-13,3	-13,3	5,4	-7,9
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-14,5	-14,5	14,5	0,0	0,0	0,0
Wirtschaftliches Ergebnis	33,4	1,8	49,2	-25,7	58,8	4,6	63,4	3,3	66,7
Berlin-Beitrag IBB	-2,9	-27,4	0,0	-2,6	-32,9	3,6	-29,3	0,0	-29,3
Jahresüberschuss	30,5	-25,6	49,2	-28,3	25,9	8,2	34,1	3,3	37,3
Fördercost-Income- Ratio	54,9 %	86,6 %	11,1 %	249,2 %	55,3 %	k. A.	53,6 %	k. A.	55,0 %
Segmentvermögen	11.053	2.830	6.302	-37	20.148	625	20.773	8	20.781
Segmentverbindlich- keiten	31	139	18.790	1.189	20.148	625	20.773	8	20.781
Allokiertes Kapital	188	66	147	252	652	239	891	10	901

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2014 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (-13,3 Mio. EUR). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (11,5 Mio. EUR), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (-27,2 Mio. EUR), das Ergebnis aus Finanzanlagen (-0,1 Mio. EUR) sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (2,5 Mio. EUR). Der Überleitungseffekt bei der Risikoversorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (-4,3 Mio. EUR) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (2,9 Mio. EUR).

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2013 ergibt sich folgende Entwicklung in den Segmenten:

Segmentbericht- erstattung 31.12.2013 in Mio. EUR	Immo- bilien-/ Stadtent- wicklung	Wirt- schafts- förderung	Treasury	Corporate Center	IBB Institut (HGB)	Über- leitung IBB Institut HGB – IFRS	IBB Institut (IFRS)	konsoli- dierte Unterneh- men/Konso- lidierung	IBB- Konzern (IFRS)
Zinsüberschuss	69,5	8,5	54,7	9,0	141,8	8,1	149,8	1,4	151,3
Provisionsüberschuss	7,8	0,9	-0,4	0,0	8,3	0,0	8,3	-0,4	7,9
Sonstiges betrieb- liches Ergebnis	-7,9	15,2	0,0	0,9	8,1	-0,3	7,9	-0,1	7,8
Summe Erträge	69,4	24,6	54,3	9,9	158,1	7,8	165,9	0,9	166,9
Verwaltungsaufwand	-36,6	-23,9	-5,4	-12,1	-78,0	2,3	-75,7	-3,4	-79,1
Risikovorsorge	7,0	-3,5	2,8	-18,0	-11,6	9,9	-1,7	2,4	0,6
Bewertungseffekte nach IFRS	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	171,3	171,3	7,7	179,1
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5	0,4	-0,1	0,0	-0,1
Wirtschaftliches Ergebnis	39,8	-2,8	51,7	-20,7	68,0	191,7	259,6	7,7	267,3
Berlin-Beitrag IBB	-0,9	-27,7	0,0	-2,5	-31,1	2,1	-29,0	0,6	-28,4
Jahresüberschuss	38,9	-30,5	51,7	-23,2	36,9	193,8	230,7	8,2	238,9

Fördercost-Income- Ratio	52,8 %	97,5 %	10,0 %	121,7 %	49,3 %	k. A.	45,6 %	k. A.	47,3 %
Segmentvermögen	11.651	2.896	5.934	-14	20.466	192	20.659	-16	20.643
Segmentverbindlich- keiten	30	120	19.117	1.199	20.466	192	20.659	-16	20.643
Allokiertes Kapital	195	61	79	317	652	276	928	11	939
Eigenkapitalrendite inkl. Berlin-Beitrag IBB	21,2 %	-4,9 %	58,8 %	-7,4 %	11,1 %	k. A.	29,4 %	k. A.	29,9 %

Überleitungseffekte von HGB auf IFRS auf Ebene der IBB ergaben sich im Geschäftsjahr 2013 insbesondere durch Bewertungseffekte nach IFRS (171,3 Mio. EUR) und Abweichungen bei der Risikovorsorge (9,9 Mio. EUR). Die Bewertungseffekte nach IFRS enthalten das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten (105,7 Mio. EUR), von zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (66,7 Mio. EUR) und das Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen (-1,1 Mio. EUR). Der Überleitungseffekt bei der Risikovorsorge beinhaltet das Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren nach HGB (-3,0 Mio. EUR) sowie abweichende Ergebnisentwicklungen/-zuordnungen bei den Einzelwertberichtigungen (12,9 Mio. EUR).

Erläuterungen zur Bilanz

(41) Barreserve

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Barreserve	21,2	24,3
Kassenbestand	0,0	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	21,2	24,3
davon: bei der Deutschen Bundesbank	21,2	24,3

Die Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende 19,5 Mio. EUR (Vorjahr 14,4 Mio. EUR).

(42) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Forderungen	300,2	93,5
Tagesgelder	16,1	3,8
Sonstige täglich fällige Forderungen	284,1	89,6
Andere Forderungen	1.762,8	1.180,3
Termingelder	1.061,7	496,0
Kredite und Darlehen	701,1	684,3
Gesamt	2.063,0	1.273,8
davon: Forderungen an ausländische Kreditinstitute	1.055,2	460,4
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	605,3	635,2

(43) Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Kapitalmarktgeschäft	498,9	563,1
Tages- und Termingelder	70,2	134,4
Schuldscheindarlehen	428,7	428,7
Immobilienförderung	10.302,9	10.884,3
Wirtschaftsförderung	2.147,7	2.057,6
Andere Forderungen	331,4	387,9
Gesamt	13.280,8	13.892,9
davon: Forderungen an ausländische Kunden	56,2	66,8
davon: Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	11.780,3	12.596,0

(44) Wertberichtigungen auf Forderungen

Wertberichtigungen auf Forderungen werden auf der Aktivseite der Bilanz als gesonderter Posten ausgewiesen. Sie betreffen ausschließlich Finanzinstrumente der Kategorie LAR.

Des Weiteren bestehen für Kreditrisiken Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien. Erläuterungen hierzu erfolgen in den Angaben (57), (6) und (59).

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2013	0,0	1,3	1,3
Zuführungen	0,0	1,7	1,7
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	0,0	0,0
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2013	0,0	2,9	2,9
Zuführungen	0,0	0,1	0,1
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	0,0	2,1	2,1
Unwinding	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2014	0,0	1,0	1,0

Die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Einzelwert- berichtigungen	Portfoliowert- berichtigungen	Gesamt
Stand 01.01.2013	32,2	18,0	50,2
Zuführungen	7,3	0,6	7,9
Verbrauch	2,0	0,0	2,0
Auflösungen	5,8	5,1	10,9
Unwinding	5,1	0,0	5,1
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2013	26,6	13,4	40,0
Zuführungen	10,3	1,5	11,8
Verbrauch	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	5,7	0,5	6,3
Unwinding	5,1	0,0	5,1
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2014	26,0	14,5	40,4

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im Geschäftsjahr 2014 Zinserträge in Höhe von 3,6 Mio. EUR (Vorjahr 4,3 Mio. EUR) nicht vereinnahmt.

(45) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte

Die erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Vermögenswerte enthalten neben Wertpapieren, Forderungen und Beteiligungsportfolien der Kategorie der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (FVO) die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	835,1	602,4
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.861,6	2.793,2
Forderungen an Kunden	122,9	268,7
Schuldscheindarlehen	119,2	264,9
Stille Beteiligungen	3,7	3,8
Finanzanlagen	2.738,8	2.524,4
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.665,9	2.466,9
Venture Capital Beteiligungen	72,9	57,5
Gesamt	3.696,7	3.395,5
davon: Bestand mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	3.169,0	3.145,3

Die Venture Capital Beteiligungen teilen sich wie folgt auf die einzelnen VC-Gesellschaften auf:

in Mio. EUR	VC Fonds Berlin GmbH	VC Fonds Kreativwirtschaft GmbH	VC Fonds Technologie GmbH
Venture Capital Beteiligungen	18,1	18,6	36,2

Die Anleihen und Schuldverschreibungen stammen in Höhe von 1.079,8 Mio. EUR (Vorjahr 1.097,3 Mio. EUR) von öffentlichen Emittenten.

(46) Finanzanlagen

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.701,8	2.040,8
Geldmarktpapiere	34,9	10,0
von öffentlichen Emittenten	0,0	0,0
von anderen Emittenten	34,9	10,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.666,9	2.030,8
von öffentlichen Emittenten	132,0	203,5
von anderen Emittenten	1.534,8	1.827,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,2	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1
Beteiligungen	1,7	1,1
Gesamt	1.703,8	2.042,0
davon: Finanzanlagen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.234,0	1.187,0

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig bzw. börsennotiert:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	1.701,8	2.040,8
Börsennotierte Wertpapiere	1.676,9	2.040,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähige Wertpapiere	0,0	0,0
Börsennotierte Wertpapiere	0,0	0,0

Die ausgewiesenen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen betreffen die IBB Business Team GmbH, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste Finanzinformationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2013 nach HGB. Die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2014 lagen noch nicht vor.

in TEUR	31.12.2013	31.12.2012
Aggregierter Buchwert	53,8	53,8
Anteiliger aggregierter Betrag an den Posten:		
Gewinn/Verlust auf fortzuführenden Geschäftsbereichen	171,5	70,9
Gewinn/Verlust nach Steuern auf aufgegebenen Geschäftsbereichen	0,0	0,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0
Gesamtergebnis	171,5	70,9

(47) Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	0,7	0,7

Der Ausweis beinhaltet die Anteile an den assoziierten Unternehmen, die für den Konzern wesentlich sind und die nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH bietet Beratung und Betreuung sowie Maßnahmen zur Förderung der Internationalisierung, des Exports der Berliner Wirtschaft sowie des Wissens- und Technologietransfers für in Berlin ansässige oder anzusiedelnde Unternehmen.

Die Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin) versteht sich als Service-Agentur für Kongress- und Touristik-Partner in Berlin und ist aktiver Informationsbroker. Neben der Vermarktung der Hauptstadt als Kongressmetropole betreibt die Gesellschaft auch die Berlin Tourist Infos, die Besuchern das komplette touristische Leistungsspektrum Berlins vermitteln.

Die folgende Tabelle enthält Finanzinformationen für die wesentlichen assoziierten Unternehmen:

in Mio. EUR	Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH		Berlin Tourismus & Kongress GmbH	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Bilanz				
Vermögenswerte	11,02	10,50	7,51	9,21
Kurzfristig	1,24	1,25	2,24	3,15
Langfristig	9,78	9,26	5,27	6,07
Verbindlichkeiten	9,41	8,90	6,75	8,42
Kurzfristig	0,00	0,00	0,80	1,10
Langfristig	9,41	8,90	5,95	7,32
Nettovermögen	1,61	1,61	0,76	0,79
Gewinn- und Verlustrechnung				
	2014	2013	2014	2013
Erträge	23,64	21,68	20,01	19,44
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	0,17	-0,30	-0,03	-0,01
Gewinn/Verlust nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstiges Ergebnis	-0,17	0,12	0,00	0,00
Gesamtergebnis	0,00	-0,18	-0,03	-0,01
Erhaltene Dividenden	0,00	0,00	0,00	0,00

Überleitung zum at-equity Buchwert	2014	2013	2014	2013
Nettovermögen 01.01.	1,61	1,41	0,79	0,80
Jahresergebnis der Periode	0,17	-0,30	-0,03	-0,01
Sonstiges Ergebnis	-0,17	0,12	0,00	0,00
Sonstige erfolgsneutrale Kapitalmaßnahmen	0,00	0,37	0,00	0,00
Gezahlte Dividenden	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettovermögen 31.12.	1,61	1,61	0,76	0,79
Anteil IBB in %	31,51%	31,51%	25,00%	25,00%
Anteil IBB in Mio. EUR	0,51	0,51	0,19	0,20
At-equity Buchwert 31.12.	0,51	0,51	0,19	0,20

(48) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Software	1,6	0,8
Erworben	1,6	0,4
Selbst erstellt	0,0	0,4
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	0,0	0,5
Gesamt	1,6	1,3

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2013 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Software erworben	Software selbst erstellt	Sonstige IVG	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten Stand zum 01.01.2013	25,9	3,4	0,8	30,1
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zugänge	0,3	0,0	0,2	0,5
Abgänge	0,3	0,0	0,5	0,8
Stand zum 31.12.2013	25,8	3,4	0,5	29,8
Abschreibungen und Wertaufholungen Stand zum 01.01.2013	25,4	2,3	0,3	28,0
Planmäßige Abschreibungen	0,3	0,7	0,0	1,0
Abgänge	0,3	0,0	0,2	0,6
Stand zum 31.12.2013	25,4	3,0	0,0	28,5
Buchwert zum 31.12.2013	0,4	0,4	0,5	1,3

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2014 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Software erworben	Software selbst erstellt	Sonstige IVG	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten Stand zum 01.01.2014	25,8	3,4	0,5	29,8
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	-0,5	-0,5
Zugänge	1,7	0,0	0,0	1,7
Abgänge	0,8	0,0	0,0	0,8
Stand zum 31.12.2014	26,7	3,4	0,0	30,2
Abschreibungen und Wertaufholungen Stand zum 01.01.2014	25,4	3,0	0,0	28,5
Planmäßige Abschreibungen	0,5	0,4	0,0	0,9
Abgänge	0,8	0,0	0,0	0,8
Stand zum 31.12.2014	25,1	3,4	0,0	28,5
Buchwert zum 31.12.2014	1,6	0,0	0,0	1,6

(49) Sachanlagen

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Sachanlagen	49,1	49,6
Grundstücke und Gebäude	46,0	46,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,2	3,4

Die Entwicklung der Sachanlagen 2013 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten Stand zum 01.01.2013	49,0	13,6	62,6
Zugänge	0,2	1,0	1,2
Umbuchungen	0,1	-0,1	0,0
Abgänge	0,0	1,3	1,3
Stand zum 31.12.2013	49,4	13,1	62,5
Abschreibungen und Wertaufholungen Stand zum 01.01.2013	2,7	9,9	12,6
planmäßige Abschreibungen	0,5	1,0	1,6
Abgänge	0,0	1,2	1,2
Stand zum 31.12.2013	3,2	9,7	12,9
Buchwert zum 31.12.2013	46,2	3,4	49,6

Die Entwicklung der Sachanlagen 2014 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand zum 01.01.2014	49,4	13,1	62,5
Zugänge	0,3	0,8	1,2
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,4	0,4
Stand zum 31.12.2014	49,7	13,6	63,3
Abschreibungen und Wertaufholungen			
Stand zum 01.01.2014	3,2	9,7	12,9
planmäßige Abschreibungen	0,5	1,1	1,6
Abgänge	0,0	0,4	0,4
Stand zum 31.12.2014	3,7	10,4	14,1
Buchwert 31.12.2014	46,0	3,2	49,1

(50) Ertragsteueransprüche

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Ertragsteueransprüche	2,4	2,7
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0,2	0,3
Latente Ertragsteueransprüche	2,1	2,4

Die latenten Ertragsteueransprüche ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von latenten Steuern auf körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Verlustvorträge der Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH (IGSW) in Höhe von 7,0 Mio. EUR (Vorjahr 7,8 Mio. EUR) auf Basis der Planung des bis zum Jahr 2022 zu versteuernden Einkommens. Grundlage der Planung ist das von der IBB-Holding GmbH der IGSW gewährte Gesellschafterdarlehen, für das ein jährlicher Forderungsverzicht von 1,0 Mio. EUR vereinbart wurde.

Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für die folgenden steuerlichen Verlustvorträge der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter-gesellschaften wurden keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Körperschaftsteuer	75,0	74,5
Gewerbsteuer	62,9	65,5
Gesamt	137,9	140,0

(51) Sonstige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige Aktiva	3,2	2,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	0,9	0,8
Sonstige Steueransprüche (außer Ertragsteuern)	0,1	0,0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	2,4	2,6
Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva	-0,2	-0,5

Die ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	27,6	85,6
Tagesgelder	0,0	56,7
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	27,6	28,9
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.434,3	2.879,6
Termingelder	1.185,5	1.274,9
Schuldscheindarlehen	382,7	433,2
Offenmarktgeschäfte	0,0	420,0
Zweckgebundene Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau	590,9	561,4
Sonstige	275,2	190,2
Gesamt	2.461,9	2.965,2
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	342,6	433,0
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	1.120,6	1.020,6

Die zweckgebundenen Mittel dienen der Refinanzierung von Darlehen, die von der IBB an Endkreditnehmer weitergeleitet wurden.

(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	636,2	499,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	83,2	209,3
Tagesgelder	551,0	286,3
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	2,0	4,3
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.219,1	6.250,6
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	4.037,1	4.274,1
Namensschuldverschreibungen	1.107,0	994,3
Schuldscheindarlehen	277,9	258,1
Termingelder	797,1	724,1
Gesamt	6.855,3	6.750,6
davon: Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	450,0	250,0
davon: Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	5.225,5	5.407,8

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin enthalten im Wesentlichen die im Rahmen der erhaltenen Deckungsmittelzusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel. Der Anspruch auf Zuweisung der Mittel resultiert aus § 6 Abs. 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin.

Die Ermittlung der dem Land Berlin aus den finanzierten Programmen zustehenden Tilgungs- und Zinsbeträge erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 des Grundvertrags mit dem Land Berlin. Dabei wird als Maßstab für die Aufteilung der vereinnahmten Zins- und Tilgungsleistungen das Verhältnis der in der langfristigen Wohnungsbauförderung eingesetzten Darlehensmittel des Landes Berlin und der IBB zu Beginn des Geschäftsjahres zugrunde gelegt. In die Betrachtung werden Ausleihungen aus dem BerlinFG-Geschäft und am Kapitalmarkt refinanzierte Darlehen nicht einbezogen. Nach Berechnung der IBB beträgt der Anteil des Landes Berlin für das Jahr 2014 86,68 % (Vorjahr 87,78 %).

In der Abrechnung mit dem Land Berlin sind auch Mittel enthalten, die nicht unter den Grundvertrag fallen. Diese Mittel (38,3 Mio. EUR, Vorjahr 40,4 Mio. EUR) beziehen sich auf Darlehen mit einem Landesanteil von 100 %.

(54) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.187,0	5.989,6
Inhaberschuldverschreibungen	6.187,0	5.989,6
Gesamt	6.187,0	5.989,6
davon: Verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	4.734,8	4.131,0

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Inhaberschuldverschreibungen mit einem Nominalvolumen von 2,4 Mrd. EUR in der Kategorie LAC emittiert. Dem standen Endfälligkeiten in Höhe von 2,2 Mrd. EUR gegenüber.

(55) Negative Marktwerte Hedge-Derivate

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte Hedge-Derivate	178,3	0,0
davon: Hedge-Derivate mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	162,6	0,0

(56) Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterategorie HfT)	837,6	650,1
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	3.147,6	3.192,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	871,6	882,2
Schuldscheindarlehen	673,8	666,4
Namensschuldverschreibungen	197,9	215,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.102,6	1.063,2
Schuldscheindarlehen	209,5	279,3
Namensschuldverschreibungen	893,1	783,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.173,5	1.247,4
Gesamt	3.985,2	3.842,9
davon: Verpflichtungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	2.856,3	3.537,5

(56) Rückstellungen

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen	148,7	107,8
Andere Rückstellungen	93,1	86,1
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,3	0,4
Rückstellungen im Personalbereich	15,2	17,8
Rückstellungen Berlin-Beitrag der IBB	8,9	9,0
Sonstige Rückstellungen	68,7	58,9
Gesamt	241,8	193,8

(a) Rückstellungen für Pensionen

Fondsfinanzierte Pensionsverpflichtungen bestehen im Konzern nicht. Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen liegen nicht vor.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. EUR	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2013	111,3
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,2
Zinsaufwand	3,6
Laufender Dienstzeitaufwand	3,1
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	8,3
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-1,4
Stand zum 31.12.2013	107,8

in Mio. EUR	Pensionsverpflichtungen
Stand zum 01.01.2014	107,8
Gezahlte Versorgungsleistungen	3,4
Zinsaufwand	4,0
Laufender Dienstzeitaufwand	2,7
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne	
aus Änderung der ökonomischen Annahmen	-37,5
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-0,1
Stand zum 31.12.2014	148,7

Bei den Direktzusagen der IBB handelt es sich um Rentenzusagen, bei denen das Risiko besteht, dass die tatsächliche Sterblichkeit des Bestandes von den Rechnungsannahmen abweicht (Langlebensrisiko). Zum besseren Verständnis des Risikos wurde der Parameter Sterblichkeit variiert. Weiterhin besteht bei den Zusagen, die nicht von der jährlichen 1%-Anpassungsgarantie erfasst sind, das Risiko, dass die Rentenanpassung gemäß § 16 BetrAVG vom berücksichtigten Rententrend abweicht.

Die folgende Tabelle enthält Sensitivitätsbetrachtungen der bilanzierten Pensionsverpflichtung hinsichtlich der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen (siehe Angabe (21)) zum Ende der Berichtsperiode. Die Berechnungen basieren auf einer Änderung einer der genannten versicherungsmathematischen Annahmen um den angegebenen Wert, während alle anderen Parameter jeweils konstant gehalten wurden.

in % / in Mio. EUR	Änderung des Parameters um	Auswirkungen auf die Pensionsverpflichtung bei			
		Erhöhung des Parameters		Reduzierung des Parameters	
		%	absolut	%	absolut
Rechnungszins	0,5 %-Punkte	-9,64	-14,3	11,22	16,7
Gehaltstrend	0,5 %-Punkte	0,95	1,4	-0,84	-1,2
Rententrend	0,5 %-Punkte	4,54	6,8	-4,11	-6,1
Sterblichkeit		–	–	3,17	4,7

Die dargestellte Variation des Parameters Sterblichkeit stellt die Auswirkungen einer Erhöhung der Lebenserwartung bei Rentenbeginn um ein Jahr dar.

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit (Duration) der bilanzierten Pensionsverpflichtung beträgt 21,2 Jahre (Vorjahr 18,9 Jahre).

In den kommenden 10 Jahren werden Leistungszahlungen in voraussichtlich folgender Höhe fällig:

in Mio. EUR									
2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
3,2	3,4	3,6	3,7	4,0	4,1	4,3	4,7	4,8	5,2

(b) andere Rückstellungen

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2013 stellte sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Rück- stellungen im Kreditge- schäft	Rück- stellungen im Personal- bereich	Rück- stellungen Berlin- Beitrag der IBB	Sonstige	Gesamt
Stand zum 01.01.2013	0,2	21,2	9,3	63,9	94,6
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	4,0	8,8	5,4	18,3
Auflösung	0,0	0,0	0,1	1,5	1,6
Aufzinsung	0,0	0,3	0,0	-0,6	-0,3
Zuführung	0,2	0,2	8,6	2,6	11,6
Stand zum 31.12.2013	0,4	17,8	9,0	58,9	86,1

Die Entwicklung der anderen Rückstellungen in 2014 stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Rück- stellungen im Kreditge- schäft	Rück- stellungen im Personal- bereich	Rück- stellungen Berlin- Beitrag der IBB	Sonstige	Gesamt
Stand zum 01.01.2014	0,4	17,8	9,0	58,9	86,1
Konzernkreisveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3
Verbrauch	0,0	4,1	8,4	1,3	13,8
Auflösung	0,1	0,0	0,2	1,8	2,2
Aufzinsung	0,0	0,3	0,0	2,4	2,7
Zuführung	0,0	1,3	8,5	10,3	20,1
Stand zum 31.12.2014	0,3	15,2	8,9	68,7	93,1

Von den anderen Rückstellungen weisen Bestände in Höhe von 66,7 Mio. EUR (Vorjahr 62,7 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von voraussichtlich mehr als einem Jahr auf.

Die Rückstellungen im Personalbereich betreffen Vorruhestands-, Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen.

Die Rückstellungen für den Berlin-Beitrag der IBB betreffen im Wesentlichen von der IBB vorbehaltlich der Einhaltung förderrechtlicher Auflagen zugesagte Förderleistungen.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen mit 45,3 Mio. EUR (Vorjahr 42,1 Mio. EUR) auf erfolgsabhängig rückzahlbare Zuwendungen des Landes Berlin im Zusammenhang mit der Kapitalausstattung der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH. Die Rückzahlung erfolgt bei Abrechnung der Fonds am Ende der Laufzeit des jeweiligen Zuwendungsvertrags (2014 bzw. 2018), wobei die Verträge um 2 bzw. 3 Jahre verlängert werden können. Das Restkapital ist im Verhältnis der EFRE-Mittel zu den IBB-Eigenmitteln am Abrechnungstichtag zwischen dem Land Berlin und der IBB aufzuteilen. Daneben sind Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von 2,1 Mio. EUR (Vorjahr 2,0 Mio. EUR) enthalten. Darüber hinaus sind Rückstellungen für sonstige gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen des Konzerns gebildet, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden.

(58) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Ertragsteuerverpflichtungen	2,4	2,8
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	0,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	2,4	2,7

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Zuschreibung im Rahmen der Schuldenkonsolidierung des von der IBB-Holding GmbH der Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH gewährten Gesellschafterdarlehens in Höhe von 7,9 Mio. EUR (Vorjahr 8,9 Mio. EUR).

(59) Sonstige Passiva

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige Passiva	46,7	46,8
Abgegrenzte Schulden	11,2	8,6
Sonstige Steuerverpflichtungen (außer Ertragsteuern)	0,9	0,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,9	0,6
Sonstige übrige Passiva	33,7	36,8
Gesamt	46,7	46,8
davon: Passiva mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr	29,0	30,0

Die Angabe der Nominalwerte für die abgegebenen Finanzgarantien ist nachrichtlich unter Punkt (72) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen dargestellt.

(60) Eigenkapital

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Eigenkapital des Eigentümers des Mutterunternehmens	825,6	853,9
Grundkapital	300,0	300,0
Kapitalrücklage	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	601,4	639,0
Zweckrücklage	323,2	323,2
Andere Gewinnrücklagen	278,2	315,8
Neubewertungsrücklage	15,1	6,4
Konzernbilanzverlust	-90,8	-91,5
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	-3,1	-2,8
Gesamt	822,5	851,1

Das **Grundkapital** der IBB beträgt gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung 300,0 Mio. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird vollständig vom Land Berlin gehalten.

Die **Zweckrücklage** ist gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung für die Finanzierung von Aufgaben der IBB zu verwenden. Der handelsrechtliche Jahresüberschuss des Instituts IBB ist gemäß § 19 der Satzung der Zweckrücklage zuzuführen, sofern nicht der Senat von Berlin anderweitig beschließt.

Der nach nationaler Rechnungslegung ausgewiesene handelsrechtliche Bilanzgewinn des Instituts IBB zum 31. Dezember 2013 (36,9 Mio. EUR) wurde im Berichtsjahr in voller Höhe an das Land Berlin ausgeschüttet.

Die **anderen Gewinnrücklagen** beinhalten kumulierte versicherungsmathematische Verluste gemäß IAS 19.120(c) in Höhe von -66,5 Mio. EUR (Vorjahr -28,9 Mio. EUR) sowie die Effekte aus der erstmaligen Anwendung der IFRS, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie AFS, in Höhe von 344,5 Mio. EUR (Vorjahr 344,5 Mio. EUR).

Die **Neubewertungsrücklage** enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS. Eine erfolgswirksame Erfassung erfolgt erst bei Abgang der Finanzinstrumente oder bei Vorliegen eines Impairments.

Nicht beherrschende Anteile werden gemäß IFRS 10.B94 ausgewiesen, obwohl die auf nicht beherrschende Anteile entfallenden Verluste deren Anteil am Eigenkapital übersteigen. Der übersteigende Betrag aus Vorjahren bis einschließlich 2009 (2,4 Mio. EUR) wird weiterhin im Konzernbilanzgewinn/-verlust ausgewiesen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(61) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte) hat der Konzern Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Pension gegeben. Dafür werden standardisierte Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, verwendet. Die Chancen und Risiken aus den Finanzinstrumenten verbleiben bei der IBB. Zusätzlich besteht ein Kontrahentenrisiko für das Recht auf die Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Dieses Risiko ist durch Sicherheitsleistungen in Form von Bargeld und Wertpapieren, die täglich aktualisiert werden, abgedeckt.

Die Finanzinstrumente werden nicht ausgebucht und sind in der Bilanz in den Posten Finanzanlagen bzw. erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte enthalten. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Wertpapiere stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Wertpapierpensionsgeschäfte	815,0	537,6
Finanzanlagen (AFS)	156,6	110,2
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	658,3	427,4

Die Buchwerte der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften betragen 820,5 Mio. EUR (Vorjahr 549,7 Mio. EUR) und werden im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. gegenüber Kunden ausgewiesen. Die Buchwerte entsprechen dem Fair Value. Die sich ergebende Nettoposition beträgt -5,5 Mio. EUR (Vorjahr -12,1 Mio. EUR).

Zur Absicherung der Nettoposition hat der Konzern Barsicherheiten von 0,6 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR) sowie Wertpapiersicherheiten mit einem Marktwert von 3,3 Mio. EUR (Vorjahr 2,6 Mio. EUR) erhalten. Darüber hinaus hat der Konzern Wertpapiersicherheiten mit einem Marktwert von 0,4 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR) gestellt.

Die Verbindlichkeiten sowie die erhaltenen Sicherheiten dienen als Sicherheit für das Kontrahentenrisiko der Rückübertragung der übertragenen Finanzinstrumente. Während des Übertragungszeitraums hat die IBB keine Verfügungsgewalt über die Finanzinstrumente.

Im Konzern wurden zum Stichtag 31. Dezember 2014 keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften in Pension genommen (Reverse-Repo-Geschäfte).

(62) Sicherungsleistungen

a) gestellte Sicherheiten

Für die Besicherung von Kreditgeschäften mit Notenbanken wurden folgende Sicherheiten gestellt:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Sicherungsleistungen	3.511,3	3.904,3
Forderungen an Kunden	548,3	419,8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	1.672,5	1.872,9
Finanzanlagen	1.290,4	1.611,7

Hierbei handelt es sich um verpfändete Wertpapiere sowie um Schuldscheindarlehen und Kreditforderungen, die im Rahmen des Krediteinreichungsverfahrens (KEV) an die Deutsche Bundesbank abgetreten wurden.

Die gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Offenmarktgeschäften mit dem ESZB im Rahmen des sogenannten Poolverfahrens. Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern Verbindlichkeiten aus Offenmarktgeschäften von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr 420,0 Mio. EUR).

Wertpapiere mit einem Buchwert von 135,2 Mio. EUR dienten als Sicherheit für eine Einlage der Deutschen Bundesbank mit einem Buchwert von 120,0 Mio. EUR.

Für derivative Geschäfte mit Kontrahenten, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht, hat der Konzern zum Bilanzstichtag Barsicherheiten von 278,1 Mio. EUR (Vorjahr 87,2 Mio. EUR) gestellt.

Der Konzern hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Verbindlichkeiten aus gedeckten Schuldverschreibungen.

b) erhaltene Sicherheiten, für die auch ohne Zahlungsverzug keine Verfügungs- und Verwertungsbeschränkungen bestehen

Bezüglich der im Zusammenhang mit Wertpapierpensionsgeschäften erhaltenen Sicherheiten verweisen wir auf die Angaben zu den Wertpapierpensionsgeschäften (61).

Im Rahmen von derivativen Geschäften mit Kontrahenten, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht, hat der Konzern zum Bilanzstichtag Barsicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 26,8 Mio. EUR (Vorjahr 28,8 Mio. EUR) erhalten.

(63) Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn zum gegenwertigen Zeitpunkt ein Rechtsanspruch darauf besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und die Absicht besteht, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Nachfolgend sind sowohl die bilanzierten Finanzinstrumente dargestellt, die zum Bilanzstichtag saldiert wurden, als auch Finanzinstrumente, die einer rechtlich durchsetzbaren Globalverrechnungsvereinbarung unterliegen, unabhängig davon, ob die betreffenden Finanzinstrumente in der Bilanz tatsächlich saldiert wurden. Im Konzern gebräuchliche Rahmenverträge für OTC-Geschäfte sind der Rahmenvertrag für Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos), der Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (DRV) sowie der ISDA Rahmenvertrag für Swaps. Diese sehen eine Verrechnung

der gegenseitigen Ansprüche und Verpflichtungen nur im Fall der auf bestimmten Ereignissen beruhenden Kündigung sämtlicher Einzelgeschäfte unter einem Rahmenvertrag vor und berechtigen daher nicht zu einer Saldierung der bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Darüber hinaus ist in der Tabelle der Fair Value der in diesem Zusammenhang erhaltenen beziehungsweise gestellten Sicherheiten angegeben. Diese umfassen sowohl Barsicherheiten als auch als Sicherheiten erhaltene beziehungsweise gestellte Finanzinstrumente.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per 31. Dezember 2014:

AKTIVA

in Mio. EUR	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	835,1	0,0	835,1
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	835,1	0,0	835,1
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	-598,7	0,0	-598,7
Erhaltene Finanzsicherheiten	-26,8	0,0	-26,8
Nettobetrag	209,6	0,0	209,6

PASSIVA

in Mio. EUR	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten	1.015,9	821,0	1.836,9
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	1.015,9	821,0	1.836,9
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	-598,7	0,0	-598,7
Gestellte Finanzsicherheiten	-278,1	-815,3	-1.093,4
Nettobetrag	139,1	5,7	144,8

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zur Saldierung per 31. Dezember 2013:

AKTIVA

in Mio. EUR	Derivate	Reverse Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Vermögenswerte	602,4	0,0	602,4
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	602,4	0,0	602,4
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Passiv)	-367,5	0,0	-367,5
Erhaltene Finanzsicherheiten	-28,8	0,0	-28,8
Nettobetrag	206,0	0,0	206,0

PASSIVA

in Mio. EUR	Derivate	Repos	Gesamt
Bruttobetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten	650,1	549,7	1.199,8
Betrag der saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	0,0	0,0	0,0
Bilanzierter Nettobetrag	650,1	549,7	1.199,8
Betrag der nicht saldierten bilanzierten Finanzinstrumente (Aktiv)	-367,5	0,0	-367,5
Gestellte Finanzsicherheiten	-87,2	-539,0	-626,2
Nettobetrag	195,4	10,7	206,1

(64) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzposten sind nachrangige Vermögenswerte in folgender Höhe enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Nachrangige Vermögenswerte	1.405,5	1.536,5
Forderungen an Kunden	1.403,3	1.535,1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	2,2	1,4

Bei den in den Forderungen an Kunden enthaltenen nachrangigen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Erklärungen nach § 88 Abs. 3 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes.

(65) Derivative Geschäfte

Derivative Finanzinstrumente werden im IBB-Konzern ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich nach Produkten wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Zinsswaps	16.303,4	16.060,5	835,1	602,4	1.015,9	650,1
FRAs	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Caps/Floors	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	16.303,4	16.060,5	835,1	602,4	1.015,9	650,1

Nach Kontrahenten ergibt sich folgende Aufgliederung:

in Mio. EUR	Nominalwert		positive Marktwerte		negative Marktwerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Banken OECD	15.897,7	15.617,1	799,0	565,7	997,4	633,8
Öffentliche Stellen OECD	200,0	200,0	19,4	16,7	18,6	16,3
Sonstige Kontrahenten	205,7	243,4	16,7	19,9	0,0	0,0
Gesamt	16.303,4	16.060,5	835,1	602,4	1.015,9	650,1

Die Gliederung nach Restlaufzeiten ergibt folgendes Bild:

in Mio. EUR	Nominalwert	
	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	294,9	506,9
3 Monate bis 1 Jahr	2.469,8	1.219,4
1 Jahr bis 5 Jahre	7.151,6	8.075,6
über 5 Jahre	6.387,1	6.258,7
Gesamt	16.303,4	16.060,5

(66) Zeit- und Buchwerte nach Klassen und Bewertungskategorien

Der Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Schuld begleichen.

Der folgenden Tabelle sind die Buch- und Zeitwerte der Finanzinstrumente zu entnehmen. Die Gliederung erfolgt entsprechend der Bewertungskategorien gemäß IAS 39 und auf der zweiten Ebene anhand der jeweiligen Bilanzposten. Bei der Buchwertangabe zu den Forderungen an Kunden und den Forderungen an Kreditinstitute wurden die Wertberichtigungen gekürzt.

in Mio. EUR	31.12.2014		31.12.2013	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
AKTIVA				
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	3.696,7	3.696,7	3.395,5	3.395,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	835,1	835,1	602,4	602,4
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	2.861,6	2.861,6	2.793,2	2.793,2
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	122,9	122,9	268,7	268,7
Finanzanlagen	2.738,8	2.738,8	2.524,4	2.524,4
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.665,9	2.665,9	2.466,9	2.466,9
Beteiligungsportfolios	72,9	72,9	57,5	57,5
Kredite und Forderungen (LAR)	15.957,1	15.367,2	15.317,3	15.150,2
Barreserve	21,2	21,2	24,3	24,3
Forderungen an Kreditinstitute	2.078,0	2.063,0	1.253,5	1.273,8
Forderungen an Kunden	13.855,8	13.280,8	14.037,4	13.850,0
Sonstige Aktiva	2,1	2,1	2,2	2,2
Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	1.703,8	1.703,8	2.042,0	2.042,0
Finanzanlagen	1.703,8	1.703,8	2.042,0	2.042,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.701,8	1.701,8	2.040,8	2.040,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,2	0,2	0,1	0,1
Beteiligungen	1,7	1,7	1,1	1,1
Sonstige Aktiva	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	21.357,6	20.767,6	20.754,9	20.587,8

in Mio. EUR	31.12.2014		31.12.2013	
	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
PASSIVA				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	15.363,8	15.520,5	14.398,4	15.718,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.490,1	2.461,9	2.971,1	2.965,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.624,0	6.855,3	5.407,6	6.750,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.233,4	6.187,0	6.006,3	5.989,6
Sonstige Passiva	16,3	16,3	13,4	13,4
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (LFV)	4.163,6	4.163,6	3.842,9	3.842,9
Negative Marktwerte aus Hedge-Derivaten (Unterkategorie HfT)	178,3	178,3	0,0	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	837,6	837,6	650,1	650,1
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)	3.147,6	3.147,6	3.192,8	3.192,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	871,6	871,6	882,2	882,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.102,6	1.102,6	1.063,2	1.063,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.173,5	1.173,5	1.247,4	1.247,4
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0
GESAMT	19.527,4	19.684,1	18.241,3	19.561,7

Die Fair Values bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fällt etwa die Barreserve. Bei den übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten Cashflows mit aktuellen Zinssätzen unter Berücksichtigung der jeweiligen Credit Spreads auf den Barwert diskontiert.

Für die an Börsen gehandelten Wertpapiere sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen.

Unter den Forderungen an Kunden werden Aufwendungsdarlehen mit einem Buchwert in Höhe von 3.767,2 Mio. EUR (Vorjahr 4.069,3 Mio. EUR) und einem Zeitwert in Höhe von 3.674,3 Mio. EUR (Vorjahr 3.235,2 Mio. EUR) ausgewiesen. Bei den Aufwendungsdarlehen handelt es sich um Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung. Die Darlehen werden in der Regel über einen Zeitraum von 15 Jahren ausbezahlt. Nach einer Ruhephase von 15 Jahren beginnt die Rückzahlung, wobei sich die Konditionen nach der Wirtschaftlichkeit der finanzierten Objekte richten. Zum Bilanzstichtag befanden sich Aufwendungsdarlehen mit einem Restkapital in Höhe von 2.015,4 Mio. EUR (Vorjahr 2.255,8 Mio. EUR) noch nicht in der Rückzahlungsphase. Die Aufwendungsdarlehen sind im Wesentlichen durch die Darlehensverbindlichkeit gemäß § 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin refinanziert.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wird die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin gemäß § 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin mit einem Buchwert in Höhe von 3.892,6 Mio. EUR (Vorjahr 4.242,2 Mio. EUR) sowie die Darlehensverbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin für die Förderprogramme im Städtebaulichen Denkmalschutz mit einem Buchwert in Höhe von 38,3 Mio. EUR (Vorjahr 40,4 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Darlehensverbindlichkeiten dienen der

Refinanzierung von Förderdarlehen im Segment Immobilienförderung und werden nach den von der IBB erzielten Zins- und Tilgungsaufkommen aus den Förderdarlehen verzinst und getilgt. Für die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin ergibt sich ein Zeitwert in Höhe von 3.448,9 Mio. EUR (Vorjahr 2.817,2 Mio. EUR). Weitere Angaben zu den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin werden bei der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (53) gemacht.

(67) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Die Nettoergebnisse der einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich wie folgt:

2014:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0	4,5
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	159,7	0,0	0,0	0,0	-157,2	2,5
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeit- wert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	-21,0	8,4	-12,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	2,8	0,0	0,0	2,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,1	-0,4	0,0	0,0	0,0	-0,4
Erfolgsneutral erfasste Ergebnisbestandteile	0,0	0,0	8,6	0,0	0,0	8,6
Gesamt	164,3	-0,4	11,4	-21,0	-148,9	5,4

2013:

in Mio. EUR	LAR	LAC	AFS	FVO	HfT	Gesamt
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Ergebnis aus Sicherungszusammen- hängen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeit- wert bilanzierten Finanzinstrumenten	0,0	0,0	0,0	68,1	109,9	178,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	1,2	0,0	0,0	1,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	-0,3
Erfolgsneutral erfasste Ergebnisbestand- teile	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	0,6	-0,3	1,2	68,1	109,9	179,5

Das ausgewiesene sonstige betriebliche Ergebnis betrifft Abgangsergebnisse (Kategorie LAC) bzw. gebildete Wertberichtigungen auf sonstige Forderungen.

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Zeitwert bewertet werden, ergeben sich folgende Gesamtzinserträge und Gesamtzinsaufwendungen:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Zinsaufwendungen	128,0	121,9
Zinserträge	369,6	375,6

(68) Bewertungsverfahren bei der Ermittlung von Zeitwerten

Die Buchwerte der in der Bilanz zum Zeitwert angesetzten Finanzinstrumente wurden mittels folgender Stufen der Bewertungshierarchie ermittelt:

in Mio. EUR	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	Quotierte Marktpreise		Bewertung basierend auf beobachtbaren Marktdaten		Bewertung nicht basierend auf beobachtbaren Marktdaten			
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte								
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	122,9	268,7	0,0	0,0	122,9	268,7
Finanzanlagen	0,0	0,0	2.734,1	2.519,6	4,6	5,3	2.738,7	2.524,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	0,0	0,0	835,1	602,5	0,0	0,0	835,1	602,5
Finanzanlagen (AFS)								
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	1.701,8	2.040,8	0,0	0,0	1.701,8	2.040,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,2	0,1
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	1,7	1,1	1,7	1,1
Negative Marktwerte Hedge-Derivate (Unterkategorie HfT)								
	0,0	0,0	178,3	0,0	0,0	0,0	178,3	0,0
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen								
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (FVO)								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	871,6	882,2	0,0	0,0	871,6	882,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	1.102,6	1.063,2	0,0	0,0	1.102,6	1.063,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	1.173,5	1.247,4	0,0	0,0	1.173,5	1.247,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Unterkategorie HfT)	0,0	0,0	837,6	650,2	0,0	0,0	837,6	650,2

In Buchwerten zum 31.12.2014 wurden zwischen den Leveln 1 und 2 übertragen:

Übertragungen von Level 1 zu Level 2:

in Mio. EUR	2014	2013
Finanzanlagen	0,0	2.780,1
Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (AFS)	0,0	967,1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (AFV)	0,0	1.813,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	1.067,4

Die erhebliche Verschiebung von Level 1- zu Level 2-Bewertungskursen in 2013 ist vor allem auf die Inkraftsetzung des IDW-Standards HFA 47 zurückzuführen. Die IBB verwendet für einen Großteil der Bewertungen BVAL-Kurse (Bloomberg Valuation Service), die auf Durchschnittskursen von Wertpapieren beruhen, die an den Kapitalmärkten beobachtbar sind. Obwohl es sich hierbei um am Markt beobachtbare Kurse handelt, erfüllen diese nach HFA 47 formal nicht die Anforderungen an Level 1-Marktpreise, da eine Durchschnittsbildung vorgenommen wird.

Unabhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt des Ereignisses, das die Übertragung verursacht hat, werden die Übertragungen immer zum Ende der Berichtsperiode erfasst.

Die Überleitungsrechnung für Finanzinstrumente, deren Fair Value-Bewertung im Level 3 erfolgt, stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	Beteiligungen (AFV)
Stand zum 01.01.2013	3,1
Verkäufe	0,0
Käufe	1,5
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-0,9
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	2,8
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-1,1
Stand zum 31.12.2013	5,4
Verkäufe	-0,1
Käufe	1,2
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	-4,9
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	4,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	-1,0
Stand zum 31.12.2014	4,6
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	-0,9
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2014 bilanzierten Beständen	-4,9

Bei den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten des Levels 3 handelt es sich ausschließlich um Beteiligungen der in den Konzernabschluss einbezogenen VC-Gesellschaften. Die Umgliederungen in das Level 3 erfolgten bei der Berücksichtigung von Ab- bzw. Zuschlägen im Rahmen der Bewertung der Beteiligungen, beispielsweise mangels aktueller Daten aus Finanzierungsrunden, sowie bei einer vollständigen Abschreibung im Falle einer drohenden Insolvenz. Für die aus dem Level 3 umgelierten Beteiligungen konnte auf den Ansatz von Ab- bzw. Zuschlägen verzichtet werden.

in Mio. EUR	Tochterunternehmen (AFS)
Stand zum 01.01.2013	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,1
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2013	0,1
Verkäufe	0,0
Käufe	0,1
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2014	0,2
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2014 bilanzierten Beständen	0,0

in Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen (AFS)
Stand zum 01.01.2013	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,1
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2013	0,1
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2014	0,1
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2014 bilanzierten Beständen	0,0
in Mio. EUR	Beteiligungen (AFS)
Stand zum 01.01.2013	0,0
Verkäufe	0,0
Käufe	0,0
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	0,0
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	1,1
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2013	1,1
Verkäufe	0,0
Käufe	0,8
Gewinn/Verlust	
in der Gewinn- und Verlustrechnung	0,0
im sonstigen Gesamtergebnis	-0,2
Umgliederungen in Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Umgliederungen aus Level 3 im Berichtsjahr	0,0
Stand zum 31.12.2014	1,7
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2013 bilanzierten Beständen	0,0
Gewinn/Verlust von zum 31.12.2014 bilanzierten Beständen	0,0

Für Finanzinstrumente, die nicht zum Zeitwert bilanziert werden, ergibt sich die folgende Aufteilung nach Bewertungsverfahren.

in Mio. EUR	Level 1		Level 2		Level 3	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
AKTIVA						
Kredite und Forderungen (LAR)	0,0	0,0	1.893,1	1.199,4	14.064,0	14.117,9
Barreserve	0,0	0,0	21,2	24,3	0,0	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	1.361,9	589,4	716,1	664,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	507,9	583,5	13.347,9	13.453,9
Sonstige Aktiva	0,0	0,0	2,1	2,2	0,0	0,0
PASSIVA						
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (LAC)	0,0	0,0	11.931,5	14.398,4	3.432,4	2.740,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	2.490,1	2.971,1	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	3.191,7	5.407,6	3.432,4	2.740,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0	6.233,4	6.006,3	0,0	0,0
Sonstige Passiva	0,0	0,0	16,3	13,4	0,0	0,0
Nachrangkapital	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Der Konzern hat seine Einschätzung bezüglich der Zuordnung zu den Bewertungsstufen für das Förderkreditgeschäft sowie für die Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin nach § 1 des Grundvertrags mit dem Land Berlin gegenüber dem Vorjahr geändert. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen angepasst.

(69) Erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Kredite und Forderungen und finanzielle Verbindlichkeiten

Der Konzern hat Kredite und Forderungen der Kategorie AFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Schuldscheindarlehen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Maximales Ausfallrisiko von erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Krediten und Forderungen	122,9	268,7
Forderungen an Kunden	122,9	268,7

Das maximale Ausfallrisiko entspricht dem Buchwert.

Daneben wurden finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie LFV zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Namenspapiere und Emissionen, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden.

Aus der Änderung des Kreditrisikos resultierten Änderungen der Zeitwerte in folgender Höhe:

in Mio. EUR	Berichtszeitraum		Kumuliert	
	2014	2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kunden	0,4	0,5	1,5	3,0
Finanzielle Verbindlichkeiten	27,7	7,2	10,5	-18,2

Die Ermittlung des Anteils der Änderungen der Zeitwerte, die auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, erfolgt durch Erhebung der Änderungen der Zeitwerte, die nicht auf Änderungen der Marktbedingungen zurückzuführen sind.

Die folgende Übersicht enthält die Buchwerte (ohne anteilige Zinsen zum Stichtag) und die vertraglich bedingten, bei Fälligkeit zu zahlenden Beträge von erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Zeitwert (Buchwert)	3.098,3	3.141,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	852,6	864,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.083,5	1.042,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.162,2	1.235,2
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	2.794,0	2.935,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	785,0	805,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	885,0	945,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.124,0	1.185,0

Sonstige Angaben

(70) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement der IBB umfasst die Planung und Steuerung der aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Eigenmittel der Bank, die Kapitalallokation, die Überwachung und Steuerung der Risikoposition und die Einhaltung der Risikolimits.

Im Einklang mit den MaRisk müssen die wesentlichen Risiken der Bank durch das Risikodeckungspotenzial fortlaufend abgedeckt sein, damit die Risikotragfähigkeit mit dem Ziel einer dem spezifischen Risikoprofil der Bank angepassten Risiko- und Kapitalsteuerung gegeben ist. Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) sowie GuV-orientierter Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil der Bank betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Die Zielfunktion der wertorientierten Risikotragfähigkeit ist die Steuerung des Risikokapitals zur Sicherstellung eines langfristigen Going-Concern der Bank. Zur Bestimmung der wertorientierten Risikotragfähigkeit wird regelmäßig das Verlustrisiko ermittelt und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt.

Die Quantifizierung der Adressrisiken erfolgt im Mark-to-Model-Modus. Im Rahmen dieser wertorientierten Bestimmung des Adressrisikos werden für alle Positionen die Ausfallrisiken und die potenziellen Wertänderungen aufgrund von Bonitätsmigrationen berücksichtigt.

(71) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die IBB hat bis zum 31. Dezember 2013 von dem Wahlrecht des § 64h Abs. 4 KWG Gebrauch gemacht und die zusammengefassten Eigenmittel der Institutsgruppe nach § 10a Abs. 6 KWG ermittelt. Mit Inkrafttreten der Capital Requirements Regulation (CRR) zum 1. Januar 2014 ist diese Übergangsregelung entfallen. Die Ermittlung der zusammengefassten bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IBB-Institutsgruppe erfolgt daher seit 2014 auf Basis des IFRS-Konzernabschluss nach den Vorschriften des Artikels 72 CRR i.V.m. Artikel 18 CRR.

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe und die Zusammensetzung der Eigenmittel der Institutsgruppe am 31. Dezember 2014 im Vergleich zum 31. Dezember 2013 (Stand bei Geschäftsschluss vor Feststellung der Einzelabschlüsse nach nationaler Rechnungslegung). Hierbei wurden die Kapitalbegriffe entsprechend § 10a KWG (a.F. bis 31. Dezember 2013) für die Zwecke der tabellarischen Darstellung den inhaltlich abweichenden Begriffen der CRR gegenübergestellt:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Posten des harten Kernkapitals		
Eingezahltes Kapital (Grundkapital)	300	306
Offene Rücklagen	612	454
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	0	144
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-115	-22
Anpassungen des harten Kernkapitals (Prudent Valuation)	-26	
Abzugsposten vom harten Kernkapital		
Immaterielle Vermögensgegenstände	-3	-1
Abzüge für Beteiligungen an Unternehmen des Finanzsektors	-2	-2
Anpassungen durch Übergangsregelungen	-17	
Gesamtbetrag des aktivischen Unterschiedsbetrags		-92
Hartes Kernkapital (Art. 50 CRR)	749	
Zusätzliches Kernkapital (Art. 61 CRR)	0	
Kernkapital (Art. 25 CRR bzw. § 10 KWG a.F.)	749	787
Posten des Ergänzungskapitals	0	58
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62 CRR	0	58
Ergänzungskapital (Art. 71 CRR bzw. § 10 KWG a.F.)	0	58
Eigenmittel (Art. 72 CRR bzw. § 10 KWG a.F.)	749	845

Der IBB-Konzern ist nach der CRR verpflichtet, seine Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken sowie das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern (Werte zum 31. Dezember 2013 nach Solvabilitätsverordnung):

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Adressenausfallrisiken	394	334
Marktpreisrisiken (nur CVA)	19	0
Operationelle Risiken	27	28
Kapitalanforderungen	440	362
Kernkapitalquote in %	13,6	17,4
Gesamtkennziffer in %	13,6	18,7

Gemäß der CRR i.V.m. der Solvabilitätsverordnung darf die harte Kernkapitalquote (hartes Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 4 %, die Kernkapitalquote 5,5 % (Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) und die Gesamtkapitalquote (haftendes Eigenkapital/gewichtete Risikoaktiva) bzw. die Gesamtkennziffer (anrechenbare Eigenmittel/Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem Anrechnungsbetrag der operationellen Risiken) 8 % nicht unterschreiten. Diese aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

(72) Finanzgarantien und andere Verpflichtungen

Die in der Übersicht angegebenen Finanzgarantien und Kreditzusagen stellen die Nominalwerte der jeweils eingegangenen Verpflichtungen abzüglich der in der Bilanz ausgewiesenen Risikovorsorge dar.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Finanzgarantien	123,4	122,2
Kreditbürgschaften, Ausfallgarantien und sonstige Gewährleistungen	123,4	122,2
Andere Verpflichtungen	825,1	859,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	825,1	859,0
Gesamt	948,5	981,3

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen des IBB-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditzusagen wider.

(73) Treuhandgeschäfte

Die IBB verwaltet Treuhandvermögen für die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und für das Land Berlin.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Land Berlin	86,9	80,5
EFRE-Mittel	82,0	69,3
Kreditanstalt für Wiederaufbau	0,1	0,2
Gesamt	169,0	150,0

Diese in der Bilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Treuhandvermögen	169,0	150,0
Forderungen an Kunden	119,1	97,2
Wohnungsbau	30,5	29,9
Wirtschaftsförderung	88,6	67,3
Beteiligungen	50,0	52,7
Wirtschaftsförderung	50,0	52,7
Treuhandverbindlichkeiten	169,0	150,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,1	0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	168,9	149,8

(74) Angaben zu Leasingverhältnissen

Der IBB-Konzern als Leasingnehmer

In den folgenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
bis 1 Jahr	0,2	0,2
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	0,2	0,2

Die erfolgswirksam erfassten Mindestleasingzahlungen betrugen 0,3 Mio. EUR (Vorjahr 0,8 Mio. EUR).

(75) Sonstige Haftungsverhältnisse

Die **Detailvereinbarung** vom 16. April 2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekengbank) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 geregelt, der die Investitionsbank Berlin am 10. August 2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, sodass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z.B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15,0 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30. August 2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10. August 2004 geregelt. Danach beteiligt sich die Investitionsbank Berlin an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Unter die Detailvereinbarung fallen in der Bilanz zum 31. Dezember 2014 als Kommunalkredite ausgewiesene Darlehen in Höhe von 1.285,2 Mio. EUR (Vorjahr 1.546,2 Mio. EUR), für die offene Auszahlungsverpflichtungen in Höhe von 270,8 Mio. EUR (Vorjahr 180,9 Mio. EUR) bestehen, sowie Bürgschaften in Höhe von 8,2 Mio. EUR (Vorjahr 8,2 Mio. EUR).

Zum Stichtag bestanden offene Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG in Höhe von 7,9 Mio. EUR sowie aus der Beteiligung an der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG in Höhe von 2,5 Mio. EUR (Vorjahr 3,3 Mio. EUR). Für die offenen Einzahlungsverpflichtungen aus der Beteiligung an der IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG wurde eine Rückstellung in Höhe von 200 TEUR gebildet.

(76) Anteilsbesitz und nicht beherrschende Anteile

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbare Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2014 abw. JA
Konsolidierte Tochterunternehmen					
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	100,00	100,00	47	1	
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,00	100,00	12.613	445	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,00	100,00	686	-81	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin	100,00	100,00	-7.746	990	
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,50	52,50	-11.502	-509	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	22.141	4.742	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	23.562	-523	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,00	100,00	42.661	1.368	
DeAM-Fonds IBB Corp	100,00	100,00	162.106	-1.859	
Assoziierte Unternehmen – bewertet at-equity					
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,51	31,51	1.606	171	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,00	20,60	762	-28	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen					
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG, Berlin ¹	100,00	100,00	524	-320	X
IBB Business Team GmbH, Berlin ¹	100,00	100,00	80	0	X
Assoziierte Unternehmen – nicht at equity-bewertet					
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	50,00	50,00	64	8	X
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ¹	25,20	25,20	2.091	663	X
BerlinOnline Stadtportal-beteiligungsges. mbH, Berlin ¹	25,20	25,20	34	2	X
Sonstige Beteiligungen der IBB					
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin ^{1, 2}	19,92	20,00	8.553	-252	

¹ Jahresabschluss nach HGB

² kein assoziiertes Unternehmen wegen des fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine Mitwirkung an der Geschäfts- und Dividendenpolitik, keine faktische Einflussnahme. Widerlegung IAS 28.5)

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Konzernbesitz in %	Ausübbarer Stimmrechte im Konzern in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Vom 31.12.2014 abw. JA
Beteiligungen der VC-Portfolios von mindestens 20 %³					
ALRISE Biosystems GmbH, Berlin ¹	27,68	27,68	365	-1.024	X
BioGenes GmbH, Berlin ¹	20,02	20,02	479	84	X
C'est tout GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	-759	-364	X
cloudControl GmbH, Berlin ¹	24,51	24,51	477	-678	X
CommitMed GmbH, Berlin ¹	27,36	27,36	324	-717	X
Eternygen GmbH, Berlin ¹	24,32	24,32	460	-452	X
Geo-En GmbH ¹	28,86	28,86	-477	-931	X
HTM Reetz GmbH Hochtemperatur- materialien und -Geräte, Berlin ¹	30,00	30,00	389	32	X
LAX GmbH, Berlin ¹	25,00	25,00	43	-4	X
Limmer Laser GmbH, Berlin ¹	25,10	25,10	65	-88	X
Luceo Technologies GmbH, Berlin ¹	24,80	24,80	-125	39	X
MikroM Mikroelektronik für Multimedia GmbH, Berlin ¹	23,47	23,47	-1.328	335	X
Move & Traffic Controls GmbH, Berlin ¹	34,42	34,42	-783	45	X
MyGall GmbH, Berlin ¹	30,00	30,00	-394	-97	X
optricon Entwicklungsgesellschaft für Optische Technologien mbH, Berlin ¹	25,94	25,94	218	-539	X
PACE Aerospace Engineering and Information Technology GmbH, Berlin ¹	27,04	27,04	4.023	1.772	X
PictureTree International GmbH, Berlin ¹	20,02	20,02	-65	-369	X
Qinous GmbH ¹	23,88	23,88	1	-24	X

¹ Jahresabschluss nach HGB

³ Für Beteiligungen der VC-Gesellschaften, die die Kriterien eines assoziierten Unternehmens erfüllen, wurde von der Ausnahmeregelung des IAS 28:18 Gebrauch gemacht.

Sofern die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2014 noch nicht vorlagen, beziehen sich die dargestellten Werte jeweils auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013.

Bei der ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH bestehen nicht beherrschende Anteile.

Gesellschaft, Sitz	Anteile in Fremdbesitz in %	Stimmrechte in Fremdbesitz in %
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	47,50	47,50

Der Summenabschluss der IBB umfasst die folgenden Werte in der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung sowie der Kapitalflussrechnung:

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Bilanz		
Vermögenswerte	0,74	0,70
Kurzfristig	0,33	0,54
Langfristig	0,42	0,16
Verbindlichkeiten	12,25	11,69
Kurzfristig	0,00	0,00
Langfristig	12,25	11,69
Nettovermögen	-11,50	-10,99
Kumulierter Fremdan teil am Nettovermögen	-5,46	-5,22
Gesamtergebnisrechnung		
2014	2013	
Erträge	0,58	2,59
Gewinn/Verlust der Periode	-0,51	-0,56
Sonstiges Ergebnis	0,00	0,00
Gesamtergebnis	-0,51	-0,56
Dem Fremdan teil zugewiesener Gewinn/Verlust	-0,24	-0,27
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesene Dividenden	0,00	0,00
Kapitalflussrechnung		
2014	2013	
Zahlungsmittelbestand zum Anfang der Periode	0,00	0,00
Cashflow aus operativer Tätigkeit	0,00	0,03
Cashflow aus Investitionstätigkeit	0,00	-0,03
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	0,00	0,00

Risiken und maßgebliche Beschränkungen

In der Beziehung der IBB zu den wesentlichen Tochterunternehmen bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen bzgl. der Möglichkeit, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu verwenden und Verbindlichkeiten der Gruppe zu erfüllen.

Bei den assoziierten Unternehmen bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen, die einen Einfluss auf die Übertragung von Cash-Dividenden oder die Rückzahlung von Krediten an die IBB haben. Eventualverbindlichkeiten in Bezug auf die Anteile an assoziierten Unternehmen bestehen nicht.

Strukturierte Unternehmen

An konsolidierte strukturierte Unternehmen (Spezial-Sondervermögen) wurden in der Berichtsperiode keine Finanzhilfen gezahlt, und es besteht nicht die Absicht, zukünftig finanzielle Unterstützung zu leisten bzw. bei der Beschaffung behilflich zu sein. Es sind keine vertraglichen Vereinbarungen vorhanden, die eine finanzielle Unterstützung durch die IBB vorsehen.

Zu den nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen gehört die Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG. Ein maßgeblicher Einfluss besteht aufgrund von gesellschaftsvertraglichen Regelungen trotz eines Stimmrechtsanteils von 20 % nicht. Die Stimmrechte stellen damit nicht den dominierenden Faktor bei der Feststellung von Beherrschung oder maßgeblichem Einfluss über das Unternehmen dar.

Unternehmensgegenstand der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG ist der Aufbau und die Verwaltung von Beteiligungen mit dem Geschäftsschwerpunkt Lebenswissenschaften mit dem Fokus auf Medizintechnik, Pharma und Dienstleistungen, insbesondere die Beteiligung an innovativen, wachstumsstarken, technologieorientierten Unternehmen. Der Gesellschaftszweck beschränkt sich auf den Aufbau und die Verwaltung von Portfolio-Anlagen an verschiedenen Unternehmen. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2014 beträgt 8,6 Mio. EUR (Vorjahr 5,4 Mio. EUR). Die Gesellschaft ist ein Spezial-AIF im Sinne des KAGB. Die professionellen und semiprofessionellen Anleger der Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG sind an der Gesellschaft als Kommanditisten beteiligt und haben jeweils eine Kapitalverpflichtung in Höhe ihres jeweiligen Zeichnungsbetrags übernommen.

Der Buchwert der Beteiligung beträgt 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 1,1 Mio. EUR) und wird in den Finanzanlagen ausgewiesen. Der Buchwert entspricht dem maximalen Verlustrisiko. Es ergaben sich keine Aufwendungen oder Erträge in 2014 in Bezug auf die Gesellschaft. Offene Einzahlungsverpflichtungen sind in Angabe (75) angegeben.

An die Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG wurden in der Berichtsperiode keine Finanzhilfen gezahlt, und es besteht nicht die Absicht, zukünftig finanzielle Unterstützung zu leisten bzw. bei der Beschaffung behilflich zu sein. Es sind keine vertraglichen Vereinbarungen vorhanden, die eine finanzielle Unterstützung durch die IBB vorsehen.

(77) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Der Konzern zählt zu den nahestehenden juristischen Personen nach IAS 24 den alleinigen Anteilseigner der IBB, das Land Berlin (und dessen Mehrheitsbeteiligungen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen) sowie Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen (vgl. Angabe (76)). Als nahestehende natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands des Verwaltungsrats der IBB sowie deren nahe Familienangehörige definiert (vgl. Angabe (81)).

Der Konzern nimmt für die mit dem Land Berlin bestehenden Geschäftsvorfälle die Befreiungsvorschrift des IAS 24.25 in Anspruch. Dargestellt werden gemäß IAS 24.26 die Art und Höhe der Geschäftsvorfälle, die für sich genommen signifikant sind, und der qualitative oder quantitative Umfang von Geschäftsvorfällen, die zwar nicht für sich genommen, aber in ihrer Gesamtheit signifikant sind.

Die Bestände, resultierend aus Transaktionen (ohne die im Rahmen der Konsolidierung zu eliminierenden Geschäfte) mit nahestehenden Unternehmen und Personen, setzen sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	2.798,5	288,0	0,0	0,3
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	29,1	0,0	0,0	11,9
Finanzanlagen	51,6	0,0	0,2	0,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.120,3	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	49,9	0,0	0,0	6,9

Zum 31. Dezember 2013:

in Mio. EUR	Land Berlin		Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
	Mehrheits- beteiligungen	Assoziierte Unternehmen		
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	3.372,2	288,9	0,0	0,4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	28,0	0,0	0,0	9,2
Finanzanlagen	52,8	0,0	0,1	0,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile	0,0	0,0	0,0	0,7
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.483,4	0,0	0,0	0,0
Rückstellungen	43,9	0,0	0,0	6,9

Die mit dem Land Berlin abgeschlossenen Geschäfte im Berichtsjahr erfolgten im festgelegten Rahmen des Investitionsbankgesetzes. Die IBB darf zur Durchführung ihrer Aufgaben Darlehen, Zuschüsse und andere Finanzierungsformen gewähren und verwalten, Bürgschaften und andere Gewährleistungen übernehmen und verwalten, Unternehmen gründen, Beteiligungen an Unternehmen eingehen, Unternehmensbeteiligungen verwalten und sonstige im Zusammenhang mit Beteiligungen stehende Geschäftsbesorgungen erbringen sowie Beratungs- und sonstige Dienstleistungen wahrnehmen, die in direktem Zusammenhang mit ihrem Fördergeschäft stehen (§ 6 Investitionsbankgesetz).

Die Beziehung zum Land Berlin ist weitgehend im mit der damaligen Wohnungsbaukreditanstalt geschlossenen Vertrag vom 18./30. November 1966 in der Fassung vom 25. November/24. Dezember 1981 („Grundvertrag“) geregelt. Der Vertrag ist aufgrund der in § 3 des Gesetzes über die Errichtung

der Investitionsbank Berlin vom 25. November 1992 bzw. in § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Abspaltung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin vom 25. Mai 2004 geregelten Überführung der WBK zuerst auf die LBB und dann auf die selbstständige IBB durch Gesamtrechtsnachfolge weiterhin bindend.

Die Forderungen gegenüber dem Land Berlin resultieren im Wesentlichen aus im Rahmen der Immobilienfinanzierung von der IBB verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gewährten Darlehen (1.142,7 Mio. EUR, Vorjahr 1.581,9 Mio. EUR) sowie aus der Finanzierung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR (1.208,3 Mio. EUR, Vorjahr 1.260,0 Mio. EUR). Des Weiteren werden Forderungen gemäß § 8 des Grundvertrags aus der Erstattung des Schuldendienstes für von der IBB am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel ausgewiesen (310,2 Mio. EUR, Vorjahr 356,3 Mio. EUR).

Vom Land Berlin wurden Schuldscheindarlehen in Höhe von 11,4 Mio. EUR (Vorjahr 11,5 Mio. EUR) und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 69,3 Mio. EUR (Vorjahr 69,3 Mio. EUR) erworben, die unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten sowie Finanzanlagen ausgewiesen werden.

Unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten werden daneben Beteiligungsportfolios ausgewiesen, die assoziierte Unternehmen der IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, der VC Fonds Berlin GmbH, der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und der VC Fonds Technologie Berlin GmbH enthalten.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Anteile betreffen die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin verweisen wir auf die Erläuterungen unter Angabe (53). Die Verbindlichkeiten enthalten Termingeldeinlagen des Landes Berlin in Höhe von 89,7 Mio. EUR (Vorjahr 34,8 Mio. EUR).

Die Rückstellungen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 49,9 Mio. EUR (Vorjahr 43,9 Mio. EUR) resultieren im Wesentlichen aus vom Land Berlin für die VC Fonds Berlin GmbH, die VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH und die VC Fonds Technologie Berlin GmbH ausgereichten Zuwendungen, die am Ende der Vertragslaufzeit erfolgsabhängig an das Land zurückzuzahlen sind. Die Rückstellungen gegenüber den assoziierten Unternehmen betreffen Förderleistungen für die Berlin Partner GmbH und die Berlin Tourismus & Kongress GmbH.

Bezüglich der „Detailvereinbarung über die Absicherung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (Detailvereinbarung) verweisen wir auf die Angabe (75).

Zur Reduzierung der durch die Detailvereinbarung abgeschirmten Risiken wurden Eigenkapitalanteile an geschlossenen Immobilienfonds durch eine Zweckgesellschaft (FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH) im Treuhandwege durch die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV) von den Fondszeichnern in bislang fünf Fondsanteilerwerben zurückgekauft. Für die gezahlten Kaufpreise hat die LPFV im Rahmen der Erfüllungsübernahme der Detailvereinbarung einen Ausgleichsanspruch gegenüber dem Land Berlin. Die LPFV hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diese Ausgleichsansprüche mit vorheriger Zustimmung des Landes Berlin im Wege von einrede- und einwendungsfreien Forfaitierungen an die IBB zu veräußern. Gemäß der „Vereinbarungen über die Forfaitierung von Ausgleichsansprüchen“ vom 20. Dezember 2007, 12. Dezember 2011 sowie 25. September 2012 sowie des „Vertrags zur Einbindung der IBB in die Abwicklung der Zahlungen an Anteilseigner nach dem „Vertragswerk zur Ausführung der Neuordnungsvereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb von Fondsanteilen““ vom 17. Februar 2014 hat sich die IBB zum Forderungsankauf der seit dem Jahr 2008 entstehenden Erstattungsansprüche der LPFV gegenüber dem Land Berlin bis zu einer – gegenüber dem Vorjahr unveränderten – Höhe von insgesamt max. 789,8 Mio. EUR verpflichtet. In Höhe der noch nicht an die IBB abgetretenen Ansprüche bestehen Kreditzusagen gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 135,8 Mio. EUR (Vorjahr 142,4 Mio. EUR). Daneben bestehen Kreditzusagen im Rahmen der Finanzie-

zung der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe AöR in Höhe von 62,0 Mio. EUR (Vorjahr 30,0 Mio. EUR) sowie an weitere Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin in Höhe von 46,8 Mio. EUR (Vorjahr 75,1 Mio. EUR).

Die Finanzgarantien enthalten Verpflichtungen aus Bürgschaften gegenüber Mehrheitsunternehmen und assoziierten Unternehmen des Landes Berlin in Höhe von 17,4 Mio. EUR (Vorjahr 26,1 Mio. EUR).

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung erfolgte durch die IBB die treuhänderische Vergabe von Darlehen und Übernahme von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen in Höhe von 3,0 Mio. EUR (Vorjahr 3,0 Mio. EUR).

Im Bereich der Immobilienförderung bestehen Bürgschaften des Landes Berlin gegenüber Gesellschaften des Beteiligungskreises des Landes Berlin in Höhe von 69,3 Mio. EUR (Vorjahr 89,9 Mio. EUR). Die Bearbeitung und Verwaltung der Bürgschaften hat die IBB als Dienstleister für das Land Berlin übernommen.

Transaktionen mit Gemeinschaftsunternehmen des Landes Berlin bestanden nicht.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der IBB wurden alle Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(78) Bezüge und Pensionszusagen der Organe

Die Bezüge des Vorstands und Verwaltungsrats im Geschäftsjahr 2014 bzw. im Vorjahr setzen sich wie folgt zusammen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen):

in TEUR	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2014	2013	2014	2013
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen			266	249
Friedhofen, Rolf	395	0		
Kardorf, Sonja	198	0		
Kissing, Ulrich	74	547		
Dr. Schneider, Frank	156	369		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses				
Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen	0	0	–	–
Beiträge an beitragsorientierte Versorgungspläne	17	50	–	–
Bezüge früherer Organmitglieder oder deren Hinterbliebener				
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	487	586	–	–
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Rückstellung für leistungsorientierte Pensionszusagen)	8.109	6.889	–	–

Die laufenden Gehaltsbestandteile 2014 für Herrn Dr. Schneider enthalten variable Vergütungsanteile in Höhe von 108,8 TEUR für die Geschäftsjahre 2013 und 2014. Frau Kardorf wurde für das Geschäftsjahr 2014 eine variable Vergütung von 4 TEUR zugesagt.

Die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören u. a. die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100% ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

(79) Geschäftsvorfälle mit Organen

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden keine Kredite gewährt (Vorjahr 10,9 TEUR).

(80) Corporate Governance

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der Investitionsbank Berlin vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin veröffentlicht.

(81) Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der IBB

Vorstand

Dr. Jürgen Allerkamp

Vorsitzender des Vorstands
(ab 1. Januar 2015)

Sonja Kardorf

Mitglied des Vorstands
(ab 1. Juli 2014)

Rolf Friedhofen

Vorsitzender des Vorstands
(14. April bis 31. Dezember 2014)

Dr. Frank Schneider

Mitglied des Vorstands
(bis 30. April 2014)

Ulrich Kissing

Vorsitzender des Vorstands
(bis 21. März 2014)

Verwaltungsrat

Cornelia Yzer

(Vorsitzende)
Senatorin für Wirtschaft, Technologie
und Forschung des Landes Berlin

Michaela Maria Eder von Grafenstein

(ab 28. Januar 2014)
Chief Risk Officer der Aquila Gruppe

Michael Müller

(stellvertretender Vorsitzender)
(bis 3. Februar 2015)
Regierender Bürgermeister von Berlin
(seit 11. Dezember 2014)
Senator für Stadtentwicklung und
Umwelt des Landes Berlin
(bis 10. Dezember 2014)

Karin Dietz

(bis 28. Januar 2014)
Freie Beraterin
Diplom-Ingenieurin

Dr. Margaretha Sudhof

Staatssekretärin der Senatsverwaltung
für Finanzen des Landes Berlin

Michael Bomke

Vorsitzender des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Nadja Bernstein

Mitglied des Personalrats
der Investitionsbank Berlin

Dr. Dietrich Rümker

Vorsitzender des Vorstands i.R.
der Landesbank Schleswig-Holstein
(seit 2003: HSH Nordbank AG)

Swen Hoffmann

Mitarbeiter der
Investitionsbank Berlin

(82) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2014	2013
Vollzeitbeschäftigte	434	443
Teilzeitkräfte	174	165
Auszubildende	32	33
Gesamt	640	641

(83) Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr 2014 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von 459,6 TEUR (Vorjahr 552,6 TEUR) erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung 404,7 TEUR (davon Jahresabschlussprüfung 2013 42,3 TEUR, Vorjahr 321,4 TEUR), auf andere Bestätigungsleistungen 12,8 TEUR (Vorjahr 8,4 TEUR) und auf sonstige Leistungen 42,1 TEUR (Vorjahr 222,9 TEUR).

(84) Country by Country Reporting

Gemäß § 26a KWG sind Institute dazu verpflichtet, auf konsolidierter Basis länderspezifische Angaben zu veröffentlichen (sogenanntes Country by Country Reporting).

Die folgende Übersicht enthält Angaben zur Firmenbezeichnung, zur Art der Tätigkeit und zur geografischen Lage der Tochterunternehmen des IBB-Konzerns.

Gesellschaft, Sitz	Land	Tätigkeit
Investitionsbank Berlin, Berlin	Deutschland	Kreditinstitut
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin	Deutschland	Träger von wirtschaftlichen Infrastrukturvorhaben
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
IBB-Holding GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt- Wegelystraße mbH, Berlin	Deutschland	Grundstücksgesellschaft
ipal Gesellschaft f. Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	Deutschland	Verwertung von Patenten
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	Deutschland	Beteiligungsunternehmen
DeAM-Fonds IBB Corp, Frankfurt am Main	Deutschland	Spezial-Sondervermögen

Die folgende Übersicht enthält die zu veröffentlichenden Angaben auf Länderebene.

Land	Umsatz	Anzahl Lohn- und Gehaltsempfänger	Gewinn vor Steuern	Steuern auf Gewinn
Deutschland	126,3 Mio. EUR	608	37,3 Mio. EUR	0,0 Mio. EUR

Der Umsatz umfasst die Bestandteile Zinsüberschuss (142,2 Mio. EUR), Provisionsüberschuss (5,6 Mio. EUR) und Sonstiges betriebliches Ergebnis (-21,5 Mio. EUR). Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger wurde gemäß § 267 Abs. 5 HGB ermittelt. Öffentliche Beihilfen hat der Konzern nicht erhalten.

(85) Übrige sonstige Angaben

Der Konzernabschluss, bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzern-Anhang sowie ergänzend dem Konzernlagebericht, wurde vom Vorstand der IBB am 3. März 2015 aufgestellt und zur Weitergabe an den Verwaltungsrat freigegeben.

Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Berlin, 3. März 2015

Der Vorstand



Dr. Jürgen Allerkamp
(Vorstandsvorsitzender)



Sonja Kardorf
(Mitglied des Vorstands)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Investitionsbank Berlin, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 4. März 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. David Behrendt
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 3. März 2015



Dr. Jürgen Allerkamp
(Vorstandsvorsitzender)



Sonja Kardorf
(Mitglied des Vorstands)

Impressum

Herausgeber

Investitionsbank Berlin
Unternehmenskommunikation
Bundesallee 210
10719 Berlin
Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020
www.ibb.de

Konzeption und Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH
Stralauer Allee 2
10245 Berlin
www.heimrich-hannot.de

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 2125-0
Telefax: 030 2125-2020

www.ibb.de

